Plenarprotokoll 15 / **52**
28. 11. 2012

Landtag von Baden-Württemberg

52. Sitzung **15. Wahlperiode**

Stuttgart, Mittwoch, 28. November 2012 • Haus des Landtags

Beginn: 9:01 Uhr Schluss: 12:39 Uhr

INHALT

Eröffnung – Mitteilungen des Präsidenten 2993

Gedenken an die Opfer der Brandkatastrophe in Titisee-Neustadt 2993

Wahl der Abg. Viktoria Schmid in den Landesmedienrat 2993

1. Aktuelle Debatte – **„Ist mir das peinlich“ – Postenvergabe unter grün-roter Verantwortung** – beantragt von der Fraktion der FDP/DVP 2994

   Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP 2994
   Abg. Winfried Mack CDU 2997, 3005
   Abg. Muhterem Aras GRÜNE 2999, 3006
   Abg. Claus Schmiedel SPD 3001, 3007
   Minister Dr. Nils Schmid 3003

2. Aktuelle Debatte – **Naturschutz und Artenvielfalt in Baden-Württemberg – Erhalten, was uns erhält!** – beantragt von der Fraktion GRÜNE . 3007

   Abg. Dr. Markus Rösler GRÜNE 3007, 3013
   Abg. Dr. Patrick Rapp CDU 3008, 3014
   Abg. Thomas Reusch-Frey SPD 3009
   Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP 3010, 3015
   Minister Alexander Bonde 3011

3. Zweite Beratung des Gesetzentwurfs der Landesregierung – **Gesetz zur Änderung des Landesjustizkostengesetzes und des Polizeigesetzes** – Drucksache 15/2451

   Beschlussempfehlung und Bericht des Ständigen Ausschusses – Drucksache 15/2572 3016
   Abg. Günther-Martin Pauli CDU 3016
   Abg. Jürgen Filius GRÜNE 3016
   Abg. Andreas Stoch SPD 3017
   Abg. Dr. Ulrich Goll FDP/DVP 3017
   Minister Rainer Stickelberger 3018

   Beschluss 3018

4. Antrag der Fraktion GRÜNE und Stellungnahme des Ministeriums für Wissenschaft, Forschung und Kunst – **Baden-Württemberg als Standort von Wissenschaft und Forschung für Nachhaltigkeit** – Drucksache 15/1827 3018

   Abg. Dr. Kai Schmidt-Eisenlohr GRÜNE . . 3018, 3026
   Abg. Dr. Dietrich Birk CDU 3020
   Abg. Johannes Stober SPD 3021
   Abg. Dr. Timm Kern FDP/DVP 3022
   Ministerin Theresia Bauer 3023

   Beschluss 3027

5. Große Anfrage der Fraktion GRÜNE und Antwort der Landesregierung – **Baden-Württemberg frei von Agrogentechnik – Maßnahmen und Pläne der Landesregierung** – Drucksache 15/1750 3027

   Abg. Dr. Markus Rösler GRÜNE 3027, 3034
   Abg. Karl Rombach CDU 3028
   Abg. Alfred Winkler SPD 3029
   Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP 3030
   Minister Alexander Bonde 3032

Nächste Sitzung 3035

Protokoll

über die 52. Sitzung vom 28. November 2012

Beginn: 9:01 Uhr

Präsident Guido Wolf: Meine Damen und Herren! Ich eröffne die 52. Sitzung des 15. Landtags von Baden-Württemberg. Ich darf Sie bitten, Ihre Plätze einzunehmen.

Urlaub für heute habe ich Herrn Abg. Rivoir und Herrn Abg. Schneider erteilt.

Krankgemeldet ist Herr Abg. Schwehr.

Aus dienstlichen Gründen entschuldigt hat sich Frau Ministerin Altpeter.

Meine Damen und Herren, mit Blick auf die schreckliche Brandkatastrophe in Titisee-Neustadt möchte ich diese heutige Plenarsitzung mit einem besonderen Gedenken verbinden.

Keiner von uns kann heute und keiner von uns will heute das parlamentarische Tagwerk geschäftsmäßig beginnen: Wir alle sind zutiefst geschockt von der Brandkatastrophe am Montagnachmittag in der Caritas-Werkstätte für Behinderte in Titisee-Neustadt. 14 Tote – unsere Trauer ist auf besondere Weise Totenklage. Unfassbar, dass 14 Leben an einem Ort der menschlichen Anerkennung, Förderung und Zuwendung so grausam und scheinbar völlig sinnlos dem irdischen Dasein entrissen wurden. Wir leiden mit den Angehörigen, Betreuern und Freunden. Sie tragen einen Schmerz, den ihnen niemand abzunehmen vermag. Mögen sie daran nicht zerbrechen. Den acht Verletzten gelten unsere von Herzen kommenden Genesungswünsche. Wir hoffen, dass es Wege gibt, auch ihre traumatisierten Seelen zu heilen.

Unsere Gedanken sind ebenso bei den Einsatzkräften der Feuerwehr, der Polizei, der Rettungsdienste, die an Ort und Stelle dem Schrecken ins Auge blicken mussten. Sie haben bestmöglich gehandelt und schafften es doch nicht, alles zu verhindern. Das werden sie ihr Leben lang nicht vergessen können. Wir bekunden ihnen nachdrücklich unseren Dank und unsere Hochachtung.

„Denn ihr wisst weder Tag noch Stunde“, so mahnt das Matthäus-Evangelium. Das heißt: Wir alle können an jedem Ort und zu jeder Zeit mitten aus dem Leben gerissen werden. Gerade deshalb jedoch wollen wir heute in ganz besonderer Weise der Toten bei der Brandkatastrophe in Titisee-Neustadt gedenken.

Ich darf Sie bitten, sich von Ihren Plätzen zu erheben.

(Die Anwesenden erheben sich von ihren Plätzen.)

Herzlichen Dank.

(Die Anwesenden nehmen ihre Plätze wieder ein.)

Meine Damen und Herren, es fällt zugegebenermaßen etwas schwer, zur allgemeinen Tagesordnung überzugehen. Aber ich will Sie jetzt bitten, diesen Weg gemeinsam zu beschreiten.

Der Landtag hat in seiner 13. Sitzung am 28. September 2011 gemäß § 41 Absatz 2 Satz 2 des Landesmediengesetzes vier Abgeordnete als Vertreter des Landtags in den Medienrat der Landesanstalt für Kommunikation gewählt, dessen Amtszeit fünf Jahre beträgt und somit am 12. Februar 2017 endet. Gleichzeitig hat jede Fraktion des Landtags nach § 41 Absatz 2 Satz 1 des Landesmediengesetzes einen Vertreter in den Medienrat der Landesanstalt für Kommunikation entsandt.

Die Fraktion der CDU hat am 20. November 2012 mitgeteilt, dass Frau Abg. Sabine Kurtz als Vertreterin des Landtags und der frühere Abgeordnete Andreas Hoffmann als Vertreter der Fraktion der CDU zum 31. Dezember 2012 aus dem Medienrat der Landesanstalt für Kommunikation ausscheiden werden.

Die CDU-Fraktion hat als Nachfolgerin für Frau Abg. Sabine Kurtz Frau Abg. Viktoria Schmid vorgeschlagen. Kann ich davon ausgehen, dass Sie diesem Wahlvorschlag, für den die Fraktion der CDU das Vorschlagsrecht hat, zustimmen? – Es erhebt sich kein Widerspruch. Dann ist es so beschlossen.

Auf Wunsch der Fraktion der CDU wird Frau Abg. Dr. Monika Stolz für den früheren Abgeordneten Andreas Hoffmann als Vertreterin der Fraktion der CDU in den Medienrat der Landesanstalt für Kommunikation entsandt. Ich gebe Ihnen hiervon Kenntnis.

Meine Damen und Herren, eine Zusammenstellung der E i n g ä n g e liegt vervielfältigt auf Ihren Tischen. Sie nehmen davon Kenntnis und stimmen den Überweisungsvorschlägen zu. – Es ist so beschlossen.

*

Im Eingang befinden sich:

1. Schreiben des Bundesverfassungsgerichts vom 19. Oktober 2012, Az.: 2 BvR 1561/12, 2 BvR 1562/12, 2 BvR 1563/12 und 2 BvR 1564/12 – Verfassungsbeschwerden gegen die Filmabgabe

   Überweisung an den Ständigen Ausschuss

2. Mitteilung des Ministeriums für Finanzen und Wirtschaft vom 8. November 2012 – Vierteljährliche Unterrichtung über Steuereingänge und Staatsausgaben (Beschlüsse des Landtags vom 15. März 1973, Drucksache 6/1993, und vom 20. Dezember 1973, Drucksache 6/3910 Ziff. II Nr. 6); Bericht für das Haushaltsjahr 2012 (Januar bis September) – Drucksache 15/2651

   Kenntnisnahme, keine Ausschussüberweisung

(Präsident Guido Wolf)

3. Mitteilung des Ministeriums für Finanzen und Wirtschaft vom 20. November 2012 – Mittelfristige Finanzplanung für die Jahre 2012 bis 2016 – Drucksache 15/2562

Überweisung an den Ausschuss für Finanzen und Wirtschaft

*

Damit treten wir in die Tagesordnung ein.

Ich rufe **Punkt 1** der Tagesordnung auf:

Aktuelle Debatte – „Ist mir das peinlich“ – Postenvergabe unter grün-roter Verantwortung – beantragt von der Fraktion der FDP/DVP

Die Redezeit für die einleitenden Erklärungen der Fraktionen beträgt wie üblich fünf Minuten. In der zweiten Runde gilt erneut eine Redezeit von fünf Minuten je Fraktion. Auch die Landesregierung ist gebeten, sich an den vorgegebenen Redezeitrahmen zu halten.

Ich möchte herzlich darum bitten, mit Blick auf § 60 Absatz 4 der Geschäftsordnung die Debatte in freier Rede zu führen.

Für die Fraktion der FDP/DVP spricht Kollege Dr. Rülke.

(Abg. Daniel Andreas Lede Abal GRÜNE: Jetzt wird es peinlich! – Abg. Walter Heiler SPD: Ist mir das peinlich!)

Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Das Thema Postenvergabe, sei es in den Ministerien, sei es – mittlerweile wurden ja auch die Unternehmen erreicht, an denen das Land Baden-Württemberg beteiligt ist – in der mehr oder weniger freien Wirtschaft des Landes, bietet zunehmend Anlass für Medienberichterstattung und für Kommentare über das eigentliche politische Feld hinaus.

Insofern ist ein Zitat des ehemaligen grünen Kollegen in diesem Haus und jetzigen Stuttgarter Bürgermeisters Werner Wölfle mittlerweile zu einem geflügelten Wort im Land Baden-Württemberg geworden, nämlich das Zitat „Ist mir das peinlich“. Diese Aussage war eigentlich nicht für die Öffentlichkeit bestimmt; umso mehr wird deutlich, dass sie ehrlich gemeint war. Sie bezog sich auf die Postenvergabe, auf die Versorgung grüner Parteigänger im Staatsministerium, die auch nach Auffassung von Herrn Wölfle offensichtlich nicht die hinreichende Qualifikation für diese Tätigkeit gehabt haben.

(Abg. Muhterem Aras GRÜNE: Was?)

Deshalb hat Herr Wölfle unfreiwillig zu Protokoll gegeben: „Ist mir das peinlich.“

Nicht nur das Staatsministerium an sich, sondern beispielsweise auch die Landesvertretung ist von diesen Vorgängen betroffen. Dort wurde der gescheiterte Grünen-Landespolitiker aus Berlin, Herr Ratzmann, versorgt und im Abstand von etwa vier Wochen mehrmals befördert.

(Abg. Edith Sitzmann GRÜNE: Sag einmal!)

Was die Situation im Verkehrsministerium angeht, haben wir feststellen können, dass es wahrscheinlich einen unmittelbaren Zusammenhang gibt zwischen der Postenvergabe im Ministerium an Parkschützer und der abnehmenden Zahl der Teilnehmer an den sogenannten Montagsdemonstrationen.

(Heiterkeit und Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU – Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: Schlechte Büttenrede, ganz schlechte Büttenrede!)

Noch toller treibt es allerdings die SPD. Namentlich zu nennen ist zunächst einmal das Finanz- und Wirtschaftsministerium. Da gab es anfangs einen Amtschef für den Bereich des Wirtschaftsministeriums – ein Amtschef für das gesamte Finanz- und Wirtschaftsministerium hätte gereicht, aber es mussten ja zwei sein.

(Zuruf des Abg. Walter Heiler SPD)

Dieser Amtschef war offensichtlich in jeglicher Hinsicht nicht für dieses Amt qualifiziert und musste dann innerhalb von nicht einmal einem Jahr nach einem peinlichen Prozess von dieser Funktion wieder entbunden werden, sodass das Land Baden-Württemberg bei einem Staatsdiener, der nicht einmal ein Jahr im Amt war, zumindest für einen überschaubaren Zeitraum einen Versorgungsfall hatte. Das, meine Damen und Herren, ist peinlich.

(Zuruf des Abg. Walter Heiler SPD)

Dann ging es weiter: Es gibt das ominöse Referat 97 im Finanz- und Wirtschaftsministerium, in dem sozusagen in einer Aktion „Genossensonne“ alle möglichen Parteigänger der SPD versorgt werden.

Damit nicht genug. Ich komme auf den Fall Zylla zu sprechen. Ich darf mit Ihrer freundlichen Genehmigung, Herr Präsident, eine Zeitung zitieren, die von einem „kläglich gescheiterten Konstanzer OB-Kandidaten“ gesprochen hat. Was passiert anschließend? Er wird im Wirtschaftsministerium versorgt. Das ist peinlich.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU)

Schauen wir ins Kultusministerium. Dort gibt es einen nicht mehr wiedergewählten ehemaligen Kollegen aus dem Landtag, eine hoffnungsvolle jugendliche Nachwuchskraft,

(Heiterkeit bei Abgeordneten der FDP/DVP und der CDU)

die dann im Kultusministerium aufgebaut wird. Im Schnelldurchgang steigt er auf – von früher A 13 auf heute B 3. Dann wurde sogar der Versuch unternommen, ihn nach B 6 hochzuhieven. Aber das war selbst einigen „Filzokraten“ dort zu viel, und diese Aktion wurde dann abgeblasen. Auch das ist peinlich, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU – Abg. Walter Heiler SPD: Langweilige Rede!)

Am peinlichsten ist, dass der sogenannte Hauptschulrebell Bosch in Freiburg Schulpräsident wird

(Abg. Edith Sitzmann und Abg. Muhterem Aras GRÜNE: Was ist daran peinlich?)

als Belohnung für seine Verdienste im Kampf gegen die frühere Landesregierung.

(Abg. Edith Sitzmann GRÜNE: Was ist daran peinlich?)

Wenn jemand wie Herr Bosch mit der Haltung, die er gegenüber den Gymnasien an den Tag gelegt hat,

(Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: Kennen Sie Herrn Bosch? – Abg. Edith Sitzmann GRÜNE: Haben Sie schon einmal mit Herrn Bosch geredet?)

in Südbaden oberster Chef aller Gymnasien wird, dann ist das ungefähr so, wie wenn Herr Lukaschenko aus Weißrussland als Wahlbeobachter der EU nach Afrika entsendet wird.

(Heiterkeit und Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU – Abg. Andreas Stoch SPD: Das ist lächerliche Hetze! – Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: Skandalös! – Zuruf von den Grünen: Alter Hetzer! – Weitere lebhafte Zurufe von den Grünen und der SPD)

Das sind ja nicht unsere Analysen, meine Damen und Herren.

(Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Das sagt beispielsweise auch der Chef des Beamtenbunds, Herr Stich. Der Chef des Beamtenbunds, Herr Stich, beschränkt sich nicht auf diese wenigen politischen Besetzungen, die ich genannt habe,

(Anhaltende Unruhe – Glocke des Präsidenten)

sondern nimmt eine flächendeckende Analyse vor.

(Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: Lukaschenko! Ich glaub', ich spinne!)

Mit Genehmigung des Präsidenten darf ich eine Aussage von Herrn Stich aus der Frankfurter Allgemeinen Zeitung vom 23. November dieses Jahres zitieren:

„Im Apparat wird flächendeckend nur noch nach Parteibuch entschieden,

(Zurufe von der CDU: Oi!)

da kommen Normalbewerber kaum noch zum Zuge", ...

Das ist peinlich.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU – Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: Reden Sie von Ihrer Regierungszeit, oder was? – Abg. Siegfried Lehmann GRÜNE meldet sich. – Abg. Andreas Schwarz GRÜNE: Zwischenfrage!)

Meine Damen und Herren, Sie machen sich diesen Staat zur Beute,

(Glocke des Präsidenten)

und das in einer Dreistigkeit und Unverfrorenheit, dass Transparency International Baden-Württemberg wahrscheinlich bald in der Nähe von Tadschikistan führt.

(Heiterkeit bei Abgeordneten der FDP/DVP und der CDU – Beifall des Abg. Konrad Epple CDU – Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: Maßlos! – Zuruf von den Grünen: Peinlich, peinlich!)

Präsident Guido Wolf: Herr Abg. Dr. Rülke, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Kollegen Lehmann?

Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Am Ende, Herr Präsident. – Schauen wir einmal, wie Sie früher zu derlei Tatverhalten standen.

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Aha!)

Schauen wir uns einmal das Jahr 2004 an, meine Damen und Herren.

(Abg. Thomas Marwein GRÜNE: Ich sage nur Niebel!)

Ich darf mit Genehmigung des Präsidenten den Vizepräsidenten Drexler zitieren, der im Jahr 2004 gesagt hat:

Das Beste, was man machen kann, ist eine Ausschreibung.

Diese Aussage von Herrn Drexler bezog sich auf die Toto-Lotto-Gesellschaft, bei der Herr Repnik im Jahr 2004 Chef wurde.

Der Finanz- und Wirtschaftsminister Nils Schmid, der diesen Posten jetzt neu besetzen will, sagte im Jahr 2004, es handle sich um die „schamlose Versorgung ehemaliger CDU-Minister".

(Zurufe von der CDU: Oi!)

Herr Minister Schmid, wenn es aber ehemalige Regierungsmitglieder sind, die ein SPD-Parteibuch in der Tasche haben, dann ist das wohl nicht schamlos, oder wie sieht das aus? Meine Damen und Herren, das ist peinlich.

(Beifall bei der FDP/DVP und der CDU)

Es wundert mich nicht, dass ich Herrn Drexler bei dieser Debatte nicht sehe. Er hat wahrscheinlich schon befürchtet, dass ich ihn mit dem Antrag der Fraktion der SPD vom 9. Juli 2004, Drucksache 13/3355, konfrontiere. Herr Schmiedel, erinnern Sie sich an diesen Antrag? Darin heißt es:

Der Landtag wolle beschließen,

die Landesregierung zu ersuchen,

1. *Führungspositionen in landeseigenen Unternehmen nur noch nach öffentlicher Ausschreibung zu vergeben;*

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Hört, hört, hört!)

2. *die Positionen des Geschäftsführers bei der staatlichen Toto-Lotto GmbH und des Vorstandsvorsitzenden bei der staatlichen Rothaus-Brauerei AG öffentlich auszuschreiben;*

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Hört, hört, hört! – Zurufe von der CDU: Oi!)

Weiter heißt es:

Es wird beantragt, den Antrag für dringlich zu erklären.

(Beifall des Abg. Willi Stächele CDU – Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Sehr dringlich!)

So lautete der Antrag der SPD im Jahr 2004. Das ist peinlich, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der FDP/DVP und der CDU)

Was sagt der Finanz- und Wirtschaftsminister dazu? Er sagt – Zitat –:

Das kann man machen oder nicht.

(Heiterkeit bei der FDP/DVP und der CDU)

Herr Minister, das ist wahrhaft eine philosophische Erkenntnis. Wäre diese vom Ministerpräsidenten gekommen, hätte man wahrscheinlich Hannah Arendt als Urheberin vermutet.

(Heiterkeit bei Abgeordneten der FDP/DVP und der CDU)

Bei Toto-Lotto Baden-Württemberg liege einiges im Argen, sagt der Finanz- und Wirtschaftsminister.

(Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Herr Minister, das zerstört die Reputation des Unternehmens. Damit fügen Sie dem Land mutwillig Schaden zu, nur um von Ihrem eigenen Nepotismus abzulenken.

(Beifall bei der FDP/DVP und der CDU – Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Richtig!)

Der Betriebsrat von Toto-Lotto spricht von einer Ohrfeige für alle bei Toto-Lotto Beschäftigten. Er sagt:

Nils Schmid schadet der Kuh, die täglich Milch gibt.

(Zuruf des Abg. Helmut Walter Rüeck CDU)

Interessant ist, dass sich dieser frustrierte Betriebsrat nicht an seinen traditionellen Ansprechpartner SPD wendet, sondern dem Ministerpräsidenten schreibt. Wie reagiert nun der Ministerpräsident darauf? In der „Bild“-Zeitung vom 22. November 2012 heißt es:

Ministerpräsident Kretschmann selbst wollte sich gestern nicht zu den Vorwürfen gegen seinen Vize äußern.

Fremdschämen nennt man das wohl, meine Damen und Herren.

(Heiterkeit und Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP und der CDU)

Im Jahr 2004 war das anders, Herr Ministerpräsident. Damals haben Sie als Fraktionsvorsitzender der Grünen im Landtag von Baden-Württemberg erklärt, eine Ausschreibung sollte gemacht werden, „damit saubere Verhältnisse bestehen und gar nicht der Verdacht aufkommen kann, dass hier Vetterleswirtschaft herrscht“.

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Hört, hört!)

Im Zusammenhang mit der Tatsache, dass Herr Repnik Toto-Lotto-Chef wurde, erklärte Winfried Kretschmann im Jahr 2004, es handle sich – so wörtlich – um „Gaunereien“. Herr Ministerpräsident, was sagen Sie denn zu den Gaunereien Ihrer eigenen Regierung?

(Beifall bei der FDP/DVP und der CDU)

Oder gilt das Ganze nur, wenn man in der Opposition ist? Verdirbt Macht so schnell den Charakter? Der CDU wurde vorgeworfen, in 60 Jahren schwarzen Filz geschaffen zu haben. Meine Damen und Herren, für das, was die CDU in 60 Jahren mit Sicherheit nicht geschaffen hat, brauchen Sie nicht einmal 60 Wochen.

(Beifall bei der FDP/DVP und der CDU)

Sie sprachen in der vergangenen Woche davon, Sie stünden nicht für einen Kuhhandel zur Verfügung, weil Sie nicht zu dieser Population gehörten.

(Heiterkeit des Abg. Winfried Mack CDU)

Herr Ministerpräsident, wir fordern Sie auf, zu diesem Thema Stellung zu nehmen. Sonst stellt sich die Frage nach Ihrer Populationszugehörigkeit ganz neu.

(Heiterkeit bei Abgeordneten der FDP/DVP und der CDU – Abg. Walter Heiler SPD: Oberpeinliche Rede! – Zuruf des Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE)

Herr Präsident, mit Ihrer Genehmigung verweise ich auf den „Mannheimer Morgen“ vom 22. November 2012. Darin ist zu lesen, dass Herr Schmid auf Nachfrage einräumt, dass bei der Besetzung des Chefsessels der Staatsbrauerei der Koalitionspartner dran sei. Das heißt auf Deutsch: Die Grünen dürfen den Chefsessel bei Rothaus besetzen.

Meine Damen und Herren, ich fordere Sie auf: Machen Sie eine Ausschreibung,

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Richtig!)

und besetzen Sie nach dem Bestenprinzip und nicht nach Parteibuch.

(Beifall bei der FDP/DVP und der CDU – Zuruf des Abg. Walter Heiler SPD – Glocke des Präsidenten)

Präsident Guido Wolf: Ich darf Sie bitten, zum Ende zu kommen.

Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Anderenfalls, meine Damen und Herren, wird auch zu diesem Thema wieder festzuhalten sein: Das Ganze ist nicht nur mir peinlich, sondern dem ganzen Land Baden-Württemberg.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der FDP/DVP und der CDU)

Präsident Guido Wolf: Für die CDU-Fraktion spricht – –

(Abg. Siegfried Lehmann GRÜNE meldet sich. – Zuruf: Halt! Stopp!)

Die Redezeit ist abgelaufen,

(Abg. Siegfried Lehmann GRÜNE: Ja, aber – –)

und wenn die Redezeit abgelaufen ist, ist keine Zwischenfrage oder Nachfrage mehr möglich. Das ist nach der Geschäftsordnung so.

(Unruhe – Glocke des Präsidenten)

– Moment bitte! Meine Damen und Herren, eine Geschäftsordnung, die wir hier gemeinsam einstimmig verabschiedet haben, sollte nicht immer wieder Anlass zu einer streitigen Diskussion geben.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Der Redner hat die Möglichkeit, eine Zwischenfrage erst am Ende der Rede zuzulassen. Wenn die Redezeit jedoch abgelaufen ist, ist keine Nachfrage mehr möglich. Das haben Sie in der Geschäftsordnung so beschlossen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Zuruf des Abg. Claus Schmiedel SPD)

Das Wort für die CDU-Fraktion hat Herr Kollege Mack.

Abg. Winfried Mack CDU: Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Eineinhalb Jahre Grün-Rot in Baden-Württemberg – es ist Zeit, zu fragen: Was macht diese Regierung aus diesem Land? Hält sie sich an die Prinzipien und Werte, die dieses Land groß gemacht haben, oder verfolgt sie etwas anderes?

(Lachen bei Abgeordneten der SPD)

Ich messe diese Regierung nicht an den eigenen Ansprüchen, die sie vorher formuliert hat, die sie selbst an sich gestellt hat. Ich messe diese Regierung nicht an Zitaten von Kretschmann aus seiner Oppositionszeit. Ich habe diesem ganzen grünen „Moraldeutsch“ von Anfang an nicht geglaubt. Deswegen ist das für mich nicht der Maßstab.

Für mich geht es vielmehr um die Frage: Was hat dieses Land groß gemacht? Groß gemacht hat unser Land beispielsweise der Soziologe Max Weber mit seinem Werk „Wirtschaft und Gesellschaft“ aus dem Jahr 1921. Er hat die Idealvorstellung einer legalen Herrschaft mit bürokratischem Verwaltungsstab entwickelt, dies vor allem im Gegensatz zu früheren, teils archaischen Herrschaftsformen. Die Verwaltung erfolgt nach Max Weber nach allgemein angebbaren Prinzipien. Seine Prinzipien des Berufsbeamtentums haben ihren Niederschlag im Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland gefunden.

Aber für diese grün-rote Regierung ist Max Weber eine blanke Theorie aus ferner Zeit. Es hat in Deutschland noch nie eine Regierung gegeben, die nach einem Regierungswechsel 180 neue Stellen geschaffen hat.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Lachen des Abg. Claus Schmiedel SPD)

Es hat in Deutschland noch nie eine Regierung gegeben, die die Ministerialverwaltung in so kurzer Zeit im Bereich über A 15 um 10 % aufgebläht hat. Es hat in Deutschland noch nie eine Regierung gegeben, die 180 Stellen geschaffen und praktisch keine dieser Stellen im „Staatsanzeiger“ ausgeschrieben hat.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der FDP/DVP – Glocke des Präsidenten)

Präsident Guido Wolf: Herr Kollege Mack, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Kollegen Dr. Rösler?

Abg. Winfried Mack CDU: Nein. Wenn, dann am Schluss.

(Lachen bei Abgeordneten der Grünen und der SPD)

Die neuen Prinzipien heißen nicht mehr Eignung, Befähigung und fachliche Leistung. Die grün-rote Vorgehensweise erfolgt vielmehr nach den Prinzipien parteipolitische Ämterpatronage, Durchdringung der Institutionen und Sprungbeförderung. Sprungbeförderung, meine Damen und Herren, war früher ein Wort, von dem man nicht geglaubt hat, dass es der Wahrheit entspricht. Aber wenn man sich heute das „Haus Nils Schmid“ anschaut, kann man sehen, was da passiert.

Von Daniel Rousta war ja schon die Rede. Der Wahlkampfleiter wurde gleich nach B 9 besoldet. Der Konstanzer OB-Bewerber Zylla erhält ohne Ausschreibung bis zu 6 800 € im Monat. Der Konstanzer SPD-Stadtverbandsvorsitzende wird statt in A 13 in A 15 eingestellt. Der Büroleiter von Nils Schmid: Sprungbeförderung von A 13 nach A 15. Der frühere SPD-Bundestagsabgeordnete Johannes Jung, jetzt Leiter der Landesvertretung in Brüssel: früher B 3, jetzt B 6.

Meine Damen und Herren, das sind die Beispiele aus dem „Ministerium Nils Schmid“. Da waren wir noch gar nicht bei Winfried Hermann, jenem „gebändigten Rebellen“ und „Gesinnungstäter“,

(Abg. Andreas Schwarz GRÜNE: Vorsicht, Vorsicht!)

wie gestern die „Süddeutsche Zeitung“ getitelt hat.

(Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: Das wäre ein Thema für das Präsidium!)

– Das sind Zitate aus der „Süddeutschen Zeitung“. Sie können sich dorthin wenden.

Er machte erst einmal den Fahrplanexperten der Bahnhofsgegner, also der „Bewegung“, wie er das nennt, zum Leiter seiner Zentralstelle. Dann setzte er einen Parkschützer ans Bürgertelefon.

Dann, Herr Sckerl, zu Beatrice Böninger, der Koautorin, mit der Sie gemeinsam ein Buch zum Untersuchungsausschuss zum Polizeieinsatz am 30. September 2010 herausgegeben haben. Beatrice Böninger hat Pfarrer Bräuchle wegen Volksverhetzung angezeigt. Was macht sie jetzt? Sie ist Bürgerreferentin zu Stuttgart 21

(Zurufe von der CDU: Ah! – Unglaublich! – Zuruf des Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE)

bei Winfried Hermann im Ministerium.

Herr Sckerl, ich kann in diesem Zusammenhang nur eines sagen: Hören Sie endlich auf – vor allem nach dem gestern mitgeteilten Ergebnis der Staatsanwaltschaft zu Mappus, zum Untersuchungsausschuss und zum Verhalten bei Stuttgart 21 –,

(Unruhe – Glocke des Präsidenten)

mit Dreck zu werfen! Der wird Sie irgendwann selbst beschmutzen.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Zuruf des Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE – Abg. Andreas Schwarz GRÜNE: Wer im Glashaus sitzt!)

Aber der Fisch fängt bekanntlich vom Kopf her an zu stinken. In der Landesvertretung Baden-Württembergs in Berlin ist Volker Ratzmann, der frühere Fraktionsvorsitzende der Grünen im Berliner Abgeordnetenhaus, eingruppiert erst nach B 3, dann nach B 6

(Abg. Wolfgang Drexler SPD: Aber ein guter Mann!)

– ein guter Mann; ich sage es Ihnen gleich –, als Koordinator für Bundesangelegenheiten zuständig. Aber er sagt nicht: „Ich möchte dem Land dienen“ oder: „Ich möchte dem SPD-Minister Peter Friedrich dienen.“ Nein, er sagt – Zitat aus dem „Tagesspiegel“ vom 14. Februar 2012 –, er wolle „den grünen Link zwischen Kretschmann und Berlin enger knüpfen“. Nicht dem Land dient er, nein, der Partei – nach eigener Aussage.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: So ist es! – Abg. Edith Sitzmann GRÜNE: Der Ministerpräsident dient dem Land, Herr Mack!)

Sprungbeförderungen sind im Staatsministerium offensichtlich an der Tagesordnung. Bisher war ein Amtschef im Staatsministerium erst Ministerialdirektor und wurde dann nach vier, fünf Jahren zum Staatssekretär ernannt. Jetzt wird er sofort in B 10 eingruppiert. Man weiß ja nicht, wie lange man dort ist.

(Abg. Andreas Schwarz GRÜNE: B 10? Geislingen, oder was? – Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: Seit wann gibt es B 10?)

Wenn man das Ganze anschaut, bekommt man bestätigt, was man eigentlich schon immer ahnte. Unter Grün-Rot gelten nicht die weberschen Ideale der Verwaltung, sondern gilt die Waldorfideologie. Grün-Rot macht sich ungeniert diesen Staat zur Beute.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Lachen bei Abgeordneten der Grünen und der SPD – Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: Bravo! – Weitere Zurufe)

Die FAZ hat schon spekuliert, wer nach Caspers-Merk als Nächste versorgt werden muss. Zitat:

> *Für die Möglichkeit, gescheiterte Minister in eine landeseigene Gesellschaft abzuschieben, sind Landespolitiker dankbar. Sollte z. B. die Ablösung der in der Kritik stehenden Kultusministerin Gabriele Warminski-Leitheußer (SPD) nötig werden, wird Schmid froh sein, solche Möglichkeiten zu haben.*

Im Kultusministerium: Zeller als Vertriebsleiter nach Gutsherrenart für die Gemeinschaftsschule, Rudolf Bosch sprungbefördert nach B 3.

(Zuruf des Abg. Helmut Walter Rüeck CDU)

Der VBE hat getitelt: „Unter Grün-Rot werden auch Märchen wahr“. So ist es, meine Damen und Herren.

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Das sind Alpträume!)

Beim grün-roten „Stelldichein – Stellmichein“ geht es aber um etwas ganz anderes. Diese sprungbeförderten Parteigenossen sollen aus Baden-Württemberg ein anderes Land machen – darum geht es –,

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Abg. Karl Zimmermann CDU: Jawohl!)

ein Land ohne das bei den Grünen verhasste Projekt Stuttgart 21, über dessen Scheitern sich der Herr Ministerpräsident ja heimlich freuen würde,

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Richtig!)

ein Land mit einer klassisch linken Ausgabenpolitik, mit Zentralismus, mit Nils Schmid und Bonde – „dann wächst halt mal ein Tal zu“. Und was sagte die Staatsrätin am vorvergangenen Samstag zur Bürgerbeteiligung?

(Zuruf der Abg. Edith Sitzmann GRÜNE)

Sie sagte, Bürgerbeteiligung bedeute nicht, dass die Menschen vor Ort alles selbst bestimmen könnten. Aha! Volksabstimmung nur, wenn es den Grünen passt?

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: So ist es! – Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: Ausgerechnet von der CDU kommt das!)

Zur Schulpolitik: Mit der Abrissbirne will die Kultusministerin das Bildungssystem knacken, den Einheitsbildungsplan durchsetzen und den Einheitslehrer auf den Weg bringen.

(Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: Von Ihnen brauchen wir keinen Nachhilfeunterricht!)

„Wir sind sauber unterwegs“, hat Nils Schmid gesagt. Genau! Mit Ihrer Einheitsschule, Frau Kultusministerin, bemühen Sie sich stetig, in die Geschichtsbücher einzugehen. Mit dieser Einheitsschule suchen Sie die Chance, zur bekanntesten deutschen Kultusministerin seit Margot Honecker zu werden.

(Vereinzelt Beifall – Zurufe von den Grünen: Na, na, na! – Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: Herr Präsident, können Sie jetzt mal eingreifen? Vergleich mit Margot Honecker! Was denn noch? Jetzt reicht es!)

Baden-Württemberg ist in vielen Bereichen sicher nicht mehr Spitzenreiter, wenn Ihre linke Politik vollzogen wird. Eines ist aber sicher: Bei parteipolitischer Ämterpatronage ist die Kretschmann-Regierung uneinholbar auf Platz 1.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Glocke des Präsidenten)

Präsident Guido Wolf: Herr Abg. Mack, während Ihrer Rede gab es drei Nachfragen. Sie hatten angedeutet, diese am Schluss zulassen zu wollen. Gemeldet hatten sich Herr Abg. Dr. Rösler, Herr Abg. Tschenk und Herr Abg. Lehmann. Möchten Sie diese Fragen noch zulassen?

Abg. Winfried Mack CDU: Ja.

Präsident Guido Wolf: Herr Dr. Rösler, bitte.

Abg. Dr. Markus Rösler GRÜNE: Kollege Mack, Sie haben die 180 Stellen angesprochen. Erinnern Sie sich – Sie sind wie ich Mitglied des Finanz- und Wirtschaftsausschusses – daran,

dass die CDU-Landtagsfraktion 74 dieser Stellen selbst zugestimmt hat?

Abg. Winfried Mack CDU: Ich kann Ihnen nur sagen: Diese 180 Stellen sind die Stellen, die Sie geschaffen haben, um eigene Leute in den Ministerien unterzubringen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der FDP/DVP – Abg. Andreas Schwarz GRÜNE: So ein Quatsch! – Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: Eine Nullemission, Herr Kollege! – Zuruf des Abg. Jörg Fritz GRÜNE – Unruhe)

– Schreiben Sie nicht so viele Bücher.

Präsident Guido Wolf: Herr Kollege Tschenk.

Abg. Nikolaus Tschenk GRÜNE: Ein kleiner Versuch zur Versachlichung: Herr Kollege Mack, Sie haben zweimal Max Weber erwähnt. Können Sie mir sagen, welches seiner Werke Sie gelesen haben?

(Heiterkeit und Beifall bei Abgeordneten der Grünen und der SPD)

Abg. Winfried Mack CDU: „Wirtschaft und Gesellschaft“, erschienen 1921, 1922 bei Mohr in Tübingen.

(Heiterkeit und Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Zurufe von der CDU: Bravo! – Abg. Nikolaus Tschenk GRÜNE: Sehr gut! Danke!)

Präsident Guido Wolf: Kollege Lehmann.

(Abg. Klaus Herrmann CDU: Kollege Mack war nicht auf der Gemeinschaftsschule! – Heiterkeit und Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Abg. Winfried Mack CDU: Nein, ich war auf einem Gymnasium mit einem grundständigen eigenen Bildungsplan.

(Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Präsident Guido Wolf: Kollege Lehmann hat das Wort.

Abg. Siegfried Lehmann GRÜNE: Herr Kollege Mack, Sie haben vorhin gesagt, Herr Ratzmann würde Herrn Kretschmann dienen.

(Abg. Volker Schebesta CDU: Den Grünen würde er dienen!)

Ist Ihnen bekannt, dass Herr Kretschmann Ministerpräsident des Landes Baden-Württemberg ist und er damit natürlich dem Land Baden-Württemberg dient?

(Oh-Rufe von Abgeordneten der CDU – Abg. Volker Schebesta CDU: Den Grünen!)

Zweitens möchte ich Sie bitten, in einer demokratischen Gesellschaft, wie wir sie haben, die Kultusministerin nicht mit Margot Honecker zu vergleichen.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Ich möchte Sie auch bitten – – Leider konnte ich das Herrn Rülke zu einer ähnlichen Sache nicht sagen und möchte ihn deswegen an dieser Stelle ebenfalls darum bitten,

(Zurufe von der FDP/DVP: Frage! – Unruhe)

dass er Herrn Bosch nicht mit Lukaschenko, mit Diktatoren vergleicht. Ich finde das ungeheuerlich. Ich erwarte, dass Sie sich entschuldigen.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD – Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: Es ist eigentlich Aufgabe des Präsidenten, das zu sagen!)

Abg. Winfried Mack CDU: Erstens: Ich habe die Kultusministerin nicht mit Margot Honecker verglichen.

(Zuruf von den Grünen: Lesen Sie einmal nach!)

Zweitens: Wenn Sie sich den „Tagesspiegel“ vom 14. Februar dieses Jahres genau anschauen, dann finden Sie das Zitat von Herrn Ratzmann. Er hat selbst gesagt: Er möchte den grünen Link für Kretschmann herstellen. Er möchte also grüne Politik in der Landesvertretung Baden-Württemberg machen. Das ist das Zitat, seine Aussage. Es tut mir leid, Ihnen das sagen zu müssen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der FDP/DVP – Abg. Siegfried Lehmann GRÜNE: Wissen Sie, dass wir eine grün geführte Landesregierung haben?)

Präsident Guido Wolf: Für die Fraktion GRÜNE spricht Frau Kollegin Aras.

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Jetzt aber!)

Abg. Muhterem Aras GRÜNE: Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Wenn hier etwas peinlich ist, dann sind es leider solche Debatten wie die, die Sie hier beantragt haben, Herr Rülke.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Sie haben sich vielleicht an diese Debatten gewöhnt; aber auch nach zwei Jahren fällt es mir schwer,

(Abg. Jürgen Filius GRÜNE: So ist es! – Abg. Volker Schebesta CDU: Oje!)

dieses Hohe Haus, dieses demokratische Haus für Gedankenspiele heranzuziehen, in denen Demokraten mit Diktatoren verglichen werden

(Abg. Thaddäus Kunzmann CDU: Was haben Sie zu Stuttgart 21 gemacht?)

oder ganze Volksgruppen diskriminiert werden.

(Abg. Peter Hauk CDU: Diskriminieren? Frau Kollegin Aras, niemand wurde diskriminiert! – Gegenruf des Abg. Wolfgang Drexler SPD: Na, na, na! – Abg. Edith Sitzmann GRÜNE zur CDU: Zuhören!)

In dieses Hohe Haus gehört das, finde ich, nicht.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD – Abg. Peter Hauk CDU: Frau Kollegin Aras, es wurde niemand diskriminiert! Niemand! – Gegenruf des Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: Darüber haben Sie nicht zu entscheiden! – Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Präsident Guido Wolf: Das Wort hat die Kollegin Aras.

Abg. Muhterem Aras GRÜNE: Ich sage nur: „Kurdenfeldzüge“.

(Abg. Peter Hauk CDU: Mit Verlaub!)

Lieber Herr Kollege Rülke, wer im Glashaus sitzt, der sollte nicht mit Steinen werfen.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen – Abg. Edith Sitzmann GRÜNE: So ist es! – Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Ich bin schon nervös!)

– Warten Sie einmal ab. – In Ihrer Regierungszeit haben Ihre Fraktion und Ihre Partei alles darangesetzt, Ihre Leute, Ihre Parteifreunde mit Posten zu versorgen.

(Abg. Dieter Hillebrand CDU: Nicht im Ansatz!)

Das war Ihr einziges Ziel.

Ich möchte nur zwei Beispiele erwähnen.

(Abg. Peter Hauk CDU: Zählen Sie einmal mehr auf!)

– Es gäbe zahllose Beispiele. Ich möchte nur zwei anführen. – Im Jahr 2008 nahm Wirtschaftsminister Ernst Pfister von der FDP/DVP im Wirtschaftsministerium die Verbeamtung einer jungen Juristin vor, die nachweislich die dafür erforderliche Eignung und Befähigung nicht hatte. Es gibt Mitwirkungsrechte. Der Personalrat hatte erhebliche Einwände. Was machte das Wirtschaftsministerium? Anstatt nachzuweisen, dass diese Frau die Befähigung und Eignung hat, brach das Wirtschaftsministerium das Mitwirkungsverfahren ab. Der Personalrat trat vollständig zurück, reichte aber Klage beim Verwaltungsgericht Stuttgart ein. Was passierte? Das Verwaltungsgericht Stuttgart gab dem Personalrat recht. Das Wirtschaftsministerium, in persona Ernst Pfister, hat gegen Mitbestimmungsrechte verstoßen. – Das war Ihre Politik, Herr Rülke.

(Beifall bei den Grünen und der SPD – Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Jetzt hat der gute Herr Pfister einmal Frauenförderung betrieben!)

Aber es lohnt sich auch ein Blick nach Berlin, nämlich ins Bundesentwicklungsministerium, zu Herrn Niebel. Immerhin ist er – –

(Abg. Peter Hauk CDU: Fällt Ihnen sonst nichts mehr ein? Bleiben Sie doch einmal im Land! – Weitere Zurufe)

– Ganz ruhig.

(Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU: Wir sind gelassen! – Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Präsident Guido Wolf: Das Wort hat die Kollegin Aras.

(Anhaltende Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Frau Kollegin Aras, darf ich kurz unterbrechen? – Meine Damen und Herren, ich darf Sie bitten, jetzt Frau Kollegin Aras zuzuhören. Sie hat das Wort.

Bitte schön.

Abg. Muhterem Aras GRÜNE: Noch als FDP-Generalsekretär hatte der jetzige Bundesentwicklungsminister vor, dieses Ministerium abzuschaffen. Kaum war er Minister, hat er eine Neuordnung des Ministeriums angeordnet.

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Sehr erfolgreich!)

Was passiert? Es kommen 200 zusätzliche Stellen allein in einem Ministerium an, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU: Das spricht für die Wichtigkeit der Entwicklungshilfe!)

Wie werden diese Posten besetzt? Die ganze Presse ist voll davon, auch die Bundespresse: Es wird weitestgehend nach Parteibuch ausgesucht.

(Staatssekretär Ingo Rust: So viele Mitglieder haben die doch gar nicht!)

Auch dort gibt es erhebliche Widerstände der Personalräte im Wege der Mitbestimmung. Wie geht das Ministerium damit um? Es wird gedroht, entweder man sei ruhig oder die Mitbestimmungsrechte würden entzogen. Das ist Ihre Politik, lieber Herr Rülke, und die Ihrer Partei.

Kommen Sie mir jetzt nicht damit: Das ist Berlin.

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Das haben Sie sogar selbst gemerkt!)

Dieser Ihrer Partei angehörende Bundesminister ist der Spitzenkandidat Ihrer Partei in Baden-Württemberg, lieber Herr Kollege Rülke.

(Abg. Jürgen Filius GRÜNE: Der Hoffnungsträger!)

Insofern ist dieser Vergleich durchaus angebracht.

(Glocke des Präsidenten)

Präsident Guido Wolf: Frau Kollegin Aras, gestatten Sie eine Zwischenfrage?

Abg. Muhterem Aras GRÜNE: Nein. – Kommen wir also zu Baden-Württemberg. Wir sind jetzt gerade einmal zwei Jahre an der Regierung. Schwarz und Gelb zusammen waren es viel zu lange. Welche Stellen haben Sie denn ausgeschrieben? Ich nenne Toto-Lotto, LEG, Rothaus, andere Spitzenpositionen.

(Abg. Peter Hauk CDU: Welche anderen? – Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: Keine einzige!)

Und wenn Sie eine Stelle ausgeschrieben haben, dann haben Sie die Ausschreibung so gemacht, dass sie genau auf eine Person passte, selbst wenn sie die Befähigung nicht hatte.

(Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU: Euch fällt doch gar nichts ein!)

Selbst das Verwaltungsgericht hat Ihnen gesagt – –

(Abg. Dr. Dietrich Birk CDU: Das ist eine Unterstellung!)

– Das ist keine Unterstellung.

(Abg. Dr. Dietrich Birk CDU: Natürlich!)

(Muhterem Aras)

Das Verwaltungsgericht hat bestätigt, dass die Einwände des Personalrats richtig waren, und ein Kommentar der Presse hatte die Überschrift: „Peinlich“. So etwas ist peinlich.

(Abg. Dr. Dietrich Birk CDU: Eine plumpe Unterstellung!)

– Das ist keine Unterstellung. Das Verwaltungsgerichtsurteil können Sie nachlesen.

(Abg. Dr. Dietrich Birk CDU: Schauen Sie sich einmal die Ausschreibungen des Landes in den letzten Jahren an! Unglaublich! – Zuruf des Abg. Wolfgang Drexler SPD – Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Ich halte fest: Wir verurteilen die Personalpolitik à la FDP.

(Zuruf von der CDU: Aber Ihre war gut? Das ist Ihre Doppelmoral!)

Im Gegensatz zu Ihnen besetzen wir die Stellen nach Eignung und Befähigung. Das ist unser Ziel.

(Beifall bei den Grünen und der SPD – Lachen bei der CDU – Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU: Das ist die Moral der Grünen, und alles andere ist Doppelmoral!)

Präsident Guido Wolf: Für die Fraktion der SPD spricht Kollege Claus Schmiedel.

Abg. Claus Schmiedel SPD: Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Wenn einem politisch nichts mehr einfällt, dann wirft man mit Dreck.

(Beifall bei der SPD und den Grünen – Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Das wird jetzt folgen, schätze ich!)

– Das ist Ihre Devise. Wissen Sie, Herr Kollege Rülke: Wenn einer wie Sie, der seinen persönlichen Mitarbeiter gegen 70 Bewerbungen im Wirtschaftsministerium durchdrückt, hier den Moralapostel spielt, dann ist das mehr als superpeinlich.

(Beifall bei der SPD und den Grünen)

Herr Mack entrüstet sich hier, dass im Staatsministerium Mitarbeiter mit grünem Parteibuch eingestellt werden. Ja wo waren Sie denn als CDU-Mensch?

(Heiterkeit und Beifall bei Abgeordneten der SPD und der Grünen)

Eignung und Befähigung, was?

(Heiterkeit und Beifall bei der SPD und den Grünen – Abg. Thomas Blenke CDU: Bei Herrn Mack trifft das zu! – Gegenruf des Abg. Winfried Mack CDU: Ich werde antworten! Ich freue mich schon! – Weitere Zurufe von der CDU – Glocke des Präsidenten)

Jetzt schauen wir einmal, was zutrifft.

Ich greife noch einmal den Fall auf, den Frau Aras gerade beschrieben hat, denn man kann ja sonst über Personalien nicht reden. Das ist alles vertraulich. Aber was dann in der Zeitung steht, kann man natürlich schon zitieren: eine junge Juristin, wie Drautz Mitglied des FDP-Kreisvorstands Heilbronn. Zu Herrn Drautz komme ich nachher noch.

(Heiterkeit bei Abgeordneten der SPD und der Grünen – Zuruf: Das wird dann nicht lustig!)

Der Personalrat hat sich deshalb gewehrt, weil er sagte, die Stellenbesetzung erfolgte nicht nach Eignung und Leistung – hallo, Max-Weber-Freund! –,

(Heiterkeit bei Abgeordneten der SPD und der Grünen)

sondern sei parteipolitisch motiviert gewesen.

(Zuruf von den Grünen: Was?)

Deswegen habe man die Ausschreibung gezielt auf die FDP-Frau zugeschnitten,

(Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: So was!)

die tatsächlich die einzige Bewerberin blieb. Mit einer Examensnote von gut fünf Punkten, monierte der Personalrat, wäre sie in einem anderen Ressort nicht Beamtin geworden. – Das ist die Praxis.

(Beifall des Abg. Sascha Binder SPD)

Sie haben einen Sprung von 1921 bis jetzt gemacht, um diese Vorgänge zu überspringen. Deshalb muss ich sie jetzt nennen.

(Beifall bei der SPD und den Grünen – Lachen des Abg. Winfried Mack CDU)

Der Personalrat sagt auf die Frage, weshalb er vor Gericht gegen diese Entscheidung vorgehe, man sei auch deshalb vor Gericht gegangen, weil es sich nicht um den ersten Fall dieser Art handle. – Ständige Praxis.

Jetzt sage ich Ihnen einmal: Ihre Vorwürfe sind so etwas von hanebüchen, wenn Sie Herrn Zylla anführen: Er war nach A 16 in einem Ministerium besoldet, ist querversetzt in die Besoldungsgruppe A 16, und Sie führen hier einen Veitstanz auf.

(Zuruf des Abg. Wolfgang Drexler SPD)

Wissen Sie, wer mir leid tut? Die vielen Beamten, auch diejenigen, die ein FDP-Parteibuch haben. Denn jetzt wird der Eindruck erweckt, als hätten wir es mit einer Beamtenschaft zu tun, die nur unter parteipolitischen Gesichtspunkten eingestellt wird.

Ich nehme einmal ausdrücklich zwei oder meinetwegen drei Abteilungsleiter in Schutz – alle sind Mitglied bei der FDP oder stehen ihr nahe –, weil ich schon in der Opposition sehr gute Erfahrungen mit ihnen gemacht habe. Herr Leßnerkraus leistet einen tollen Job, auch Herr Professor Weiblen. Wenn Sie aber alle diese Diskussionen führen und so tun, als sei hier Weißrussland oder die DDR,

(Zuruf von der SPD: Unverschämt!)

bringen Sie dadurch alle Beamten in Baden-Württemberg in Misskredit.

(Anhaltender lebhafter Beifall bei der SPD und den Grünen – Lachen des Abg. Winfried Mack CDU – Abg. Thomas Blenke CDU: Stimmt doch nicht! So ein Quatsch!)

Jetzt verlassen wir einmal die Beamtenebene.

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Die werden alle froh sein!)

Sie haben moniert, dass Herr Zeller, der übrigens einen anerkannt guten Job macht – –

(Lachen bei Abgeordneten der CDU und der FDP/DVP – Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Von A 13 nach B 3! – Zuruf des Abg. Konrad Epple CDU)

Ich habe gehört, Sie gehen demnächst einmal in eine Gemeinschaftsschule und schauen, wie das funktioniert. Ich bin auf Ihren Erfahrungsbericht gespannt. Aber reden Sie einmal mit Bürgermeistern,

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Schulleiter, die er anruft und bedroht!)

die sich jetzt Gedanken machen, wie es weitergeht, und mit Schulen, die Rat suchen. Ich habe wirklich nur Gutes gehört, und deshalb an dieser Stelle ein ausdrückliches Lob für das, was Herr Zeller macht.

(Beifall bei der SPD und den Grünen – Abg. Dr. Dietrich Birk CDU: Kann es sein, dass Sie sich einseitig informieren?)

Dass Sie hier Herrn Bosch diskreditieren, hängt doch nur damit zusammen, dass Sie mit seiner schulpolitischen Position ein Problem haben. Das ist doch alles.

(Zuruf des Abg. Dr. Dietrich Birk CDU)

Sie verwechseln etwas. Sie sind politisch in einem Punkt anderer Meinung, stellen deshalb Anforderungen an fachliche Qualitäten auf und stellen in Abrede, dass ihnen entsprochen wird. Das ist unfair,

(Zurufe von der CDU: Von A 13 nach B 3!)

vor allem, wenn man einmal überlegt, wie das bei Ihnen war. Wie war denn das, als Herr Drautz nicht mehr gewählt wurde? Wie war das denn?

(Abg. Thomas Blenke CDU: Von A 13! Das sind sechs Stufen! – Abg. Dr. Dietrich Birk CDU: Sie dürfen nicht alles durcheinanderbringen! – Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Das war ja kein Beamter! – Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Das war kein Beamter! – Glocke des Präsidenten)

– Er war beamteter Staatssekretär. Für ihn wurde eine Stelle als beamteter Staatssekretär geschaffen. Da lachen ja die Hühner!

Seien Sie, Herr Bullinger, einmal ganz ruhig. Sie haben sich doch auch für diesen Job interessiert.

(Lebhafte Heiterkeit und Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen – Glocke des Präsidenten)

Erinnern Sie sich noch, wo darüber entschieden wurde? Sie haben im FDP-Präsidium darüber abgestimmt,

(Abg. Wolfgang Drexler SPD: Ja! So ist es! – Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP meldet sich.)

ob es der Drautz oder der Dr. Bullinger machen soll.

Präsident Guido Wolf: Herr Schmiedel, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Kollegen Dr. Bullinger?

Abg. Claus Schmiedel SPD: Aber bitte.

(Zuruf von den Grünen: Der wurde dann Minister!)

Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Lieber Herr Schmiedel, ich möchte doch darauf hinweisen, dass ich 2006 von den Bürgerinnen und Bürgern in Baden-Württemberg von 70 Kandidaten mit dem drittbesten Ergebnis und diesmal mit dem besten Ergebnis gewählt wurde – das ist doch Fakt – und nicht als Beamter.

Abg. Claus Schmiedel SPD: Entschuldigung, wollten Sie jetzt den Job, oder wollten Sie ihn nicht?

(Heiterkeit und Beifall bei der SPD und den Grünen – Zurufe von der CDU und der FDP/DVP)

Fauser: „Unter Beobachtung“.

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Beobachtung lohnt sich immer!)

Das war auch so ein Deal, ein völlig überflüssiger Posten eines dritten oder vierten Stellvertreters. „Unter Beobachtung“. Wissen Sie übrigens, wer dies gesagt hat?

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Jemand, der Interesse an ihr hatte! – Zuruf: Unterirdisch!)

Das war Herr Oettinger.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen – Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Das mag ja sein! Warum soll er sie sonst beobachten? – Zurufe, u. a. Abg. Wolfgang Drexler SPD: Das ist ja unmöglich! – Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Die tollste Nummer war die mit Herrn Freudenberg.

(Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: In der Tat! – Zurufe von der SPD und den Grünen: Aha!)

Sie haben das Thema Landesvertretung angesprochen. Herr Freudenberg kam hier ins Parlament. Diejenigen, die damals schon hier waren, erinnern sich sicherlich. Dann haben Sie einen Deal mit der CDU gemacht mit dem Ergebnis einer Sprungbeförderung an die Spitze des Petitionsausschusses. Das gab es noch gar nie. Früher war man zuerst Mitglied im Petitionsausschuss, dann war man stellvertretender Vorsitzender, und dann wurde man Vorsitzender. Sprungbeförderung.

(Zurufe von der CDU und der FDP/DVP – Lachen bei Abgeordneten der CDU und der FDP/DVP – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Sind das jetzt auch Beamte? – Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Eigentor! – Abg. Dr. Dietrich Birk CDU: Sie müssen

(Claus Schmiedel)

mal Ihre Bewerbungsunterlagen einreichen! – Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU: Kurzzeitgedächtnis! – Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Dann hat er sich auf dieser Position völlig unmöglich gemacht, und zwar nach Ansicht aller. Die Konsequenz war: Man hat ihn befördert. Damit man ihn aber befördern konnte, hat man eine völlig überflüssige Stelle eines Ministerialdirektors – B 9 – in Berlin geschaffen. Völlig überflüssig! Diese Stelle gab es vorher nicht, und man hat sie auch hinterher nicht gebraucht.

(Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: Frühstücksdirektor!)

Sie war völlig überflüssig.

Die Zeitung hat dann sinngemäß geschrieben: Blöd ist, dass er jetzt – weil er sich ja irgendwie beschäftigen muss – die Leute immer zum Rapport holt und ihnen damit die Zeit stiehlt. Das war Freudenberg.

(Heiterkeit)

Deshalb sage ich erstens:

(Abg. Jochen Haußmann FDP/DVP: Jetzt kommt es besser!)

Wenn Sie an der Leistung von Beamten oder leitenden Beamten etwas zu kritisieren haben, dann bringen Sie das aufs Tapet.

(Abg. Wolfgang Drexler SPD: So ist es!)

Hören Sie auf, die Beamtenschaft indirekt immer in Mithaftung dafür zu nehmen, dass Ihnen politisch keine Alternative zu dem einfällt, was diese Regierung tut.

(Beifall bei der SPD und den Grünen – Lachen bei Abgeordneten der CDU und der FDP/DVP)

Lassen Sie uns die Auseinandersetzung politisch, über politische Konzepte führen. Wenn ein Beamter dann ein politisches Konzept vertritt, mit dem er auch innerlich übereinstimmt, ist das kein Nachteil.

(Zurufe von der CDU: Das sagt auch niemand! – Abg. Peter Hauk CDU: Aber bitte nach Eignung, Leistung und Befähigung!)

Aber ich erlebe auch Abteilungsleiter im Kultusministerium, die diese Konzeption mit betreiben und unterstützen, obwohl sie vielleicht nicht ihrer inneren Meinung entspricht.

(Abg. Dr. Dietrich Birk CDU: Das muss auch möglich sein!)

Deshalb fordere ich Sie auf: Hören Sie mit diesen Schmutzkampagnen auf. Sie helfen Ihnen nicht, und sie schaden uns nicht einmal; sie schaden aber dem Ansehen der Beamtenschaft in Baden-Württemberg.

(Anhaltender Beifall bei der SPD und den Grünen)

Präsident Guido Wolf: Für die Landesregierung spricht der Minister für Finanzen und Wirtschaft Dr. Nils Schmid.

Minister für Finanzen und Wirtschaft Dr. Nils Schmid: Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren!

(Abg. Peter Hauk CDU: Jetzt wird es schwierig!)

Herr Kollege Rülke scheint sich im Ort getäuscht zu haben. Dies ist der Landtag von Baden-Württemberg und nicht der FDP-Landesparteitag, sehr geehrter Herr Kollege.

(Beifall bei den Grünen und der SPD – Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Auch nicht die Kaderschmiede der SPD!)

Nur weil Sie in Ihrer Partei politische Auseinandersetzungen mit persönlichen Diffamierungen austragen, heißt es noch lange nicht, dass Sie diesen Stil an diesem Tag, an diesem Vormittag in den Landtag von Baden-Württemberg bringen müssen.

(Beifall bei den Grünen und der SPD – Abg. Peter Hauk CDU: Das ist doch immer die gleiche Leier! Wenn es Ihnen politisch nicht passt, ist es eine Stilfrage!)

Deshalb darf ich Ihnen, lieber Kollege Rülke, einen Rat aus Oppositionszeiten geben – ich habe das ja auch 15 Jahre lang gelernt –:

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Ich habe ja Ihre Ratschläge zitiert!)

Wenn Sie hier weiterhin den Krawallhansel spielen wollen, dann mag die Öffentlichkeit Sie vielleicht wahrnehmen, aber ernst nehmen wird Sie irgendwann niemand mehr.

(Beifall bei den Grünen und der SPD – Zurufe der Abg. Jörg Fritz GRÜNE und Winfried Mack CDU)

Deshalb will ich im Namen der gesamten Landesregierung zumindest zu den wenigen Punkten, zu denen Sie sich in der Sache geäußert haben, Stellung nehmen, weil Sie in jedem Punkt leider mit Halbwahrheiten oder mit falschen Informationen operieren.

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Was war bei Rousta falsch?)

Erstens: Die Heraufsetzung der Stelle des Leiters der Landesvertretung in Brüssel von B 3 auf B 6 wurde mit Zustimmung der CDU – zumindest der CDU – im Landtag von Baden-Württemberg beschlossen. Dann wurde die Stelle mit Herrn Jung besetzt. Es war keine Beförderung von Herrn Jung von B 3 nach B 6, sondern es wurde gemeinsam – zumindest mit Zustimmung der größten Oppositionsfraktion – die Wertigkeit der Leitungsstelle der Landesvertretung in Brüssel angesichts der herausgehobenen Bedeutung dieser Landesvertretung auf B 6 erhöht,

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Die Qualifikation muss stimmen!)

und sie wurde mit einer äußerst qualifizierten Persönlichkeit besetzt.

(Beifall bei den Grünen und der SPD – Zuruf des Abg. Klaus Herrmann CDU)

(Minister Dr. Nils Schmid)

Zweitens: Der Chef der Staatskanzlei ist in der Besoldungsgruppe B 10, und zwar deshalb, weil die von Ihnen beschlossene Dienstrechtsreform genau dies vorsieht, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen – Abg. Klaus Herrmann CDU: Aber die Person muss auch qualifiziert sein! – Abg. Peter Hauk CDU: Das ist doch eine Frage der Qualifikation! Sie besetzen doch deshalb nur B-Stellen, damit Sie den Personalrat umgehen! – Gegenruf der Abg. Edith Sitzmann GRÜNE: Sollen wir keinen Chef der Staatskanzlei besetzen, oder was?)

Drittens: Kollege Bosch, der im Regierungspräsidium Freiburg tätig ist, wird nach wie vor mit A 14 besoldet. Er hat zwar eine Stelle in B 3, wird aber nicht nach B 3 besoldet,

(Abg. Wolfgang Drexler SPD: Unglaublich, der Vorwurf!)

weil wir genau dies, nämlich dass er sprunghaft aufsteigt, nicht wollten. Insofern: Nehmen Sie diesen Vorwurf zurück.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Herr Mack, Sie haben behauptet, Kollege Zylla würde 6 800 € pro Monat verdienen. Das ist nachweislich falsch. Er ist in A 16 eingruppiert; er bleibt in A 16 eingruppiert. Wie er da 6 800 € Grundgehalt verdienen soll, das müssen Sie dem geneigten Publikum einmal erklären.

(Staatssekretär Ingo Rust: Max Weber fragen! – Heiterkeit bei den Grünen und der SPD – Abg. Andreas Stoch SPD: Adam Riese!)

Sie sehen also, meine sehr verehrten Damen und Herren: Immer, wenn es konkret wird – das haben wir auch im Finanz- und Wirtschaftsausschuss erfahren dürfen –, fallen die Vorwürfe in sich zusammen. Diese Landesregierung besetzt in allen Ressorts die Beamtenstellen nach Eignung und Befähigung, so wie es im Gesetz steht.

(Beifall bei den Grünen und der SPD – Lachen des Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP – Zuruf des Abg. Peter Hauk CDU)

Wie heuchlerisch Ihre Vorhaltungen sind – insbesondere auch beim Thema Ausschreibung –, sieht man am Beispiel der Besetzung der Leitungsstelle des Referats Bundesangelegenheiten in meinem Haus. Da haben Sie, Herr Rülke, von Günstlingswirtschaft geredet,

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Genau!)

davon, es sei ja ganz furchtbar gewesen und sei ganz böse gewesen, diese Stelle ohne Ausschreibung zu besetzen. Ich sage Ihnen eines: Genau so wurde das in der Vergangenheit zu Recht gehandhabt, weil das nämlich eine persönliche Vertrauensstellung bedeutet

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Und warum haben Sie bei Toto-Lotto nicht ausgeschrieben?)

und weil in der Vergangenheit auch Sie, die frühere FDP-Amtsleitung, die Inhaberin eines FDP-Parteibuchs – das haben Sie dankenswerterweise der Presse auch gleich mitgeteilt – ohne Ausschreibung auf die wichtige Vertrauensposition einer Referatsleiterin im Ministerium geholt hatten.

(Abg. Wolfgang Drexler SPD: Eben!)

Sie hat diesen Job hervorragend gemacht. Jetzt gibt es eine Neubesetzung. Sie hat eine Referatsleitung übertragen bekommen. Sie ist auch nicht im Keller gelandet oder abserviert worden, sondern sie hat korrekt eine Referatsleitung übertragen bekommen, so wie ich darauf achte, dass alle qualifizierten Beamtinnen und Beamten ordentlich behandelt werden, egal, welches Parteibuch sie haben, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Herr Schmiedel hat es schon angedeutet: Wie alle anderen Kolleginnen und Kollegen der Regierung auch bin ich, sind wir alle in die Ministerien gekommen voller Hochachtung vor der Kompetenz der Truppe, die wir dort vorgefunden haben. Wir vertrauen diesen Menschen, angefangen bei den Abteilungsleitern bis hin zum letzten Sachbearbeiter oder den Postboten und den Leuten, die an der Pforte arbeiten. Wir vertrauen ihnen, weil wir darauf vertrauen, dass auch in der Vergangenheit nach Eignung und Befähigung besetzt worden ist.

Deshalb vertraue ich darauf, dass damals, als Herr Mack, Herr Schebesta, Herr Pröfrock während Ihrer Regierungszeit eingestellt worden sind, auch sie nach Eignung und Befähigung eingestellt worden sind. Das wollen Sie doch nicht etwa infrage stellen? Herr Rülke, ich gehe davon aus, dass Ihr Mitarbeiter, der damals in das damalige Wirtschaftsministerium gekommen ist, in einem Ausschreibungsverfahren auch nach Eignung und Befähigung ausgewählt worden ist.

So gehe ich, so gehen alle Ministerinnen und Minister mit den in ihren Häusern Beschäftigten, mit den Kolleginnen und Kollegen um, weil wir überzeugt sind, dass wir eine starke Verwaltung in den Ministerien brauchen, um unsere politischen Ziele qualifiziert durchzusetzen.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen)

Ich sage ganz offen – die Maßstäbe sind klar, in meinem Haus wie auch in den anderen –: Ich verlange ja nicht von jedem, der ins Ministerium kommt, dass er die Qualifikation mitbringt, die ich habe.

(Lachen bei Abgeordneten der CDU und der FDP/DVP – Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Das wäre ja auch schlimm! Stimmt!)

Aber dass wir qualifiziert nach Ausschreibung besetzen, ist klar.

Deshalb, um nur noch einmal auf dieses von Ihnen genannte Referat 97 zu sprechen zu kommen:

(Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Eine Besetzung mit einem Absolventen der John F. Kennedy School of Government in Harvard, also einem Harvard-Absolventen, eine weitere Besetzung mit einer früheren Mitarbeiterin des IAW, Doktorandin bei der Wirtschaftsweisen Professorin Buch – Sie werden doch nicht ernsthaft in Zweifel

(Minister Dr. Nils Schmid)

ziehen, dass das qualifizierte Besetzungen sind, unabhängig von dem Parteibuch, das dahintersteht, genauso wie die Besetzungen zu Dörings Zeiten, zu Pfisters Zeiten auch so waren, unabhängig vom Parteibuch nach der Qualifikation.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen)

Noch ein letztes Beispiel – da kann ich jetzt nur für mein Haus sprechen –: Ich habe seit Amtsantritt 89 Beförderungen ausgesprochen. Sie werden doch nicht ernsthaft glauben, dass das alles nach Parteibuch geschehen ist, sondern es ging streng nach Leistung.

(Abg. Volker Schebesta CDU: Wir würden es gern nicht nur glauben, sondern wissen!)

Deshalb sage ich Ihnen: Hören Sie auf, diese Anwürfe zu machen. Sie schaden damit dem öffentlichen Dienst des Landes insgesamt.

Wenn man in die Vergangenheit zurückschaut – diese Anmerkung sei mir doch erlaubt –, dann könnte man durchaus den Eindruck haben, dass die Betriebsgruppe der FDP im alten Wirtschaftsministerium größer ist als die FDP/DVP-Fraktion im Landtag von Baden-Württemberg.

(Heiterkeit bei Abgeordneten der SPD)

Der Vorteil ist: Es sind auch Frauen dabei. Das haben wir auch in der Presse lesen dürfen. Insofern wäre ich an Ihrer Stelle da ein bisschen vorsichtig.

Letzter Punkt: Landesbeteiligungen. Positionen in landesbeteiligten Unternehmen werden nach Qualifikation vergeben

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Und warum machen Sie keine Ausschreibung?)

– mit Ausschreibung, ohne Ausschreibung.

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Egal! – Gegenruf des Abg. Wolfgang Drexler SPD: Jetzt warten Sie doch einmal ab!)

Da gibt es verschiedene Möglichkeiten.

(Abg. Winfried Mack CDU: Mal so, mal so!)

Gesetzlich ist bei Toto-Lotto keine Ausschreibung vorgesehen. Im Unterschied zu Rothaus,

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Dort wird ausgeschrieben!)

wo es eine Ausschreibung geben wird oder ein qualifiziertes Personalberatungsunternehmen gesucht wird, um die Personalsuche vorzunehmen, im Unterschied zum Brauereigeschäft allgemein ist das Toto-Lotto-Geschäft eines, das sich an der Nahtstelle von Politik und Verwaltung, von Management und Politik befindet.

(Abg. Peter Hauk CDU: Andere Töne als 2004!)

Deshalb ist es gut, dass wir eine qualifizierte Frau gefunden haben, die bewiesen hat, dass sie im Unterschied zur FDP/DVP resistent gegenüber der privaten Glücksspiellobby ist, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen – Abg. Peter Hauk CDU: Was soll das jetzt heißen?)

Ich glaube, es tut auch dem Land gut, wenn einmal eine qualifizierte Frau an der Spitze einer wichtigen Landesbeteiligung steht. Das ist ein gutes Signal für weibliche Führungsverantwortung in Unternehmen.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen – Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU: Das hätte man auch über eine Ausschreibung erreichen können!)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wenden wir uns der Sache zu. Sie können an jedem Schritt nachvollziehen – wir sind auch gern bereit, sofern es das Dienstgeheimnis und der Schutz der personenbezogenen Daten der Beschäftigten zulassen, dies im Einzelfall nachzuweisen –: Diese Landesregierung wird in der eigenen Zuständigkeit in den Ministerien wie auch in den Landesbeteiligungen dafür sorgen, dass qualifiziertes Personal, männlich wie weiblich, vorankommt. Wir haben das auch bewiesen. Es gab völlig geräuschlose Stellenbesetzungen insbesondere im Bankenbereich, immer unter Einschaltung von Personalberatungsunternehmen. Gerade im Bereich der L-Bank gab es übrigens eine äußerst qualifizierte Nachfolge für Herrn Hägele, während Sie Ihren Herrn Dr. Epple damals ohne Ausschreibung in die L-Bank gebracht und damit versorgt haben, meine sehr verehrten Damen und Herren.

So viel zur Wahrheit und Klarheit in dieser Sache.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Präsident Guido Wolf: Für die CDU-Fraktion spricht Kollege Mack.

(Zuruf von den Grünen: Zuerst einmal eine Entschuldigung!)

Abg. Winfried Mack CDU: Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich möchte die Punkte, die in der Debatte vorgetragen wurden, der Reihe nach abarbeiten.

(Abg. Edith Sitzmann GRÜNE: Wie viel Redezeit haben Sie noch, Herr Mack? – Zuruf des Abg. Daniel Andreas Lede Abal GRÜNE)

Frau Aras hat die Mitbestimmungspflicht genannt. Wissen Sie, Frau Aras, warum die meisten Stellen in B 3 vergeben werden? Weil da die Mitbestimmungspflicht nicht gilt.

(Heiterkeit des Abg. Helmut Walter Rüeck CDU – Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Genau! So ist es!)

Das ist der Hintergrund, warum die vielen B-3-Stellen vergeben wurden.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Zu Herrn Schmiedel. Herr Schmiedel hat zunächst mich angesprochen.

(Zuruf des Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP)

Dazu kann ich Folgendes sagen – ohne dass ich mein Examenszeugnis offenlegen muss –: Ich habe das Zweite Staats-

examen gemacht. Im Staatsministerium war ich zunächst zwei Jahre als Angestellter nach BAT II a beschäftigt, dann war ich zwei Jahre in A 13

(Zuruf des Abg. Daniel Andreas Lede Abal GRÜNE)

und dann zwei Jahre in A 14 eingruppiert. Ich höre, dass mein Nachfolger jetzt nach B 3 besoldet wird. Herzlichen Glückwunsch an ihn zu dieser großartigen Chance!

(Heiterkeit und Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP – Abg. Walter Heiler SPD: Eignung und Befähigung!)

Sowohl Herr Minister Schmid als auch Herr Schmiedel haben Herrn Zylla angesprochen. Ich habe nicht die Sprungbeförderung – –

(Glocke des Präsidenten)

Präsident Guido Wolf: Kollege Mack, ich muss Sie auf die Redezeit hinweisen. Bitte kommen Sie zum Ende.

Abg. Winfried Mack CDU: Ich komme gleich zum Ende. – Zu Herrn Zylla habe ich darauf hingewiesen, dass keine Ausschreibung stattgefunden hat.

(Abg. Helen Heberer SPD: Was hat das alles mit Politik zu tun?)

Ich habe darauf hingewiesen, dass er bis zu 6 800 € im Monat verdienen kann. Die letzte Dienstaltersstufe in A 16 macht genau diesen Betrag aus. Also ist diese Aussage absolut richtig.

Wenn der Bundesratsreferent eine besondere Vertrauensstellung hat, dann muss plötzlich in jedem Ministerium bei jedem Bundesratsreferenten die Ausschreibung entfallen.

(Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: Redezeit!)

Herr Minister, das kann doch überhaupt nicht sein.

(Glocke des Präsidenten)

Präsident Guido Wolf: Kollege Mack, Ihre Redezeit ist beendet.

(Beifall bei den Grünen und der SPD – Zurufe von den Grünen: Genau! – Abg. Edith Sitzmann GRÜNE und Abg. Claus Schmiedel SPD: Time to say goodbye! – Unruhe)

Abg. Winfried Mack CDU: Letzter Satz: Es stimmt definitiv nicht, dass wir die Beamten in Misskredit bringen würden, sondern Sie bringen die Beamtenschaft in Baden-Württemberg durch Ihre Praxis in Misskredit.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP – Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: Pflichtapplaus! Lächerlich!)

Präsident Guido Wolf: Für die Fraktion GRÜNE spricht Kollegin Aras.

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Ist die auch Beamtin? – Gegenruf des Abg. Andreas Schwarz GRÜNE: Selbstständig!)

Abg. Muhterem Aras GRÜNE: Nur noch ganz kurz: Ich finde, wir sollten uns alle wirklich darum bemühen, hier in der öffentlichen Debatte nicht einzelne Personen mit Angabe der Gehaltsstufe, des konkreten Gehalts zu nennen.

(Abg. Peter Hauk CDU: Das ist doch öffentlich! – Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Das haben Sie doch selbst gemacht! – Gegenruf der Abg. Edith Sitzmann GRÜNE: Das hat sie nicht gemacht!)

– Nein.

(Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Ich habe das nicht gemacht. Ich weiß es nicht. Vielleicht muss man die allgemein geltenden Maßstäbe heruntersetzen.

(Abg. Peter Hauk CDU: Sie sind doch für Transparenz! – Gegenruf des Abg. Andreas Schwarz GRÜNE: Hört ihr doch einmal zu, Menschenskind! – Gegenruf des Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: Da kann man gar nicht zuhören! – Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Wir können in den Fachausschüssen gern jede Frage stellen und auf einer Antwort bestehen. Das ist unser gutes Recht als Parlamentarier, egal ob Abgeordnete der Regierungsfraktionen oder der Opposition. Ich fände es aber gut, wenn wir in öffentlichen Debatten die einzelnen Personen nicht – –

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Wer hat denn mit der Beamtin aus dem Wirtschaftsministerium angefangen?)

– Moment! Ich habe das nicht gemacht. Ich habe keinen Namen genannt.

(Zuruf der Abg. Edith Sitzmann GRÜNE – Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Ich habe von dem Fall einer jungen Referentin berichtet, von dem in der Presse zu lesen war, ohne den Namen und die Gehaltsstufe zu nennen.

(Abg. Peter Hofelich SPD: So ist es!)

Es ging um die Ausschreibung. Es ging darum, dass dort gegen Mitwirkungsrechte verstoßen wurde. Ich habe diesen Fall ganz allgemein genannt. Es waren Sie, die hier Namen genannt haben.

Ich bin nach wie vor dafür, dass wir die Debatten hier sachlich führen sollten. Aber Sie, Herr Rülke, agieren wirklich ganz oft nach dem Motto „Auch eine negative Schlagzeile ist eine Schlagzeile“.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD – Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Die produzieren Sie!)

– Das produzieren Sie. Das ist Ihre Arbeitsmethode. Wir sollten das hier lassen; das wäre meine Bitte an uns alle.

Ich kann für uns nur festhalten: Wir halten uns an Recht und Ordnung. Wir halten uns an das Mitbestimmungsrecht. Wenn eine Ausschreibung notwendig ist, dann wird sie gemacht, und

(Muhterem Aras)

zwar so, dass sie auch wirklich offen für alle ist und nicht auf eine einzelne, bestimmte Person ausgerichtet ist. Die Stellenbesetzung erfolgt nach Eignung und Befähigung.

Vielen Dank.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Präsident Guido Wolf: Für die SPD-Fraktion spricht Kollege Schmiedel.

Abg. Claus Schmiedel SPD: Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Sobald es konkret geworden ist, ist von den Vorwürfen nichts übrig geblieben. Deshalb ist diese Debatte für Sie nutzlos ausgegangen.

(Zuruf: Warten wir es einmal ab!)

Geschadet hat sie der Beamtenschaft. Deshalb fordere ich Sie auf, künftig zur sachlichen Arbeit zurückzukehren.

(Beifall bei der SPD und den Grünen)

Präsident Guido Wolf: Meine Damen und Herren, es liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Damit ist diese Aktuelle Debatte beendet.

Ich rufe **Punkt 2** der Tagesordnung auf:

Aktuelle Debatte – Naturschutz und Artenvielfalt in Baden-Württemberg – Erhalten, was uns erhält! – beantragt von der Fraktion GRÜNE

Auch hier gilt eine Gesamtredezeit von 40 Minuten, je fünf Minuten für die Einleitung und in der zweiten Runde fünf Minuten je Fraktion. An die Landesregierung habe ich die Bitte, sich ebenfalls an diesen Redezeitrahmen zu halten.

Das Wort für die Fraktion GRÜNE erhält der Kollege Dr. Rösler. – Ich darf Sie um Aufmerksamkeit bitten.

Abg. Dr. Markus Rösler GRÜNE: Sehr geehrter Herr Präsident, verehrte Kolleginnen und Kollegen! „Halting the loss of Biodiversity“, so hieß die Vereinbarung der EU-Staats- und Regierungschefs vor über zehn Jahren. Das Ziel war, bis zum Jahr 2010 das Verschwinden der biologischen Vielfalt in der Europäischen Union zu stoppen. Kein einziger EU-Mitgliedsstaat hat dieses Ziel erreicht.

Deswegen ist es eine der Kernaufgaben der grün-roten Landesregierung, die massiven Defizite im Naturschutz abzubauen.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Das betrifft die Finanzen. Das betrifft die Strukturen. Das betrifft die Inhalte. Wir haben gehandelt.

Im Jahr 2012 haben wir die entsprechenden Mittel auf 36 Millionen € erhöht. Ausweislich des vorliegenden Haushaltsentwurfs für 2013 und 2014 erhöhen wir die Mittel weiter auf 42 Millionen € bzw. 48 Millionen €. Damit können wir eine der wichtigsten Aufgaben auf die richtige Spur bringen, nämlich die Erhaltung unseres Naturerbes.

Hinsichtlich der Strukturen haben wir – mit überparteilichem Lob, auch Lob der Opposition, was uns freut – Naturschutz und Tourismus in einer neu geschaffenen Abteilung zusammengeführt, sodass die Ideen von Naturschutz und Tourismus, von Großschutzgebieten behandelt und weiterentwickelt werden können.

Nun zu den Inhalten. Im Gegensatz zur Opposition berücksichtigen wir die nationale Biodiversitätsstrategie, die übrigens 2008 von Bundeskanzlerin Merkel mit unterzeichnet wurde. Während wir uns jedoch an dieser nationalen Strategie orientieren und versuchen, diese umzusetzen, war die CDU-Vorgängerregierung beim Naturschutz weit hinter den Bergen, bei den sieben Zwergen.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen und der SPD)

Ich erinnere mich noch gut an die Aussagen der Zuständigen im CDU-geführten Ministerium, dass sie diese nationale Biodiversitätsstrategie nicht anerkennen, obwohl sie in einem Kabinett unter der Federführung der CDU entwickelt und unterzeichnet wurde. Diese Strategie wurde einstimmig vom damaligen Bundeskabinett beschlossen, an dem auch die SPD beteiligt war.

Wir machen das jetzt anders. Wir werden neue Konzepte entwickeln. Wir werden neue Ideen einbringen. Wir werden Ökonomie und Ökologie auch im Naturschutz viel stärker als bisher miteinander verknüpfen. Wir werden deshalb auch über die personelle Ausstattung für die Umsetzung von EU-Recht sorgen. Auch das ist übrigens ein Manko der früheren Regierung, die schriftlich bestätigt hat, dass noch nicht einmal genügend Personal beim Land vorgehalten werde, um das umzusetzen, was EU-rechtlich vorgeschrieben ist. Ein großes schwarzes Loch beim Naturschutz hier im Land!

Deswegen haben wir im Mai 2011 sehr schnell gehandelt. Bereits seit Juli unterstützen wir Kommunen, Kreise, Landwirte, Landwirtschaftsverbände und Naturschutzverbände durch die Einrichtung von Landschaftserhaltungsverbänden. Das Land stellt Mittel für zweieinhalb Stellen bereit, damit die in anderen Ländern bewährte Kooperation auf der kommunalen Ebene unter Beteiligung von Naturschutz und Landwirtschaft umgesetzt werden kann.

Der Fairness halber muss man übrigens erwähnen, dass dies eine Idee ist, die 1984 von dem späteren CSU-Landtagsabgeordneten Göppel entwickelt worden ist. Das heißt, es gibt einen Vorlauf von beinahe 30 Jahren. In Bayern gibt es 54 Landschaftserhaltungsverbände, in Baden-Württemberg waren wir bisher bei sechs. Jetzt sind es schon zehn, und bis Ende des nächsten Jahres erwarten wir nach den derzeitigen Anmeldungen 22.

(Beifall bei den Grünen und der SPD – Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: Sehr gute Entwicklung! – Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Man muss auch die Qualität verbessern!)

– Die Qualität kennt Kollege Bullinger; er weiß, wie gut dies im Ostalbkreis unter dem Landrat Pavel – übrigens von der CDU – seit vielen Jahren vorbildlich umgesetzt wird. Die CDU im Land war im Dornröschenschlaf. Grün-Rot hingegen handelt, und zwar erfolgreich.

(Zuruf des Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP)

(Dr. Markus Rösler)

Es entfaltet sich eine völlig neue Dynamik, und man kann hier einmal schön Dante Alighieri zitieren, der vor 700 Jahren formuliert hat:

Der eine wartet, dass die Zeit sich wandelt,

– das war die CDU in der vergangenen Legislaturperiode und davor –

der andere packt sie kräftig an und handelt.

Das sind jetzt wir.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen und der SPD – Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: Sehr gut!)

Die Landschaftserhaltungsverbände sind auch ein Beispiel für Kooperation vor Ort, für die wir stehen, für die Beteiligung, für die wir stehen, für die Kooperation von Landwirtschaft und Naturschutz, von Kommunen und Kreisen, um EU-Recht umzusetzen und um bei Natura 2000 – bei unserem Naturerbe – voranzukommen, um die wertvollsten Lebensräume und Arten dieses EU-weiten Netzes tatsächlich zu schützen und auch in Kooperation über die Landschaftspflegerichtlinie mit den Verbänden sowie den Landwirten vor Ort umzusetzen. Das ist praktizierte positive Politik, mit der wir rasch begonnen haben, und zwar bereits 2011, im ersten Jahr nach dem Regierungswechsel, und die wir nun in den Jahren 2012 bis 2016 erfolgreich weiterführen werden.

Vielen Dank.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Präsident Guido Wolf: Für die CDU-Fraktion spricht Kollege Dr. Rapp.

Abg. Dr. Patrick Rapp CDU: Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen, liebe Kollegen, liebe Zuhörer! Nach dem, was wir in der vorherigen Debatte erlebt haben, verstehe ich das Motto „Erhalten, was uns erhält“ noch ein bisschen anders. Denn auch Politikverdrossenheit kann man entsprechend erhalten.

Aber das Thema dieser Debatte lautet natürlich: „Naturschutz und Artenvielfalt in Baden-Württemberg – Erhalten, was uns erhält!“ Dazu möchte ich sagen: Aus unserer Sicht bevorzugen wir wahrscheinlich zwar unterschiedliche Wege, aber die Ziele sind ähnlich. Das gilt es herauszustellen. Ich zitiere jetzt keinen Geringeren als den NABU-Vorsitzenden Andre Baumann:

Der Naturschutz hat keine politische Farbe, und so soll es auch bleiben.

(Beifall bei der CDU sowie der Abg. Muhterem Aras und Dr. Markus Rösler GRÜNE – Zuruf des Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP – Unruhe)

Natürlich gibt es jetzt neue Einzelprojekte, die die grün-rote Landesregierung seit 2011 geschaffen hat. Aber der Fairness halber muss man in dieser Diskussion auch einmal sagen: Naturschutz gab es schon vorher.

(Beifall bei der CDU – Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU: 25 Jahre gibt es das Umweltministerium schon!)

Ich gebe Ihnen auch recht, dass die CDU an manchen Stellen etwas zurückhaltend agiert hat – darauf möchte ich nachher noch einmal kurz eingehen – und nicht in der Geschwindigkeit vorangeschritten ist, wie Sie es jetzt tun. Aber es sind Grundlagen geschaffen worden; das wissen Sie auch. Beispielsweise ist die Wildkatze wieder bei uns zu finden, und auch der Biber ist wieder heimisch.

(Abg. Dr. Markus Rösler GRÜNE: Die sind aber beide von allein gekommen! – Gegenruf der Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU: Wir haben sie hereingelassen!)

Wir haben auf der anderen Seite PLENUM-Projekte, und wir beobachten etwa einen Anstieg der Zahl der Weißstörche, der Wanderfalken und Uhus. Es ist nicht so, dass entsprechende Maßnahmen vorher nicht bestanden hätten. Artenschutzprogramme hat es genauso gegeben, ebenso wie Agrarumweltprogramme.

Es gibt sieben Naturschutzzentren im Land. Die klassischen Ansätze –

(Zuruf der Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU)

da war Baden-Württemberg federführend, gerade im Bereich der Landschaftsplanung – waren Folgende: In Baden-Württemberg gab es den ersten Umweltplan in der Bundesrepublik Deutschland, mit entsprechenden Einflüssen auf alle Politikbereiche. Das halte ich für gut und richtig. Die Landschaftspflege hat dazu ebenso gehört wie ein entsprechender Generalwildwegeplan. Ferner sind die Landesentwicklungspläne zu nennen sowie der Aktionsplan „Biologische Vielfalt“, Forschungsprogramme im Bereich Wildvögel, Vogelgrippe, das Europäische Umweltförderprogramm. Die PLENUM-Projekte habe ich schon erwähnt.

Wenn wir jetzt darüber reden, das zu erhalten, was uns erhält, dann muss man auch darüber reden, dass man an mancher Stelle die Verknüpfung von landwirtschaftlicher oder forstwirtschaftlicher Produktion beachten muss. Denn auch davon werden wir erhalten. So stammen viele unserer Nahrungsmittel von landwirtschaftlichen Flächen.

(Beifall bei der CDU und des Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP)

Jetzt will ich Ihnen noch sagen, warum die CDU zurückhaltend war. Wenn ich als ganz normaler Bürger dieses Landes in die Zeitungen und die politischen Programme schaue, dann sehe ich, dass wir in Baden-Württemberg in dieser Gesellschaft nicht nur ein Problemfeld haben, dass die Herausforderungen nicht nur im Bereich Naturschutz bestehen, sondern dass diese Gesellschaft aus ganz vielen Politikfeldern besteht. Zu unseren Aufgaben gehören die innere Sicherheit, der nicht staatliche Gefahrenschutz und die Schulpolitik. Weitere Politikfelder liegen im Bereich der Wirtschaftsförderung etc. Ich glaube, dies alles kann man nicht ausschließlich mit ökologischen Ideen und Zielsetzungen, etwa im Naturschutz, lösen. Diese Herausforderungen bedürfen eigentlich auch einer anderen Richtung, einer anderen Lösung.

Für mich wäre es gescheite Politik, hinzugehen und zu sagen: Wir versuchen nach Möglichkeit die Wertschöpfung, die ökonomischen Komponenten mit den ökologischen Zielsetzun-

gen zu vereinen und nicht einseitig in eine Richtung zu laufen. Darum möchte ich bitten.

(Beifall bei der CDU)

Im Übrigen spüre ich da Rückenwind durch die grüne Bundestagsfraktion in Berlin, die erst jüngst die Kanzlerin aufgefordert hat, mehr Holz einzusetzen, und zwar sowohl in der stofflichen als auch in der energetischen Verwendung. Vor diesem Hintergrund muss man natürlich sehr genau abwägen: Was passiert, wenn man den Naturschutz übergewichtet? Denn alles hat Auswirkungen auf die Zukunft.

Ich möchte nur um eines bitten: um eine sorgfältige Abwägung, eine entsprechend werthaltige Diskussion der Anliegen. Denn auch ich sehe natürlich das Problem des Klimaschutzes. Wenn wir jetzt beispielsweise Atdorf ansprechen oder die Frage, wie wir mit der Windkraft umgehen, dann sehen wir, dass wir dabei in Zielkonflikte geraten, was einerseits den Naturschutz und andererseits den Klimaschutz angeht. Da darf man es sich nicht einfach machen und sagen: Wir laufen nur in eine Richtung. Aber, Kollege Rösler, ich glaube – wir beide wissen es –, dass wir da ganz gut miteinander arbeiten können. Das muss auch sein. Denn – wie gesagt – der Naturschutz hat keine Farbe.

Danke schön.

(Beifall bei der CDU und des Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP)

Präsident Guido Wolf: Für die SPD-Fraktion spricht Herr Kollege Reusch-Frey.

Abg. Thomas Reusch-Frey SPD: Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrte Damen und Herren und vor allem und besonders liebe Engagierte für den Naturschutz und für die Bewahrung der Schöpfung!

(Zuruf von der CDU: Das sind wir doch alle!)

Wir, die SPD, wollen zusammen mit den Grünen einen Markstein setzen, einen Markstein, der heißt „Für den Naturschutz“, und zwar als deutliches Zeichen. Mit 30 Millionen € sind wir gestartet, und wir kommen 2014 bei 48 Millionen € für den Naturschutz an. Diese deutliche Erhöhung der Mittel ist ein Quantensprung für unser Anliegen. Naturschutz ist für uns kein Lippenbekenntnis, sondern wir greifen in die Tasche und legen Geld auf den Tisch.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, Geld allein macht nicht glücklich, und Geld allein macht auch noch keinen guten Naturschutz aus. Deshalb müssen wir schon genau hinschauen. Wir dürfen uns nicht mit dem begnügen, was von der Roten Liste der bedrohten und aussterbenden Arten wieder in den normalen Bereich kommt. Die Rote Liste ist uns zu lang, und deshalb wollen wir etwas tun, damit die Rote Liste kürzer wird.

Es reicht nicht, kleinteilig zu denken, und es reicht vor allem nicht, kleinkariert zu handeln. Das bisherige Klein-Klein brachte nicht den notwendigen, den nachhaltigen Erfolg. Das sehen wir eben, wenn wir auf die Roten Listen schauen. Wir brauchen einen Biotopverbund. Die einzelnen Flicken müssen wir zu einem stimmigen, zu einem umfassenden, zu einem nachhaltigen Konzept zusammenführen. Das heißt, wir brauchen Naturschutz in größeren Einheiten. Deshalb werben wir für die Großschutzgebiete. Das Biosphärengebiet Südschwarzwald und das Biosphärengebiet Schwäbische Alb sind wirklich auf einem guten Weg. Der Nationalpark Nordschwarzwald gewinnt immer mehr Freundinnen und Freunde. Das freut uns. Jede Mitteilung von dort ist eine gute Nachricht.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und der Grünen)

Dieser Freundeskreis darf noch größer werden, darf noch wachsen. Machen wir alle gemeinsam mit beim Bewahren der Schöpfung! Geben wir der Natur im Nordschwarzwald die einmalige Chance eines Nationalparks Nordschwarzwald.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und der Grünen)

Nochmals zurück zu den Finanzen: Geld allein macht noch keinen guten Naturschutz aus.

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Schulden auch nicht!)

Deshalb passen wir auf, wohin das Geld fließt. Wir passen auf, dass das Geld wirklich in der Natur, im Artenschutz und in der Erhaltung unserer Kulturlandschaft ankommt.

Wir achten auf eine schlanke Bürokratie. Allein mehr Schreibtische in den Behörden machen noch keinen guten Naturschutz aus. Deshalb stärken wir auch den Vertragsnaturschutz. Wir legen Wert auf den Beitrag, den unsere Landwirte in diesem Bereich leisten.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD, der CDU und der Grünen sowie des Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP)

Wir legen Wert auf das große Engagement der Ehrenamtlichen. Viele bringen sich ein, stellen Nistkästen auf und putzen diese, greifen zur Sense und mähen schwieriges Gelände. Ihnen gilt unser Dank und unsere Anerkennung.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD, der Grünen und der FDP/DVP)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, Naturschutz können wir Sozialdemokraten nicht ohne das denken, was wir aus der Natur holen. Uns sind gesunde Lebensmittel wichtig. Wir wollen, dass gesunde und gute Lebensmittel für alle garantiert sind, für alle Bevölkerungsschichten, auch für den schmalen Geldbeutel. Deshalb legen wir größten Wert auf die Qualität unserer Lebensmittel. Eine gute Qualität bedarf der Kontrolle. Wir setzen deshalb auf den Ausbau der Lebensmittelkontrolle. Wir haben die Anzahl der Stellen hierfür deutlich erhöht, nämlich um 22 im Jahr 2012. 2013/2014 sollen nochmals 22 Stellen dazukommen. Das ist ein Wort.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen)

Noch ein Wort zur Artenvielfalt: Die Natur wollen und dürfen wir nicht wie eine Zitrone auspressen. Das Gleiche gilt bezüglich des Drucks, den wir auf unsere Bauern ausüben. Wir unterstützen unseren Landwirtschaftsminister Alexander Bonde, der sich aktuell für leistungsgerechte, für wirklich gerechte Preise bei den Milchbauern einsetzt. Machen Sie weiter so, Herr Bonde.

(Thomas Reusch-Frey)

(Beifall bei der SPD und den Grünen – Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU: Dafür braucht man auch einen Markt!)

Wir schaffen die entsprechenden Rahmenbedingungen für eine ökologisch ausgerichtete Landwirtschaft, eine Agrarpolitik, in der die Natur wirklich zu ihrem Recht kommt, die Bauern leben können und wir Verbraucher auch etwas davon haben.

Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD und den Grünen)

Präsident Guido Wolf: Für die Fraktion der FDP/DVP spricht Kollege Dr. Bullinger.

Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Lassen Sie mich auch gleich am Anfang meinen herzlichen Dank an alle richten, die dazu beitragen, unsere Kulturlandschaft, unsere Natur zu erhalten, und die nachhaltig wirtschaften. Danke schön für das tägliche Eintreten für unsere Umwelt!

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU)

Dank an die Landwirte, ob im Voll-, Neben- oder Zuerwerb. Dank auch an die Hobbylandwirte, die häufig auch samstags und abends die „Buckel“, die Berge, an denen man nichts verdient, pflegen. Vor diesen habe ich Riesenrespekt. Dank gilt aber auch der Jägerschaft, den Fischern und den aktiven Mitgliedern von BUND und NABU.

(Abg. Dr. Markus Rösler GRÜNE: Danke!)

Da gibt es hervorragende Beispiele. Es gibt sehr viele, die draußen vor Ort arbeiten, statt nur Leserbriefe zu schreiben, Plakate aufzustellen oder demonstrieren zu gehen, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU)

Der Einsatz für den Erhalt der biologischen Vielfalt ist international, national, auf Landes- oder auch auf kommunaler Ebene eine Riesenherausforderung. Wir müssen uns im Klaren darüber sein, dass Baden-Württemberg ein Land mit elf Millionen Bürgerinnen und Bürgern ist, dass wir unseren Wohlstand und damit auch das Geld für den Natur- und Umweltschutz denen zu verdanken haben, die tagtäglich arbeiten. Dafür brauchen wir auch Straßen, brauchen Flächen für Gewerbe. Wir dürfen keinesfalls über alles eine Käseglocke stülpen. Das geht nicht. Wir brauchen beides, den Schutz der Natur und den Ausbau der einzelnen Schutzgebiete.

Meine Damen und Herren, auch das möchte ich ganz klar sagen: Naturschutz muss in Baden-Württemberg nicht neu erfunden werden. Der Gregorianische Kalender beginnt nicht am 27. März 2011.

Öffnen Sie doch einmal die Augen, wenn Sie durch die Natur gehen. Ziehen Sie, sofern Sie schon das entsprechende Alter haben, einen Vergleich zwischen 1970 und 2010 bei Fauna und Habitat. Ich nenne nur die Vogelwelt, den Biber, die Wildkatzen, die Störche, die Qualität der Gewässer, das Umfeld, die Zusammensetzung an den Gewässern, die Vielfalt in den Steillagen im Weinbau, die Förderung des ökologischen Streuobstbaus – er ist landschaftsprägend –, die Entwicklung in den FFH-Gebieten, die Erfolge durch die Landschaftspflegeverbände. Gerade die Flurneuordnungsmaßnahmen – auch das ist wichtig – haben in den letzten zehn Jahren erheblich dazu beigetragen, dass mehr Natur, mehr Biotope, die Neuanlage von mehr Gehölzen, Randstreifenprogramme und zusätzliche Ausgleichsflächen geschaffen wurden.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP und der CDU)

Meine Damen und Herren, das alles wurde im Rahmen der Flurneuordnung gemacht, mit hervorragenden Mitarbeitern, mit den Bauern, den Eigentümern und den Naturschutzverbänden. Das ging Hand in Hand; die Beispiele draußen können das beweisen und tun dies auch.

Meine Damen und Herren, auch bei mir im Landkreis Schwäbisch Hall gibt es seit dem 1. Januar 1997 einen Landschaftspflegeverband, in dem alle 30 Städte und Gemeinden mit über 700 ha Biotop- und Landschaftspflegefläche aktiv sind. Herr Kollege Rösler, es ist, glaube ich, sehr wichtig, dass es nicht reicht, einfach zu sagen: Wir haben statt sechs jetzt zehn oder zwölf Partner. Im Ortenaukreis sind erst sieben Gemeinden dabei. Alle im Landkreis müssen mitmachen.

(Abg. Dr. Markus Rösler GRÜNE: Das machen die auch!)

Da muss ich auch sagen: Es ist sicherlich richtig, dass die Anliegen auch durch die personelle Ausstattung unterstützt werden, Herr Minister. Denn da ist viel privates Engagement vorhanden; da wird fachlich gut und mit Herzblut gearbeitet. Deswegen brauchen gerade die Akteure vor Ort die entsprechende Unterstützung. Zu den Akteuren zählen der Bauernverband, die Landschafts- und Naturschutzverbände, die Umweltverbände, aber auch die Maschinenringe und alle anderen. Bei uns im Landkreis übernehmen über 400 Menschen Verantwortung dafür, dass genau das geschieht, was wir wollen, nämlich mehr Naturschutz, und dass mehr Schutzgebiete ausgewiesen werden.

(Vereinzelt Beifall)

Meine Damen und Herren, trotzdem habe ich gelegentlich den Eindruck, dass man bei Grün-Rot die Menschen oftmals als Störfaktor sieht.

(Widerspruch des Abg. Wolfgang Raufelder GRÜNE)

Das geht nicht. Mensch und Natur, nicht Natur statt Mensch. Es geht nur gemeinsam. Das ist genau das Thema, bei dem ich gelegentlich Zweifel habe. Denn in einem Land wie Baden-Württemberg, wo elf Millionen Menschen auf begrenztem Raum leben, muss es auch die Möglichkeit geben, Geld zu verdienen. Wir leben nicht auf einer Insel der Seligen, sondern wir konkurrieren mit unserem Wohlstand und unseren Produkten weltweit. Deshalb brauchen wir auch Möglichkeiten, entsprechend zu wirtschaften.

Meine Damen und Herren, zum Schluss möchte ich doch noch etwas zum Thema Nationalpark sagen, das vom Kollegen der

(Dr. Friedrich Bullinger)

SPD angesprochen wurde. Eines ist klar: Man kann ein solches Projekt nur gemeinsam mit den Menschen vor Ort machen. Wenn man sie fragt, und sie wollen es nicht, dann darf man es nicht machen.

(Abg. Jürgen Filius GRÜNE: Das machen wir doch auch!)

Wenn sie einverstanden sind, dann darf man es machen.

Wir haben uns erst am vergangenen Montag erneut vor Ort kundig gemacht. Auch mit Blick auf das Gutachten muss ich sagen, Herr Minister: Es geht nicht an, dass die Kritiker bitte den Mund halten sollen und diejenigen, die dafür sind, Werbekampagnen machen, Nebelspaziergänge mit dem Ministerpräsidenten unternehmen, die Entscheidungen aber wie folgt getroffen werden: Paragraf 1: Der Landtag entscheidet, statt dass vor Ort entschieden wird – basta –, und Paragraf 2: BUND und NABU ordnen dem MLR die weitere Umsetzung des Nationalparks an. In diesem Stil geht es nicht, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU – Abg. Dr. Markus Rösler GRÜNE: Ein bisschen realitätsnäher hätte es schon sein können!)

Wenn die Bürgerinnen und Bürger der Meinung sind: „Wir wollen das“, dann werden wir es auch unterstützen. Aber sie müssen gefragt werden und dürfen nichts übergestülpt bekommen. Das ist der Punkt.

Lassen Sie das Verfahren bitte offen. Unterlassen Sie diese Werbekampagnen, bevor das Gutachten vorliegt und man es analysieren kann.

So weit zu diesem Thema in der ersten Runde.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU)

Präsident Guido Wolf: Für die Landesregierung spricht Herr Minister Bonde.

Minister für Ländlichen Raum und Verbraucherschutz Alexander Bonde: Meine sehr verehrten Damen und Herren, Herr Landtagspräsident! „Naturschutz und Artenvielfalt in Baden-Württemberg – Erhalten, was uns erhält!“ Ich glaube, es ist notwendig, dieses Thema auch an dieser Stelle immer wieder anzusprechen. Biologische Vielfalt ist unsere Lebensversicherung. Ohne sie hätten wir weder fruchtbare Böden noch eine gesicherte Ernährung; wir hätten kein Gleichgewicht beim Wasserhaushalt, kein Gleichgewicht beim Klima.

Wir sind in der Frage des Erhalts der Vielfalt weltweit in einer dramatischen Situation. Aktuelle Schätzungen gehen davon aus, dass derzeit über 100 Arten pro Tag aussterben. Das liegt um das Hundert- bis Tausendfache über allem, was in der Geschichte der Menschheit an Artenverlust auf natürlichem Weg zu beobachten war.

Die Landesregierung und ich selbst sind davon überzeugt, dass der Erhalt der biologischen Vielfalt neben dem Wirken gegen den Klimawandel eines der ganz zentralen Überlebensthemen der Menschheit ist.

(Beifall bei den Grünen und des Abg. Thomas Funk SPD)

Auch wenn wir heute im Gegensatz zum Klimawandel die Auswirkungen des dramatischen Verlusts von Arten noch nicht direkt spüren, so hat der Verlust von Arten doch einen bedrohlichen Umfang angenommen. Es ist dringend an der Zeit, zu handeln.

Da sind wir an einem Punkt, bei dem es um die Frage geht: Reicht es aus, auf internationalen Konferenzen wie der UN-Artenschutzkonferenz in Hyderabad, wo das Bundesumweltministerium, von Herrn Altmaier von der CDU geführt, in Mannschaftsstärke vertreten war, Proklamationen abzugeben, um die Schwellenländer dieser Welt mit moralischem Impetus – zu Recht – zu ermahnen, Leistungen für den Artenschutz zu erbringen? Müssen nicht auch wir selbst dazu bereit sein? Wir in Baden-Württemberg, in der achtgrößten Volkswirtschaft Europas, sollten uns konkret fragen: Sind wir bereit, unseren Teil zu dieser Menschheitsaufgabe beizutragen? Stehen wir als politisch handelnde Generation zu der Verantwortung, die wir haben, meine sehr verehrten Damen und Herren?

(Beifall bei den Grünen und des Abg. Florian Wahl SPD)

Die Landesregierung hat deshalb diese Frage ins Zentrum ihrer Politik gestellt. Wir wollen alles tun, was wir können, um den Artenrückgang zu stoppen, um uns für den Erhalt der Vielfalt, der Biodiversität in unserem Land einzusetzen. Wir wollen die einzigartigen Natur- und Kulturlandschaften in Baden-Württemberg schützen.

Es ist klar: Das ist eine gesellschaftliche Aufgabe, zu der der staatliche Naturschutz und der nicht staatliche Naturschutz, die Akteure aus Wirtschaft und Landwirtschaft, die Kommunen, die Verbraucherinnen und Verbraucher, zu der wir alle unseren Beitrag leisten müssen. Dabei kommt es darauf an, dass sich hier alle gemeinsam dieser Aufgabe verschreiben.

Was haben wir in den letzten anderthalb Jahren schon erreichen können? Wir haben das Glück, dass Baden-Württemberg noch – das wackelt – eine reiche Biotopausstattung hat.

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Richtig!)

Aber wir wissen alle: Die Flächen sind klein. Viele sind isoliert. Ein Austausch zwischen den Arten findet häufig nicht mehr statt. Das ist ein wichtiger Punkt, an dem wir die biologische Leistungsfähigkeit der Landschaft stärken müssen.

Alle sind sich einig: Wir müssen den Biotopverbund auf mindestens 10 % der Landesfläche realisieren. Es geht um die Sicherung und die Entwicklung funktionsfähiger ökologischer Wechselbeziehungen in der Landschaft. Erreichen wollen wir das durch langfristige vertragliche Vereinbarungen mit den Landnutzern, durch vorgezogene Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen, durch die Berücksichtigung des Biotopverbunds bei allen Planungen in der Fläche – vom Straßenbau bis zur Regionalplanung.

Das notwendige Planungsinstrument dazu – kein anderes Bundesland hat bisher ein solches – haben wir im Ministerrat im April 2012 beschlossen. Es ist, glaube ich, ein wichtiger Schritt

(Minister Alexander Bonde)

für den Biotopverbund. Aber das allein wird nicht ausreichen. Wir müssen auch die großflächigen Schutzräume, die Schutzgebiete in den Fokus unserer Arbeit nehmen. Sie bieten Tieren und Pflanzenarten Heimat und Lebensraum.

Die Naturparke in Baden-Württemberg schaffen da einen Brückenschlag zwischen dem Schutz der Natur und umweltschonenden Tourismusangeboten. Deshalb haben wir die Finanzierung der Naturparke gestärkt. Wir fördern Projekte, die dazu beitragen, die Vielfalt, Eigenart und Schönheit von Natur und Landschaft in den Naturparken zu erhalten und einen nachhaltigen Tourismus sowie umweltgerechte Landnutzung zu stärken. In beiden Bereichen haben wir 2012 eine Mittelerhöhung realisiert.

Das Biosphärengebiet Schwäbische Alb ist ein wichtiger Beitrag für die biologische Vielfalt in unserem Land. Biosphärengebiete bieten mehr Arten- und Biotopvielfalt und geben damit einen wichtigen Anreiz für Touristinnen und Touristen, aber auch für eine nachhaltige Regionalentwicklung.

Das Biosphärengebiet Schwäbische Alb hat gezeigt: Ein solches Instrument bringt Impulse in eine Region. Die Landesregierung unterstützt die Initiative vieler Gemeinden im Südschwarzwald, mit einem Biosphärengebiet Südschwarzwald auch hier die eigene Entwicklung voranzutreiben. Wir haben am 14. April dieses Jahres den Startschuss für ein Ausweisungsverfahren gegeben und sind in engem Dialog mit dem Regierungspräsidium, das gemeinsam mit den Gemeinden an einem Sondierungskonzept arbeitet.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

In unserem Land ist bewirtschafteter Wald das naturnächste Ökosystem, das wir haben. Aber auch hier, in unseren Wirtschaftswäldern, werden mit der Baumernte Kreisläufe der Natur abgeschnitten und werden die Phasen des Waldes, die für die Vielfalt der Lebewesen zur Verfügung stehen, auf den wirtschaftlichen Bereich reduziert. Eine Vielzahl von Arten, die auf andere Waldlebensphasen, auf andere Zyklen angewiesen sind, kommen in unserer Landschaft kaum noch vor.

Das ist einer der zentralen Gründe, weshalb sowohl die Kernzonen von Biosphärengebieten als aber auch und gerade – damit man hierfür einmal eine gewisse Fläche erhält – der Nationalpark ganz zentrale Bestandteile sind, um der Frage des Artenschutzes in unserem Land ernsthaftes Gewicht zu verleihen. Es ist kein Zufall, dass sowohl die UN-Deklarationen als auch die europäischen Chartas, als auch die Biodiversitätsstrategie der Bundesregierung zur Schaffung genau dieser Art von Großschutzgebieten eindrücklich auffordern. Insofern ist das keine Frage von Prestige, sondern es ist ein ernsthafter Mangel in der Naturschutzbilanz des Landes Baden-Württemberg, dass Baden-Württemberg als einziges Flächenland in Deutschland diesen Beitrag zum Artenschutz bislang verweigert, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Beifall bei den Grünen)

Deshalb ist es von landesweiter Bedeutung für uns, hier die entscheidenden Schritte zu gehen. Wir sind in intensivem Dialog mit der Region darüber, wo wir in dem Suchraum von 17 000 ha, den wir, unter der Vorgängerregierung ausgearbeitet, bei Amtsantritt vorgefunden haben, eine Fläche von 10 000 ha – ein vergleichsweise kleiner Anteil des Staatswalds; es sind zehn mal zehn Kilometer – finden, auf der wir die Möglichkeit haben, diesen wichtigen Beitrag für den Artenschutz künftig auch bei uns realisieren zu können.

Landschaftserhaltungsverbände – das wurde angesprochen – sind ein ganz zentrales Element, um die wertvolle Arbeit von Landwirtschaft und Naturschutz und den betroffenen Gebietskörperschaften zu vernetzen. Ich habe deshalb im Juli 2011 den Landkreisen ein Angebot unterbreitet, um die Landschaftserhaltungsverbände zu stärken, sie personell besser auszustatten und auch bei den unteren Naturschutzbehörden Natura-Beauftragte möglich zu machen. Ich freue mich, dass dieses Angebot gut angenommen wird. Es ist gelungen, die bisher existierende Zahl von sechs Landschaftserhaltungsverbänden auf zwölf zu verdoppeln.

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Es geht darum, sie mit Leben zu erfüllen!)

Ende dieses Jahres werden wir also zwölf Landschaftserhaltungsverbände haben, und zwölf weitere sind in Planung, sodass wir guter Hoffnung sind, schon im nächsten Jahr einen deutlichen Fortschritt auch in diesem Bereich erzielen zu können, nämlich genau an der Schnittstelle, wo die Akteure in der Landnutzung und im Naturschutz gemeinsam produktiv für die Branche vorangehen und dabei eine wichtige Mittlerfunktion einnehmen können.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Wichtig für den Naturschutz ist: Wir müssen an vielen Stellen auch Geld in die Hand nehmen. Ich bin froh, dass die Regierungsfraktionen den Schwerpunkt, den die Landesregierung hat, teilen und dass wir dadurch trotz schwieriger Sparbemühungen im Haushalt die Mittel schon in den Haushalten 2011 und 2012 um 7,3 Millionen € anheben konnten.

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Mit Zustimmung aller!)

Ich bin froh über die positiven Signale und freue mich, dass aus dem Landtag auch für den anstehenden Doppelhaushalt, bei dem der Regierungsentwurf eine erneute Anhebung um 6 bzw. 12 Millionen € gegenüber dem Haushaltsjahr 2012 vorsieht, Zustimmung signalisiert wird. Die Zustimmung des Landtags vorausgesetzt, werden wir 2014 den Naturschutz mit ca. 20 Millionen € besser ausstatten können, damit wir unseren Verpflichtungen nachkommen und die lange vernachlässigte Naturschutzverwaltung stärken können, vor allem aber, damit wir in der Fläche die notwendigen Instrumente und Programme zur Verfügung haben, um hier in der Gemeinschaft der Akteure voranzugehen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, die Frage der Finanzen ist aber nur der eine Punkt. Wir werden nicht darum herumkommen, an verschiedenen Stellen auch einen sinnvollen ordnungsrechtlichen Rahmen zu setzen, um unserer Verantwortung gerecht zu werden.

Das Grünlandumbruchverbot ist eine dieser notwendig gewordenen ordnungspolitischen Maßnahmen. Wir wissen: Viele der gefährdeten Arten in Baden-Württemberg leben im Dauergrünland und sind von den dramatischen Rückgängen, die wir in diesem Bereich hatten, massiv betroffen. Wir haben in bestimmten Teilen des Landes den von der Europäischen Uni-

(Minister Alexander Bonde)

on vorgesehenen Schwellenwert, ab dem ein Verbot verhängt werden muss, überschritten. Bezogen auf die Gesamtfläche des Landes ist das zwar noch nicht der Fall, aber wir haben trotzdem gehandelt. Es war wichtig, hier zu handeln, um dem Artenschutz gemeinsam mit dem Klimaschutz, der hier ebenfalls betroffen war, tatsächlich Geltung zu verleihen.

In der Landwirtschaft – diese Diskussion hat die Europäische Union jetzt initiiert – geht es auch um die Frage: Wie schaffen wir einen Rahmen, um den gefährdeten Arten hier tatsächlich eine Chance zu geben?

Herr Bullinger, Sie haben gesagt, wir hätten eine positive Situation bei den Vögeln in Baden-Württemberg. Ich kann Ihnen da nur sagen: Das ist leider nicht durchgängig der Fall.

(Zuruf des Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP)

Im Gegenteil: Die absolute Zahl der Feldvögel hat sich nach aktuellen Studien in den letzten 20 Jahren halbiert,

(Zuruf des Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP)

Vögel wie beispielsweise der Feldsperling, die früher ein normaler Anblick waren, sind zur Seltenheit geworden. Es gibt also gute Gründe dafür, dass die Europäische Kommission Fragen zur zukünftigen Ausrichtung der Landwirtschaft, zum Stellenwert der Ökologie und des Artenschutzes an uns adressiert. Das ist der Grund dafür, weshalb die Europäische Kommission die Zahlungen an die Landwirte stärker an gesellschaftliche Leistungen koppeln will. Auch da stellt sich insbesondere die Frage nach den sogenannten ökologischen Vorrangflächen. Dabei geht es nicht um Stilllegung, sondern darum, eine bestimmte Quote von Flächen zu erreichen, die mit bestimmten umweltverträglichen Produktionstechniken bewirtschaftet werden, um genau auf diesen Artenverlust zu reagieren und die notwendigen Rückzugsräume und Lebensräume für die Tiere zu schaffen.

Ich glaube, das ist eine wichtige Debatte. Sie wissen, dass ich da mit einzelnen Interessengruppen im Streit bin, die an dieser Stelle der Auffassung sind, dass sich die Landwirtschaft keinem neuen ordnungspolitischen Rahmen unterwerfen darf, dass die Subventionen der Europäischen Union nicht an ökologische Kriterien gekoppelt werden dürfen.

Ich glaube aber, dass eine solche Diskussion nicht gut ist; sie schadet dem Artenschutz. Ich erlebe in Gesprächen bei vielen Akteuren der Landwirtschaft, dass sie hier in der Fläche längst eine breite Bereitschaft haben, sich auf diese Debatte einzulassen. Denn gerade die Akteure der Landwirtschaft haben größtes Interesse daran, dass wir gemeinsam mit ihnen die Biodiversität erhalten.

Es geht hier darum, wie wir mit der Schöpfung umgehen, wie wir mit unserer Heimat umgehen. Ich glaube, es gibt hier vieles, was wir gemeinsam machen könnten. Ich würde mich freuen, wenn wir hier gemeinsam die erfolgreichen Maßnahmen, die in den letzten eineinhalb Jahren zusätzlich initiiert werden konnten, vorantreiben. Wir haben hier eine große Verantwortung. Ich glaube, es steht uns allen gut an, uns ihr offensiv zu stellen. Erhalten wir, was uns erhält!

Herzlichen Dank.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Präsident Guido Wolf: Für die Fraktion GRÜNE spricht noch einmal Herr Kollege Dr. Rösler.

Abg. Dr. Markus Rösler GRÜNE: Sehr geehrter Herr Präsident, werte Kolleginnen und Kollegen! Lieber Kollege Rapp, zu Biber und Wildkatze muss man eines dazusagen. Es hieß – so hat es Kollegin Gurr-Hirsch auch formuliert –: Wir haben sie hereingelassen.

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Nicht überfahren!)

Sagen wir einmal so: Die Vorgängerregierung hat nicht verhindert, dass Biber und Wildkatze von allein gekommen sind oder sowieso schon da waren.

(Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU: Wir haben die Tür aufgemacht! Da sind sie hereingekommen!)

Die Donau haben Sie beim Biber nicht versperrt. Er ist schon von ganz allein gekommen.

(Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU: Ja! Langsam macht er sich ein bisschen arg breit!)

Ich will aber noch etwas ergänzen: Herr Kübler, der Vorgänger von Herrn Locherer als AK-Vorsitzender, hat in der letzten Legislaturperiode in diesem Zusammenhang, als er zu einer Besuchergruppe kam, bei der er leider zuvor nicht mitbekommen hatte, was für eine Besuchergruppe das war – es ging um Naturschutz –, einmal Folgendes formuliert: Wir haben versucht, so viel wie möglich FFH zu verhindern.

(Zuruf von der CDU: Hoi!)

Das war das Zitat. Hinter den Kulissen ist das also ein bisschen anders abgelaufen.

(Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU: Es geht auch um die flächendeckende Landbewirtschaftung!)

Die CDU hat in der letzten Legislatur beim Naturschutz nicht nur manches – wie es Kollege Rapp höflich und nett formuliert hat – nicht vorangebracht, sondern hat Naturschutz auch aktiv verhindert.

Das machen wir jetzt aber anders. Wir werden dabei den Naturschutz nicht übergewichten, sondern wir werden Prinzipien gelten lassen. Ich habe ja schon das Prinzip der Kooperation genannt, Beispiel Landschaftserhaltungsverbände.

(Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Präsident Guido Wolf: Ich darf um Aufmerksamkeit bitten.

Abg. Dr. Markus Rösler GRÜNE: Ich nenne hier weiter das Prinzip Beteiligung, sprich Biosphäre im Südschwarzwald und Nationalpark im Nordschwarzwald, und das Prinzip der Ökonomie, sprich die Frage der Aufpreisvermarktung und der fairen Preise. Es geht hier auch um die TEEB-Studie und die Frage: Welchen ökonomischen Nutzen haben wir, wenn wir Naturschutz praktisch umsetzen? Die Möglichkeit für die Menschen, Natur zu erleben, muss – gerade in einer Zeit, in der auch junge Familien wieder verstärkt in die Städte ziehen – wieder einen größeren Wert in der Gesellschaft insgesamt haben und wird ihn auch haben.

All diese Dinge werden wir aufgreifen, und bei all diesen Dingen werden wir darauf achten, dass wir hier in Baden-Württemberg über den Tellerrand hinausschauen.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Als Stichworte sind die nationale Biodiversitätsstrategie, die IUCN-Kriterien für Nationalparks oder die UNESCO-Kriterien für die Biosphärenreservate bereits genannt worden. Wir werden darauf achten, dass wir mit anderen Bundesländern kooperieren, dass wir über Deutschland hinausschauen, dass wir die EU-Vorgaben bezüglich Natura 2000 umsetzen. Wir werden darauf achten, dass das Naturerbe, das wir haben, bewahrt wird.

Zum Schluss noch ein kleiner Hinweis, Kollege Dr. Bullinger, bezüglich der Feldvögel oder Feldsperlinge und deren Entwicklung: Wir haben einen dramatischen Rückgang an biologischer Vielfalt – insbesondere in der offenen Landschaft, weniger im Wald. Deswegen ist es wichtig und richtig, wie der Minister gesagt hat, dass es Greening geben muss.

(Beifall bei den Grünen)

Das ist eine Antwort auf die Tatsache, dass die Zahl der Feldvögel – Feldlerche, Grünspecht etc. – in Streuobstwiesen, in der offenen Landschaft in den letzten Jahrzehnten dramatisch zurückgegangen ist. Wir – das Land Baden-Württemberg – haben die Verantwortung, diesem Trend entgegenzuwirken. Sonst setzen wir unsere EU-rechtlichen Verpflichtungen nicht um. Wir werden entsprechend handeln.

Vielen Dank.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Präsident Guido Wolf: Für die CDU-Fraktion spricht Kollege Dr. Rapp.

Abg. Dr. Patrick Rapp CDU: Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Es sind doch noch ein paar Stichworte gefallen, und ich glaube, das eine oder andere darf man dazu durchaus noch anmerken.

Es ging zum einen – Kollege Reusch-Frey, damit haben Sie angefangen – um die Großschutzgebiete. Es ging aber auch um die Frage der Finanzierung und die Frage der Beteiligung von Bürgerinnen und Bürgern. Es ging zudem um die Naturschutzstrategie. Ganz zum Schluss möchte ich die eine oder andere Zielsetzung oder Vision doch noch zur Diskussion stellen.

Es hieß, mit den Finanzen sei es nicht getan; die Bürger müssten beteiligt werden. Andernfalls funktioniert Naturschutz nicht, weder im Kleinen noch im Großen, weder im Großschutzgebiet noch in einem potenziellen Nationalpark. Das ist, glaube ich, ein Punkt, über den es auch zu diskutieren gilt und den man offen ansprechen muss.

Auch Sie wissen, dass derzeit in diesem Gebiet eines möglichen Nationalparks eine relativ große Gruppe von Menschen existiert, die sagen: „Wir haben Angst vor dem Nationalpark. Wir haben Existenzängste. Wir wissen nicht, wo es hingeht.“ Wenn man immer sagt, die CDU würde diesen Nationalpark verhindern wollen, dann muss ich Ihnen sagen: Gehen Sie einmal hinein in die Materie.

(Abg. Dr. Markus Rösler GRÜNE: Es gibt auch CDUler, die dafür sind! Das haben wir mit Freude wahrgenommen!)

Wir haben von vornherein gesagt, dass wir offen sind, weil wir genau in diesem Spannungsfeld stehen. Es gibt Menschen, die zu uns kommen und sagen: „Was passiert da? Wir haben Angst. Wir wissen nicht, wohin das führt.“

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Selbst Leute aus Brüssel!)

Wir haben auf der anderen Seite – da bin ich mit Ihnen einig – naturschutzfachlich überhaupt keine Zweifel, dass eine sehr hohe Notwendigkeit zur Einrichtung eines derartigen Parks besteht. Sie wissen – das haben Sie vorhin auch erwähnt –: Die entsprechenden Grunddaten und Vorlagen kommen von der Vorgängerregierung. Zum Teil sind sie schon 20 Jahre alt. Das ist schon grundvernünftig. Aber wir haben natürlich eben auch dieses Spannungsfeld.

Die Schwierigkeit ist zudem: Im Unterschied zu der Situation vor 20 Jahren wissen wir heute, dass wir vor dem Erfordernis einer Energiewende stehen. Klimaschutz und Naturschutz stehen in einem gewissen Konflikt. Ich glaube, es ist wichtig, eine werthaltige Diskussion darüber zu führen.

Wir sollten auch einmal abwägen, was uns wichtig ist. Wenn wir jetzt einmal großflächig Wälder unter Schutz stellen, ist es wichtig, eine Abwägung zu treffen, ob wir die Möglichkeiten zur CO_2-Speicherung nutzen wollen, ob wir die energetische und stoffliche Verwendung des Rohstoffs Holz im Sinne des Klimaschutzes und der Energiewende forcieren wollen, oder ob wir die Unterschutzstellung wollen. Ich denke, man darf es sich da nicht zu einfach machen.

(Abg. Dr. Markus Rösler GRÜNE: Das ist keine Frage des Entweder-oder, sondern eine Frage des Sowohl-als-auch!)

– Beides geht natürlich. Aber dann wären wir weg vom klassischen Nationalpark. Ich möchte aber nicht gegen den Nationalpark reden. Denn ich denke, die Diskussion wird wichtig sein. Auch um den Menschen vor Ort die Sorge zu nehmen, wird es wichtig sein, zu diskutieren, was hinterher in diesem Gutachten stehen wird, um da vielleicht auch mit den Menschen noch einmal ins Gespräch zu kommen.

Allerdings muss ich eines dazusagen: Herr Minister, da sind Sie am Zug. Es ist Ihre Aufgabe, diese Menschen mitzunehmen,

(Zuruf des Abg. Wolfgang Raufelder GRÜNE)

ihre Sorgen aufzunehmen, anzuhören und entsprechend auch darauf einzugehen und Lösungen anzubieten. Man darf diese Menschen nicht ausgrenzen. Da hilft es auch nichts, wenn der Ministerpräsident sagt: Ganz zum Schluss wird es im Landtag entschieden.

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: „Basta!“)

Bei Stuttgart 21 hat man auch manchen rechtlichen Weg umgangen und gesagt: Wir müssen es irgendwie anders lösen.

(Abg. Dr. Markus Rösler GRÜNE: Wir haben gar nichts umgangen!)

(Dr. Patrick Rapp)

In dem angesprochenen Fall sollte man vielleicht auch irgendeine andere Art von Bürgerbeteiligung letztlich umsetzen.

Die Naturschutzstrategie 2020 wurde noch im Jahr 2011 von der Vorgängerregierung beschlossen. Von Ihrem Haus wurde dann gesagt: „Jawohl, wir machen das weiter, wir wollen das entsprechend aufbauen." Die Vorlage des Ergebnisses wurde für den Sommer 2012 versprochen. Es liegt noch nicht vor.

(Abg. Dr. Markus Rösler GRÜNE: Das kommt!)

Ich hoffe, dass man da schnell und zügig tätig wird. Denn das, was der Minister im Bereich Artenschutz, offene Landschaft, Vögel etc. anspricht, ist wirklich ein Problem, das man angehen sollte.

(Zuruf des Abg. Dr. Markus Rösler GRÜNE)

Jetzt will ich Ihnen eine Situation schildern, die mir begegnet ist. Ich habe mit einem Landwirt geredet, der sagte: „Das Greening ist ja gut und recht. Aber mit der Schaffung einer ökologischen Fläche von 5, 7 oder 10 % der Gesamtfläche, die offengehalten werden soll, auf der auch entsprechende umweltschonende Maßnahmen eingesetzt werden sollen, habe ich ein ganz großes Problem. Ich habe im Tal auf einer Fläche, die noch nicht zugewachsen ist, einen Betriebsteil, den ich täglich versorgen muss. Wenn ich die Arbeiten, die ich bisher mit maschineller Hilfe umgesetzt habe, jetzt aufgrund der ökologischen Vorgaben nur noch mithilfe umweltverträglicher Methoden leisten darf, habe ich das Problem, dass ich dann drei Tage für eine Tätigkeit brauche, die ich vorher in einem halben Tag verrichtet habe.

(Abg. Dr. Markus Rösler GRÜNE: Kann er dort keine Eiweißfutterpflanzen anbauen?)

Diese drei Tage fehlen mir für andere Arbeiten im Betrieb."

Das sind Aspekte, die nachher in der Praxis diskutiert werden müssen. Da dürfen wir nicht einfach losstolpern und dürfen nicht einfach sagen: „Jawohl, jetzt schreiben wir uns den Naturschutz auf die Fahnen und setzen alles um." Da geht es einfach um ein gutes, ausgewogenes Miteinander. Wie immer auch die Frage der Zielsetzung ist: Die Zielsetzung der CDU ist, den echten Nachhaltigkeitsbegriff anzusetzen. Es geht um Nachhaltigkeit im Sinne der Ausgewogenheit zwischen Ökologie, Ökonomie und Sozialem

(Zuruf des Abg. Wolfgang Raufelder GRÜNE)

und nicht um irgendwelche selbst gestrickten Begrifflichkeiten.

(Abg. Dr. Markus Rösler GRÜNE: Welche?)

Dazu gehört auch – das hebe ich zum Schluss hervor –, dass wir die Werte achten und dass wir einander achten. Dies gilt gerade auch im Hinblick auf die Betroffenen, ebenso wie auch auf die handelnden Personen.

Danke schön.

(Beifall bei der CDU)

Präsident Guido Wolf: Für die Fraktion der FDP/DVP spricht Kollege Dr. Bullinger.

Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Herr Kollege Rösler,

(Abg. Dr. Markus Rösler GRÜNE: Ja, bitte!)

ich komme aus einer wunderbaren Landschaft, Hohenlohe-Franken, mit wunderbaren Gebieten, mit entsprechender Ökologie, aber auch mit Gebieten, in denen intensiv Landwirtschaft betrieben wird.

Wenn Sie einmal über die Felder gehen, dann sehen Sie Feldlerchen und Sperlinge. Das Problem ist bei uns in Hohenlohe nicht die Landwirtschaft, sondern das Problem sind in Ortsnähe vor allem die ausgewilderten Hauskatzen, die die Population von vielen Arten kaputt machen, oder auch andere Dinge.

(Abg. Dr. Markus Rösler GRÜNE: Das lässt sich wissenschaftlich nicht belegen! Gar nicht!)

– Ich brauche nicht immer eine theoretische Wissenschaft. Ich gehe mit offenen Augen über das Feld und würde Ihnen empfehlen, das auch ab und zu einmal zu machen, mein lieber Herr Kollege.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP und der CDU – Abg. Dr. Markus Rösler GRÜNE: Das mache ich öfter als du! Ich wohne nämlich auf dem Acker!)

Zweiter Punkt: Es lohnt sich, Herr Minister, die Agrarpolitik der süddeutschen Länder Bayern und Baden-Württemberg mit den Agrarumweltprogrammen fortzuführen. Die Grundlagen hierfür wurden z. B. durch Herrn Dr. Eisenmann in den Siebzigerjahren gelegt. Ich nenne das KULAP. Mit diesem Begriff werden nicht mehr viele etwas anfangen können. Das ist das Kulturlandschafts- und Ausgleichsprogramm in Bayern. Das Pendant dazu ist das von Herrn Dr. Weiser eingeführte MEKA-Programm. Das ist das Marktentlastungs- und Kulturlandschaftsausgleichsprogramm. Beides sind hervorragende Programme, die Früchte tragen. An diesen Dingen müssen wir weiterarbeiten. Dabei haben Sie unsere Unterstützung, weil wir das alle wollen, meine Damen und Herren.

Ich möchte noch zwei Beispiele aus der Vergangenheit erwähnen, die ich für sehr segensreich halte. Das erste Beispiel betrifft die Ökokonten. Meine Damen und Herren, ganz im Sinne der Freiburger Thesen aus den Siebzigerjahren sind wir schon immer für das Verursacherprinzip und das Kooperationsprinzip eingetreten. Das wurde auch umgesetzt. Das war natürlich oftmals schwierig. Ökokonten sind aber ein wichtiger Beitrag.

Das zweite Beispiel betrifft den Biosphärenpark Schwäbische Alb. Das ist ein tolles Beispiel, das zeigt, wie man gemeinsam mit den Bürgerinnen und Bürgern vor Ort, mit der Wirtschaft und mit der Natur diese Dinge vorwärtsbringt.

(Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Präsident Guido Wolf: Ich möchte Sie um mehr Aufmerksamkeit bitten.

Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Ich möchte aber noch darauf hinweisen, dass wir uns einen hervorragenden Naturschutz und eine Ökologisierung nur dann leisten kön-

nen, wenn die Wirtschaft stark bleibt, wenn etwas erwirtschaftet wird und wenn wir nicht auf Pump leben. Das heißt, wir sollten nicht nur draufsatteln, sondern mehr abwägen. Es sollten also nicht bedenkenlos ökologische Daumenschrauben angesetzt werden, sondern es sollte genau abgewogen werden, was das für die Gewerbetreibenden vor Ort, am Ortsrand oder sonst wo bedeutet.

Bei uns ist der Schutz der Natur schon immer in die Agrar- und Forstpolitik integriert gewesen.

(Abg. Dr. Markus Rösler GRÜNE: Manchmal zulasten des Naturschutzes!)

Wenn ich den Waldbau der Siebzigerjahre und die Flurneuordnung der Sechzigerjahre betrachte, dann stelle ich fest, dass wir in den vergangenen 20 Jahren riesige Fortschritte gemacht haben. Gehen Sie doch einmal in die rot-grün regierten Länder, nach Nordrhein-Westfalen und in die neuen Bundesländer. Schauen Sie einmal, was dort ausgeräumt worden ist und wie es dort ausschaut. Diese Länder können bei uns etwas lernen. Auch Sie mit Ihren Freunden können dabei etwas lernen, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der FDP/DVP und der CDU – Abg. Dr. Markus Rösler GRÜNE: Das hat im Osten aber nicht Rot-Grün verursacht!)

Ich habe noch eine Bitte – auch das sollte man einmal klar und deutlich sagen,

(Abg. Dr. Markus Rösler GRÜNE: Das hat etwas mit dem DDR-System zu tun! – Glocke des Präsidenten)

und zwar in Richtung Umweltminister –: Lieber Herr Umwelt- und Energieminister, ich glaube, es ist wichtig, beim Energieeinspeisegesetz auch den Bereich der nachwachsenden Rohstoffe zu berücksichtigen. Das EEG war zwar gut gemeint, hat aber dazu geführt, dass wir heute eine Vermaisung haben. Die Effizienzrate bei der Stromerzeugung in Bezug auf die eingesetzte Primärenergie liegt nur bei 20 % bis 25 %. Das hat zu den bekannten Fehlentwicklungen geführt, die mittlerweile korrigiert worden sind. Das müssen wir aber vor allem bei uns in Baden-Württemberg überarbeiten.

Fazit, meine Damen und Herren: Die FDP/DVP-Landtagsfraktion ist für mehr Natur- und Umweltschutz, und zwar im Sinne eines Einklangs von Mensch, Natur und Wirtschaft. Im Gegensatz zu Ihnen betrachten wir den Menschen nicht als Störfaktor, sondern als integralen Teil des Ganzen.

Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU)

Präsident Guido Wolf: Meine Damen und Herren, mir liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Damit ist dieser Tagesordnungspunkt erledigt.

Ich rufe **Punkt 3** der Tagesordnung auf:

Zweite Beratung des Gesetzentwurfs der Landesregierung – Gesetz zur Änderung des Landesjustizkostengesetzes und des Polizeigesetzes – Drucksache 15/2451

Beschlussempfehlung und Bericht des Ständigen Ausschusses – Drucksache 15/2572

Berichterstatter: Abg. Dr. Ulrich Goll

Das Präsidium hat für die Allgemeine Aussprache eine Redezeit von fünf Minuten je Fraktion festgelegt.

In der Allgemeinen Aussprache erteile ich dem Kollegen Pauli für die CDU-Fraktion das Wort.

Abg. Günther-Martin Pauli CDU: Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Der Ständige Ausschuss hat einstimmig beschlossen, dem Plenum zu empfehlen, dem Gesetzentwurf zur Änderung des Landesjustizkostengesetzes und des Polizeigesetzes zuzustimmen, und zwar aus drei Gründen.

Erstens geht es um die Anpassung der Schuldnerverzeichnisgebühren an die wirtschaftliche Entwicklung, aber auch an das künftige Gesetz zur Reform der Sachaufklärung in der Zwangsvollstreckung, das zum 1. Januar 2013 in Kraft treten wird. Es ist positiv zu vermerken, dass länderübergreifend einheitliche Gebührensätze für die Einsichtnahme erhoben werden. Dies trägt erheblich zur Vereinfachung des Verwaltungsverfahrens bei.

Künftig wird es ein gemeinsames elektronisches Vollstreckungsportal der Länder geben. Auch das ist begrüßenswert. Das wurde bereits von der früheren Landesregierung auf den Weg gebracht.

Zweitens ist es im Sinne der Gesetzessystematik sinnvoll und richtig, dass wir § 28 Absatz 5 des Polizeigesetzes in das Landesjustizkostengesetz übernehmen, weil so die Regelungen des Polizeigewahrsams und alles, was im Zusammenhang mit den damit verbundenen Beschwerdeverfahren steht, eingegliedert werden und damit eine Verwaltungsvereinfachung stattfindet.

Drittens, meine Damen und Herren, erfolgt die Anpassung von § 13 a des Landesjustizkostengesetzes. Das ist der gebührenanteilsrechtlichen Gleichbehandlung geschuldet, die wir für die württembergischen beamteten Bezirksnotare im Zuge der sukzessiven Aufhebung und der Zuweisung der Grundbuchämter zu den Amtsgerichten benötigen.

Meine Damen und Herren, ich denke, die Landesregierung wird dadurch, dass wir den Gesetzentwurf einstimmig mittragen, mitbekommen, dass, wenn sie dem Landtag als Gesetzgeber in vernünftiger Weise Dinge vorschlägt, die wir bereits auf den Weg gebracht haben, wir als größte Fraktion das selbstverständlich mittragen. Bitte halten Sie sich daran, und nehmen Sie sich ein Beispiel daran.

(Beifall bei der CDU)

Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch: Für die Fraktion GRÜNE erteile ich Herrn Kollegen Filius das Wort.

Abg. Jürgen Filius GRÜNE: Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrte Damen und Herren! Wir sprechen über ein Vorhaben, welches zwischen den Fraktionen – Kollege Pauli hat schon darauf hingewiesen – nicht umstritten ist. Der Ständige Ausschuss hat dem Plenum ohne Aussprache die Annahme des Gesetzentwurfs empfoh-

len. Der Minister hat auf die Notwendigkeit und Angemessenheit des Gesetzentwurfs bereits im Rahmen der Einbringung hingewiesen. Das war angemessen. Dementsprechend ist der Gesetzentwurf von unserer Fraktion zu begrüßen.

Das Gesetzesvorhaben wurde, wie bereits festgehalten wurde, bei der Änderung der verwaltungsvollstreckungsrechtlichen Vorschriften auch mit durch bundesgesetzliche Regelungen ausgelöst. Die Länder haben sich darauf verständigt, ein zentrales Schuldnerverzeichnis für jedes Bundesland zu führen. Das sind sinnvolle Regelungen, die bei der Beitreibung der Zahlungen eine große Erleichterung mit sich bringen. Die Gebühren sind einheitlich gestaltet worden. All dies sind Umstände, die letztendlich auch der Verwaltungsvereinfachung dienen.

Weitere Regelungen betreffen die anstehende Notariatsreform. Auch in diesem Bereich werden die Gebühren angepasst.

Auch beim Polizeigesetz werden die entsprechenden Preisentwicklungen berücksichtigt, damit man hier angemessen vorankommt.

Ebenso wurden Regelungslücken beseitigt. Ich denke – die Behandlung des Gesetzentwurfs im Ausschuss ist, wie gesagt, ohne Aussprache erfolgt –, wir können uns an dieser Stelle kurzfassen. Lassen Sie uns diesen Gesetzentwurf einstimmig verabschieden.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch: Für die SPD-Fraktion erteile ich Herrn Kollegen Stoch das Wort.

Abg. Andreas Stoch SPD: Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Es ist sicherlich auch dem Thema geschuldet, dass wir bei diesem Tagesordnungspunkt eine große Harmonie im Saal verspüren. Es ist aber ganz sicher auch dem hinter mir sitzenden Präsidium geschuldet, nämlich der Präsidentin und zwei Schriftführerinnen. Ich möchte nur darauf hinweisen: Auch der Landtag kann die weibliche Seite tatsächlich gut gebrauchen.

(Heiterkeit bei der SPD und den Grünen – Zuruf des Abg. Günther-Martin Pauli CDU)

– Ich wollte es erwähnen, damit es den Kollegen auffällt, Herr Kollege Pauli, in welch harmonischer Grundstimmung dieser Tagesordnungspunkt abgehandelt wird. – Herr Kollege Mack geht.

(Heiterkeit – Beifall bei den Grünen – Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Da brauchten wir nur eine andere Rednerin!)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, dieser Tagesordnungspunkt ist, was seinen Inhalt angeht, schon allein deswegen ein sehr einheitlich besprochener und auch zu beschließender Punkt, weil er der Verwaltungsvereinfachung dient und auch eine deutliche Komponente dahin gehend hat, dass wir die Verwaltung auf die technischen Möglichkeiten unserer Zeit einrichten.

Wir haben zum einen wesentliche Änderungen im Zwangsvollstreckungsrecht vor uns, die zum 1. Januar 2013 in Kraft treten. Dadurch wird insbesondere ein, sage ich jetzt einmal, alter Zopf in der Justiz abgeschnitten und das Thema „Führung der Schuldnerverzeichnisse“ technisch deutlich verbessert.

Wir werden zukünftig eine zentrale und länderübergreifende Abfrage im Internet ermöglichen; es handelt sich um das Vollstreckungsportal, das bereits vom Kollegen Pauli angesprochen wurde. Wenn wir die Ergebnisse der Anhörung – das wurde von allen Beteiligten, vom Anwaltsverband, aus der richterlichen Praxis vorgebracht – durchschauen, dann stellen wir fest, dass dieser Schritt, diese Vereinfachung im technischen Ablauf auch sehr begrüßt wird.

Ich darf zum anderen noch einen Aspekt ansprechen, der in den Wortbeiträgen meiner beiden Vorredner noch nicht vorkam: Allein diese Maßnahme wird voraussichtlich Mehreinnahmen für das Land Baden-Württemberg in Höhe von 8 Millionen € jährlich mit sich bringen.

Es gibt ferner eine weitere Regelung im Polizeigesetz, eine gebührenrechtlich unzureichende Regelung, die wir jetzt in das Landesjustizkostengesetz überführen und in diesem Zusammenhang deutlich besser machen. Wir werden in Fällen des polizeilichen Gewahrsams künftig eine klarere Regelung haben. Auch diese Neuregelung wird für das Land Baden-Württemberg zu Mehreinnahmen führen.

Schließlich werden wir – es geht ja um drei ganz unterschiedliche Bereiche – in § 13 a Absatz 1 eine Regelung haben, die eine Gerechtigkeitslücke beseitigen soll zwischen denjenigen Notaren, in deren Umfeld Grundbuchämter bereits im Prozess der Zentralisierung aufgehoben und Amtsgerichten zugewiesen worden sind, und denjenigen, die noch ein Grundbuchamt in ihrer Nähe haben. Wir schaffen auch dort Klarheit, Einfachheit und Gerechtigkeit.

Allein schon das Ergebnis der Anhörung, in der dieser Schritt von allen beteiligten und befragten Organisationen sehr begrüßt wurde, zeigt Ihnen, dass wir heute guten Gewissens diesem Gesetzentwurf einstimmig zustimmen können. Ich bedanke mich beim Justizministerium und seinen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern für diesen notwendigen Gesetzentwurf.

Bei Ihnen bedanke ich mich für Ihre Aufmerksamkeit. Herzlichen Dank.

(Beifall bei der SPD und den Grünen)

Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch: Für die Fraktion der FDP/DVP erteile ich Herrn Kollegen Dr. Goll das Wort.

Abg. Dr. Ulrich Goll FDP/DVP: Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Die drei Materien, die dieser Gesetzentwurf zusammenfasst, sind jetzt mehrfach genannt und dargestellt worden, sodass ich das jetzt nicht noch einmal tun möchte. Ich glaube, ich kann mich, ohne dass das jemand missversteht, darauf beschränken, festzustellen, dass die FDP/DVP diesem Gesetzentwurf auch zustimmen wird, weil er in seinen Regelungen folgerichtig, schlüssig und konsensfähig ist.

Danke.

(Beifall bei der FDP/DVP und der CDU sowie Abgeordneten der Grünen und der SPD – Zuruf des Abg. Karl Zimmermann CDU)

Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch: Für die Landesregierung erteile ich Herrn Minister Stickelberger das Wort.

Justizminister Rainer Stickelberger: Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich freue mich natürlich über dieses vorweihnachtliche Einvernehmen und bedanke mich bei den Fraktionen ganz herzlich für die Zustimmung. Die Einzelheiten des Gesetzentwurfs wurden ausführlich genannt, sodass ich auf mein umfangreiches Redemanuskript verzichten kann.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der CDU – Zuruf: Sehr gut!)

Der Kollege Innenminister wollte es mir schon wegnehmen, weil er natürlich gesehen hat: Nach der Debatte wird es Zustimmung geben.

(Heiterkeit bei den Grünen – Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Er kann es dann bei der Polizeireform vortragen!)

– Ich werde es ihm ausleihen.

Ich freue mich über diese Zustimmung, und wir freuen uns natürlich darüber, dass dieses Gesetz so zustande kommen wird, weil wir damit auch unsere Einnahmen im Justizhaushalt verbessern können.

Neben den einzelnen Regelungen, die Sie zu Recht genannt haben – Herr Kollege Stoch und die anderen Redner haben ja die Einzelheiten präzise genannt –, streben wir generell eine Verbesserung unserer Kostensituation an. Deswegen werden wir beim Kostenmodernisierungsgesetz im Bund, das im Wesentlichen die Länder betrifft, zusammen mit anderen Bundesländern auf die Anpassung von Regelungen dringen, damit auch das Land höhere Gebühren für den Justizhaushalt erheben darf. Diese Gebühren wurden letztmals vor 20 Jahren angepasst. Es ist überfällig, dass wir dort tätig werden.

Bei uns haben wir z. B. bei der Gebühr für die Anordnung des polizeilichen Gewahrsams seit den Sechzigerjahren keine Neuregelung. Es ist also an der Zeit, dass wir hier anpassen, und ich freue mich, dass Sie den Weg gemeinsam mitgehen. Ich bedanke mich für die Zustimmung.

Vielen Dank.

(Beifall bei den Grünen und der SPD sowie Abgeordneten der CDU)

Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch: Liebe Kolleginnen und Kollegen, in der Allgemeinen Aussprache liegen keine weiteren Wortmeldungen vor.

Wir kommen daher in der Zweiten Beratung zur A b s t i m m u n g über den Gesetzentwurf Drucksache 15/2451. Abstimmungsgrundlage ist die Beschlussempfehlung des Ständigen Ausschusses, Drucksache 15/2572. Der Ausschuss empfiehlt Ihnen, dem Gesetzentwurf zuzustimmen.

Ich rufe auf

Artikel 1

Änderung des Landesjustizkostengesetzes

Wer Artikel 1 zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Wer stimmt dagegen? – Enthaltungen? – Damit ist Artikel 1 einstimmig zugestimmt.

Ich rufe auf

Artikel 2

Änderung des Polizeigesetzes

Wer Artikel 2 zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Wer stimmt dagegen? – Enthaltungen? – Damit ist Artikel 2 einstimmig zugestimmt.

Ich rufe auf

Artikel 3

Schlussvorschriften

Wer Artikel 3 zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Wer stimmt dagegen? – Enthaltungen? – Damit ist auch Artikel 3 einstimmig zugestimmt.

Die Einleitung

lautet: „Der Landtag hat am 28. November 2012 das folgende Gesetz beschlossen:“.

Die Überschrift

lautet: „Gesetz zur Änderung des Landesjustizkostengesetzes und des Polizeigesetzes“. – Sie stimmen der Überschrift zu.

Wir kommen zur

S c h l u s s a b s t i m m u n g

Wer dem Gesetz im Ganzen zustimmt, den bitte ich, sich zu erheben. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Damit ist dem Gesetz einstimmig zugestimmt. Herzlichen Dank.

Tagesordnungspunkt 3 ist erledigt.

Ich rufe **Tagesordnungspunkt 4** auf:

Antrag der Fraktion GRÜNE und Stellungnahme des Ministeriums für Wissenschaft, Forschung und Kunst – Baden-Württemberg als Standort von Wissenschaft und Forschung für Nachhaltigkeit – Drucksache 15/1827

Meine Damen und Herren, das Präsidium hat folgende Redezeiten festgelegt: für die Begründung fünf Minuten und für die Aussprache fünf Minuten je Fraktion.

Das Wort zur Begründung erteile ich Herrn Kollegen Dr. Schmidt-Eisenlohr.

Abg. Dr. Kai Schmidt-Eisenlohr GRÜNE: Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen, liebe Kollegen, sehr geehrte Damen und Herren! Sie alle werden verfolgt haben, was Anfang dieser Woche amtlich bestätigt wurde: Baden-Württemberg ist wiederum die Region in der Europäischen Union mit dem höchsten Innovationspotenzial. Gemessen wurden hier die Branchenstruktur, aber auch die Forschungs- und Entwicklungskapazitäten in den Hochschulen und Unternehmen. Diese tragen entscheidend zu der wirtschaftlichen Stärke unseres Landes bei.

Ich bin überzeugt, dass es unsere politische Aufgabe ist, heute die richtigen Weichen dafür zu stellen, dass Baden-Württemberg auch in Zukunft ganz vorn dabei ist, wenn es um In-

novation und darauf aufbauend um Wirtschaftsprozesse geht. Denn eine wissensbasierte Wirtschaft muss sich ständig neu erfinden.

Das Thema „Neu erfinden“ muss jedoch dringend unter einem neuen Blickwinkel betrachtet werden. Wir sehen uns heute – da sage ich Ihnen sicherlich nichts Neues – mit der großen Aufgabe konfrontiert, die Frage einer nachhaltigen Gesellschaft in den Mittelpunkt all unserer Entscheidungen zu stellen. Das Ziel einer nachhaltigen Entwicklung, das die Brundlandt-Kommission 1987 aufgeschrieben hat und das in Rio 1992 global für verbindlich erklärt wurde, mag für manche noch immer romantisch naiv klingen; aber ganz im Gegenteil: Es ist ein harter Fakt. Denn es ist absehbar, dass der heutige Ressourcenverbrauch und die Ressourcenverschwendung eben nicht dauerhaft fortgeführt werden können.

Der alte Spruch „Wir haben die Erde nur von unseren Kindern geliehen“ ist nach wie vor wahr. Verantwortung heißt, sich heute dieser Wahrheit zu stellen. Unsere Generation steht deswegen vor der großen Herausforderung, das zu ändern und hier umzusteuern.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Wir alle wissen doch längst, dass unsere Lebensweise, unsere Art des Wirtschaftens nicht nachhaltig ist und dass wir heute Raubbau an unseren sozialen, unseren finanziellen, aber insbesondere unseren ökologischen Ressourcen betreiben.

Das ist der Kern der Nachhaltigkeitsfrage: Welche Innovation und welche Veränderung sind jetzt notwendig, damit auch zukünftige Generationen die gleichen Chancen wie wir heute haben, und zwar hier in Baden-Württemberg, aber auch weltweit?

Deswegen sehe ich uns alle hier im Landtag auch fraktionsübergreifend in der Verantwortung, die Rahmenbedingungen zu schaffen, um die Antworten auf die Kernfragen der Nachhaltigkeit zu finden.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Diese Antworten können, ja müssen an den Schnittstellen zwischen Wissenschaft und Wirtschaft gefunden werden. Hierzu gilt es eben, auch im Bereich der Wissenschaft den Leitgedanken der Nachhaltigkeit in Lehre und Forschung fest zu verankern. Dabei muss Nachhaltigkeit als breit angelegtes Querschnittsthema verstanden werden.

Die Forstwissenschaft mag sich seit 1713 mit der nachhaltigen Baumzucht befassen, aber eine nachhaltige Entwicklung betrifft eben auch die Wirtschaftswissenschaften, die Mathematik, den Maschinenbau, die Sozialforschung und z. B. die Städteplanung – um nur einige Fächer zu nennen.

Alle Disziplinen stehen in der Verantwortung, sich den großen Herausforderungen zu stellen, heute alles dafür zu tun, dass die nächste Generation die gleichen Chancen erhält, wie wir sie heute haben.

Ebenso sehe ich es als Aufgabe unserer Hochschulen – und zwar aller Hochschulen – an, bei den Studierenden, also den zukünftigen Fach- und Führungskräften, eine aktive Auseinandersetzung mit den Grundlagen zukunftsfähigen Handelns anzuregen.

Wie das gelingen kann, erhellt ein Blick auch über die Grenzen von Baden-Württemberg hinaus: Die Leuphana in Lüneburg zeigt mit großem Erfolg, dass es möglich ist, alle Studierenden ein Semester lang ergänzend zum fachlichen Studium in interdisziplinären praxisorientierten Projekten arbeiten zu lassen und sie so Kompetenzen im Umgang mit Komplexität und problembezogenem Wissen erwerben zu lassen – ein Beispiel für nachhaltigkeitsorientierte Kompetenzen.

Aber wie steht es nun mit der Wissenschaft für Nachhaltigkeit in Baden-Württemberg? Das war das Kernthema unseres Antrags. Wer sich die ausführliche Stellungnahme des Wissenschaftsministeriums anschaut, sieht zunächst einmal, dass Nachhaltigkeitsforschung heute schon ein relevantes Thema in vielen Hochschulen und Forschungseinrichtungen in Baden-Württemberg darstellt. Dies spiegeln auch die hierzu eingeworbenen Drittmittel wider. Die Beschäftigung mit den unterschiedlichen Aspekten von Nachhaltigkeit reicht von einzelnen Forschungsvorhaben und -modulen in der Lehre bis hin zu Debatten und zur strategischen Ausrichtung einzelner Institute, Fakultäten oder ganzer Hochschulen.

Diese Auseinandersetzung der Hochschulen mit dieser großen Herausforderung kann nicht nur von oben verordnet werden. Anreize wie etwa die entsprechenden Förderprogramme können zwar unterstützend wirken, aber letztlich muss die Beschäftigung mit diesem Thema aus den Hochschulen und den Forschungseinrichtungen selbst kommen.

Hochschulen, die sich ihrer Rechenschaftspflicht gegenüber der Gesellschaft bewusst sind, greifen natürlich die großen gesellschaftlichen Fragen heute schon auf. Hochschulinitiativen wie Greening University und die verschiedenen Netzwerke für Nachhaltigkeit zwischen Hochschulen befördern diese Prozesse in Forschung und Lehre und nicht zuletzt im Blick auf die Hochschulen als nachhaltige Betriebe, als Lernort. Hier passiert heute schon ganz viel, und das ist wichtig für das Morgen.

Was ist nun die Rolle des Landes, um diese vielen von unten sprießenden Initiativen strategisch zusammenzuführen? Ich freue mich, dass die Wissenschaftsministerin das Anliegen, die Nachhaltigkeitsforschung zusammenzuführen und zu verstetigen, zur Chefinnensache gemacht hat. Dazu gehört die Förderlinie zur Stärkung der Nachhaltigkeit im IQF-Programm, für die sich dem Vernehmen nach sehr viele Hochschulen beworben haben. Dazu gehört auch die von der Ministerin zusammengerufene Expertengruppe „Wissenschaft für Nachhaltigkeit“.

Zusammenfassend möchte ich sagen: Ich denke, wir sind auf einem guten Weg. Es ist wichtig, dass wir weitermachen, dass wir das Thema Nachhaltigkeit als Querschnittsaufgabe verstehen und an den Hochschulen fest verankern und es zu einer zentralen Aufgabe machen, dies in der Landespolitik voranzutreiben und als starkes Land Baden-Württemberg mit gutem Beispiel voranzugehen.

Vielen Dank.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch: Für die CDU-Fraktion erteile ich Herrn Kollegen Dr. Birk das Wort.

Abg. Dr. Dietrich Birk CDU: Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren! „Baden-Württemberg als Standort von Wissenschaft und Forschung für Nachhaltigkeit“ ist das Thema.

Zunächst einmal haben wir einen umfangreichen Antrag der Grünen zur Kenntnis zu nehmen, der vom Ministerium gut beantwortet wurde. Das ist weniger das Verdienst des Ministeriums als vielmehr der vielen Initiativen, die es an den baden-württembergischen Hochschulen dazu gibt.

Was ist wichtig für die Nachhaltigkeit, meine Damen und Herren? Wichtig für die Nachhaltigkeit ist, dass wir den Umweltgedanken, den Energiegedanken, den Gedanken der Ressourcenschonung, aber auch den Gedanken der sozialen Sicherung wirklich zukunftsfähig ausgestalten. Meine Damen und Herren, um es klar zu sagen: Nachhaltigkeit hat in diesem Land Baden-Württemberg schon vor der Regierungsübernahme durch Grün-Rot stattgefunden. Ich erinnere u. a. an den Beirat für nachhaltige Entwicklung, der in zehn Jahren umfassend Vorschläge entwickelt hat, um Baden-Württemberg zum Vorreiter im Bereich Nachhaltigkeit zu machen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und des Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP)

Diese Nachhaltigkeit, von der wir sprechen, betrifft natürlich nicht nur die Landespolitik, nicht nur die Wissenschaft, sondern auch die vielen Initiativen aus dem gesellschaftlichen Bereich, beginnend bei den Kirchen über die Wirtschaft und die Industrie sowie über viele andere Bereiche hinweg.

Aber lassen Sie mich in diesem Zusammenhang auch ein paar kritische Punkte ansprechen. Nachhaltigkeit beginnt natürlich bei einer soliden Haushaltsführung. Wenn ich Ihren derzeitigen Haushaltsentwurf anschaue, Frau Ministerin, kann ich nur sagen: Hier wird nicht Nachhaltigkeit umgesetzt, sondern man geht in die Belastung, in die Verpflichtung der kommenden Generationen für die Zukunft. Das ist keine Politik der Nachhaltigkeit für Baden-Württemberg, wie wir sie wünschen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Ich sage vor allem auch deshalb: Wer 3,3 Milliarden € neue Schulden macht, 3,3 Milliarden € zusätzliche Steuereinnahmen hat,

(Abg. Andreas Deuschle CDU: Sehr gut!)

alte Verschuldungsrechte im Umfang von 600 Millionen € ausnutzt, damit einen Ausgabenkorridor von 7 Milliarden € hat, dann hier vorn Nachhaltigkeit predigt, aber anders handelt,

(Zuruf des Abg. Alexander Salomon GRÜNE)

der muss sich einmal den Realitäten unseres Landeshaushalts stellen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der FDP/DVP – Zuruf des Abg. Alexander Salomon GRÜNE – Glocke der Präsidentin)

Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch: Herr Kollege Dr. Birk, gestatten Sie eine Zwischenfrage?

Abg. Dr. Dietrich Birk CDU: Am Ende, wenn ...

Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch: Wenn noch Redezeit übrig ist.

Abg. Dr. Dietrich Birk CDU: ... keine Redezeit mehr zur Verfügung steht oder auch doch – mal sehen.

(Heiterkeit)

Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch: Also nein.

Abg. Dr. Dietrich Birk CDU: Ich habe kein Interesse, dass Sie jetzt Fragen stellen. Vielmehr möchte ich mit Ihnen einmal über die Frage sprechen, wie nachhaltig die Landesregierung die Themen im Bereich der Forschung angeht.

(Zuruf des Abg. Daniel Andreas Lede Abal GRÜNE)

Frau Ministerin, ich sage auch selbstkritisch: Die öffentliche Forschungsinfrastruktur in Baden-Württemberg ist seit Jahren auf einem niedrigen Niveau. Der Anteil der Forschung und Entwicklung am Bruttoinlandsprodukt beträgt bei uns fast 5 %. Der Anteil der öffentlichen Hand liegt bei 0,4 %. Wir müssen diesen Anteil in den nächsten Jahren gemeinsam steigern. Aber da fängt für mich die Nachhaltigkeit an. Hier geht es um die Zukunft des Landes, hier geht es um Zukunftstechnologien, hier geht es um die Frage, wie Wertschöpfung, wie Arbeitsplätze erhalten werden können. Darüber müssen wir uns Gedanken machen, bevor wir hier heute wohlfeil einzelne Initiativen, die im Land laufen, aufzählen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und des Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP)

Auch wenn es um die Ausbildung der jungen Generation geht: Frau Ministerin, Sie haben in Ihrem Haushalt eine Titelgruppe „Ausbau der Hochschulen im Bereich der Masterstudiengänge“ ausgewiesen. Allein: Die Mittel dafür fehlen. Sie wollen eine gegenseitige Deckungsfähigkeit mit dem Programm „Hochschule 2012“. Liebe Frau Ministerin, wenn das Hochschulausbauprogramm 2012 in den nächsten Jahren so stark nachgefragt sein wird, wo ist denn da die Nachhaltigkeit, damit die Studierenden ohne einen Bruch von einem Bachelor in einen Masterstudiengang wechseln können? Es ist nicht Nachhaltigkeit, sondern Zukunftsverweigerung, wenn Sie solche Programme nicht mit zusätzlichen Finanzmitteln ausstatten.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Letzter Punkt, meine sehr geehrten Damen und Herren: Anspruch und Wirklichkeit klaffen auch in einem anderen Bereich weit auseinander. Blicken wir einmal nach Bayern und fragen wir, was dort im Bereich der Nachhaltigkeit – etwa bei den energiesparenden Produktionstechnologien – in den nächsten Jahren getan wird: 2012, 2013, 2014 jeweils zusätzlich 3 Millionen €. Baden-Württemberg ist d e r Produktionsstandort in Deutschland, der Produktionsstandort Nummer 1. Wir haben hier die stärkste Industrie, wir haben die stärkste Industrieforschung. Wenn es um Nachhaltigkeit in der Produktionstechnologie, in der Fertigung der Zukunft geht, brauchen wir hierzu in den nächsten Jahren einen Schwerpunkt.

(Zuruf von der CDU: Richtig!)

Bloß: Sie bleiben diese Antwort schuldig, denn im derzeitigen Haushalt und im künftigen Haushalt ist dafür nur ungenügend Vorsorge getroffen.

Deshalb: Arbeiten Sie in diesem Punkt dringend nach. Dann können wir über das Thema Nachhaltigkeit, über ressourcenschonende Produktion, über Energieeffizienz, über Umweltschonung sprechen – nicht indem wir hier einzelne kleine Leuchtturmprojekte aufzeigen, sondern indem wir seitens des Landes einen Impuls geben, dass die Zukunftsfragen des Landes Baden-Württemberg im Sinne der Nachhaltigkeit gelöst werden, und indem wir hierzu entsprechende Anreize für die Hochschulen, für die Wissenschaft, für Unternehmen, für außeruniversitäre Forschung, für wirtschaftsnahe Forschung geben.

Diesen Beleg sind Sie bislang schuldig geblieben. Wir sind gespannt, welche Antworten Sie in den kommenden Wochen im Zuge der Haushaltsberatungen und der Verabschiedung des Haushalts hierzu geben können.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP – Abg. Dr. Kai Schmidt-Eisenlohr GRÜNE: Sie wollen doch sparen und nicht mehr ausgeben!)

Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch: Für die SPD-Fraktion erteile ich Herrn Kollegen Stober das Wort.

Abg. Johannes Stober SPD: Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Das Thema Nachhaltigkeit ist erfreulicherweise in der Politik angekommen. Der Kollege Schmidt-Eisenlohr hat vorhin in seiner Rede bereits darauf verwiesen, dass wir in der Vergangenheit Raubbau an unserer Natur, an unseren Ressourcen betrieben haben. Uns allen – ich glaube, da sind wir uns einig – ist bewusst geworden, dass das Thema Nachhaltigkeit ein ganz entscheidendes, ein ganz zentrales Thema ist. Es ist nicht nur ein ökologisches, sondern auch ein ökonomisches und ein soziales Thema, und es muss zur Grundlage unserer Politik in allen Bereichen werden.

Wir haben das erkannt, und deswegen ist es auch richtig, dass die Landesregierung hier viel tut, und es war auch richtig, dass die ehemalige Landesregierung hier ebenfalls schon etwas getan hat.

(Abg. Dr. Dietrich Birk CDU: Viel!)

Der Bereich Wissenschaft ist dabei zentral. Wenn ich aber beispielsweise an die Nachhaltigkeitsstrategie des Landes denke, umfasst das Spektrum weitaus mehr. Das geht in den schulischen Bereich hinein; es geht in den gesellschaftlichen Bereich hinein.

Nichtsdestotrotz liegt der Schwerpunkt dieser Debatte heute natürlich – das ist schon allein durch die Überschrift des Antrags der Fraktion GRÜNE vorgegeben – auf den Hochschulen. Herr Kollege Birk, es ist richtig, dass wir bereits einiges an Initiativen vorgefunden haben, als wir vor anderthalb Jahren die Regierung übernommen haben. Das will ich auch gar nicht abstreiten.

(Abg. Dr. Dietrich Birk CDU: Das könnten Sie mal alles aufzählen! Da würden Sie gar nicht fertig werden!)

– Die Aufzählung finden Sie in der Stellungnahme zu diesem Antrag. Dort steht auch, welches Programm in welchem Jahr begonnen hat. Damit weiß man auch, wer es letztlich war, der dies angeleiert hat.

Da Sie jetzt gerade wieder eine Debatte über den Haushalt begonnen haben – ich hatte eigentlich gedacht, wir hätten erst morgen die Beratung des Einzelplans 14 im Finanzausschuss und würden dort dann über die Details reden –, sage ich Ihnen:

(Abg. Dr. Dietrich Birk CDU: Kleines Überraschungsmoment!)

Diese Regierung kann, meine ich, guten Gewissens sagen, dass sie bei Forschung, Innovation und Nachhaltigkeit, insbesondere im Bereich der Energiewirtschaft, unheimlich zugelegt hat. Ich nenne als Beispiele nur die Verlängerung und Erweiterung der Initiative E-Mobilität, das Speicherprogramm, das neu aufgelegt wurde, die Windkraftanlage am ICT im Pfinztal, wo eine moderne Redox-Flow-Batterie zum Speichern von Strom mit einer Summe von 8,5 Millionen € durch das Land gefördert wird. Dieser Landesregierung kann man also nicht vorwerfen, sie hätte in diesem Bereich nichts getan. Sie ist sehr aktiv unterwegs, und ich glaube, darauf kann dieses Land auch stolz sein.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen)

Stolz sein können wir auch darauf, dass wir das Thema „Nachhaltige Wissenschaft“ nicht nur in unseren Koalitionsvertrag hineingeschrieben haben, sondern dass im Augenblick auch aktiv an dieses Thema herangegangen wird.

(Abg. Dr. Dietrich Birk CDU: Papier ist geduldig!)

Der Kollege Schmidt-Eisenlohr hat es bereits angesprochen: Für die Arbeit der Expertengruppe „Wissenschaft für Nachhaltigkeit“, die aktuell eingesetzt worden ist, um die Arbeit zu strukturieren, stehen 8 Millionen € zur Verfügung.

Richtig ist auch, dass die Einrichtungen selbst die Aufgabe wahrnehmen müssen, dieses Thema in der Breite zu verankern. Aufgabe dieser Expertengruppe ist es daher auch, diesen Prozess zu verstärken. Wenn es um Einzelprojekte geht, so müssen diese natürlich über die Mittel, die unserer klassischen Wissenschafts- und Forschungslandschaft zur Verfügung stehen, finanziert werden. Hier geht es aber darum, das Bewusstsein in diesem Bereich zu verstärken. Ich glaube, dies ist ein richtiger Aufschlag.

Im Übrigen geschieht auch etwas im Rahmen der Nachhaltigkeitsstrategie des Landes, die im Augenblick mit 2 Millionen € insgesamt pro Jahr ausgestattet ist. Auch davon fließt bereits einiges in den Hochschulbereich. Als Beispiel nenne ich das Hochschulnetzwerk „Bildung für nachhaltige Entwicklung“, das dieses Thema gerade bei der Lehrerfortbildung zu einem Schwerpunkt macht. Denn es ist ganz zentral, dass wir den nachfolgenden Generationen dieses Thema mit auf den Weg geben.

Vorhin wurde kritisiert, im Haushalt spiegele sich das Bemühen nicht wider. Daher sage ich: Auch bei der Beratung des Umweltetats haben wir entsprechende Beschlüsse gefasst. Umweltbildung ist ja nicht nur ein Thema innerhalb des Wis-

senschaftsbereichs, sondern es ist bereits im schulischen und im vorschulischen Bereich ein wichtiges Thema. Hier haben wir gezielt einen Schwerpunkt auf die Vermittlung der Bedeutung des Energiesparens gesetzt. Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der regionalen Energieagenturen kommen dazu in die Schulen und in die Kindergärten, um das Thema Stromsparen, die Herausforderung, mit unseren Ressourcen vernünftig umzugehen, bereits Kindern zu vermitteln. Diese Kinder diskutieren das Thema ja dann auch in ihren Familien und tragen dies so auch weiter. In diesem Bereich geschieht also bereits extrem viel, und deswegen glaube ich, dass wir damit durchaus auf dem richtigen Weg sind.

Wichtig ist, glaube ich, auch die Analyse in der Stellungnahme der Landesregierung zum vorliegenden Antrag, wonach im Wissenschaftsbereich viel hinsichtlich einer Kooperation mit der Wirtschaft geschieht, bislang jedoch noch nicht genug hinsichtlich einer Kooperation im regionalen Umfeld. Deswegen freut es mich natürlich, dass das Vorhaben „Rendezvous mit der Zukunft“ auch aus Mitteln der Nachhaltigkeitsstrategie gefördert wurde. Die Frage ist doch: Wie bekommt man dieses Thema von den Hochschulen, von den Universitäten und Fachhochschulen aus im regionalen Umfeld verankert? Hierfür müssen entsprechende Strukturen aufgebaut werden. Wie bekommt man das implementiert?

Ich glaube also, dass wir auf dem richtigen Weg sind. Was gut ist, kann man immer noch besser machen. Aber ich glaube, wir können mit Recht und auch mit Stolz sagen: Wir sind hier auf dem richtigen Weg.

Ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen)

Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch: Für die Fraktion der FDP/DVP erteile ich das Wort Herrn Abg. Dr. Kern.

Abg. Dr. Timm Kern FDP/DVP: Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Donnerwetter! Jetzt wird er spürbar, der ökologische Umbruch, den uns die grün-rote Landesregierung und an ihrer Spitze die grüne Wissenschaftsministerin bescheren. Es bedurfte unabweisbar eines Regierungswechsels, damit sich in diesem Bereich endlich einmal etwas tut.

(Abg. Rita Haller-Haid SPD: Gut erkannt! – Zuruf: Bisher stimmt alles! – Zuruf des Abg. Dr. Kai Schmidt-Eisenlohr GRÜNE)

Wenn man sich aber die Stellungnahme zum Antrag einmal näher anschaut, dann ist man möglicherweise doch etwas ernüchtert. Gar viele der dort unter Nachhaltigkeit aufgeführten Forschungsvorhaben und Projekte datieren noch aus grauer, das heißt, schwarz-gelber Vorzeit.

(Abg. Dr. Kai Schmidt-Eisenlohr GRÜNE: Grauer!)

Ich denke hier beispielsweise an die Initiative zur Elektromobilität oder die Gründung des KIT, das ja ein Schwergewicht im Bereich der Energieforschung ist und mit dem Helmholtz-Institut Ulm für Elektrochemische Energiespeicherung eine wichtige Verstärkung bekommen hat. Dieses schwarz-gelbe Erdzeitalter wird von Grün-Rot aber immer nur dann bemüht, wenn es darum geht, einen Schwarzen Peter loszuwerden.

(Zuruf des Abg. Dr. Kai Schmidt-Eisenlohr GRÜNE)

Man denke nur – das wurde ja gerade eben gesagt – an den Landeshaushalt, bei dem Sie nicht einmal erklären können, warum mit 3 Milliarden € Mehreinnahmen

(Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU: 3,3!)

derzeit kein ausgeglichener Haushalt möglich ist.

Schuld daran ist natürlich die alte, die schwarz-gelbe Landesregierung.

(Lachen des Abg. Peter Hofelich SPD)

Das grüne Geschichtsbild sieht eben eine klare Verteilung von Guten und Bösen vor. Ich erinnere auch an die Broschüre zur Gemeinschaftsschule: „Schluss mit Schwarz-Weiß-Denken. Mehr Vielfalt.“ Da passt es einfach nicht ins Bild, dass Grün-Rot z. B. den Nachhaltigkeitsbeirat der Landesregierung abschafft.

Etwas überraschend ist es dann auch, dass sogar Wikipedia weiß, dass der Begriff „Nachhaltigkeit“ erstmals schon im Jahr 1713 verwendet wurde.

(Abg. Dr. Markus Rösler GRÜNE: Das sollte man auch ohne Wikipedia wissen!)

Hans Carl von Carlowitz schreibt in einer forstwirtschaftlichen Publikation von der nachhaltenden Nutzung der Wälder. Wenn sich doch so früh Forstwirte um eine Bewirtschaftungsweise des Waldes Gedanken gemacht haben, die eine Regeneration zulässt, wirkt folgende These in der Begründung Ihres Antrags ziemlich kühn – Zitat –:

> *Ein bedeutendes Zukunftsproblem ist die fehlende Nachhaltigkeit von Wirtschaft und Gesellschaft.*

Hier wird nicht von teilweiser oder mangelnder Nachhaltigkeit gesprochen, sondern von fehlender Nachhaltigkeit. Da ist man dann doch etwas ratlos: Entweder die Grünen irren sich, oder Wikipedia irrt sich.

(Abg. Dr. Kai Schmidt-Eisenlohr GRÜNE: Nein! Das ist ein neuer Begriff! – Weitere Zurufe von den Grünen)

Ein wenig schade finde ich bei diesem Antrag auch, dass es nur um die fehlende Nachhaltigkeit von Wirtschaft und Gesellschaft geht, nicht aber um die fehlende Nachhaltigkeit von Politik. Herr Dr. Birk hat es schon erwähnt: Ob die Abschaffung der Studiengebühren wirklich ein Beitrag für eine nachhaltige Hochschulfinanzierungsstrategie ist, darf zumindest bezweifelt werden.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU – Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU: Kann bestritten werden!)

Bei Wikipedia findet sich gleich zu Beginn ein Warnhinweis, nämlich: „Dieser Begriff ist mehrdeutig.“ Gleichermaßen wird man auch nach wiederholter Lektüre des Antrags der Grünen und der Stellungnahme der Landesregierung, die zusammen 14 Seiten umfassen, nicht recht schlau daraus, was die Wissenschaftsministerin nun eigentlich unter Nachhaltigkeit versteht. Ist damit ein sparsamer Umgang mit Ressourcen wie Energie oder finanziellen Mitteln gemeint – also dem Wesen nach ein Grundsatz der Ökonomie –, oder geht es – wie beim

speziellen Beispiel der Holzwirtschaft der Aspekt des Nachwachsens, der Regeneration – allgemein um eine längerfristige zukunftsfähige Planung, wie sie jeder öffentlichen und privaten Planung zugrunde liegen sollte, oder geht es ganz einfach um alles, was im weitesten Sinn mit Ökologie und Umweltschutz zu tun hat?

Es stellt sich doch sehr die Frage, welche Definition von Nachhaltigkeit in der eingesetzten Arbeitsgruppe zugrunde gelegt wird bzw. was eigentlich der konkrete Arbeitsauftrag der eingesetzten Expertengruppe ist. Was wird mit der Arbeitsgruppe bezweckt? Soll es mehr Projekte geben, die das Label „Nachhaltigkeit“ tragen, oder soll bei jedem Forschungsvorhaben zukünftig ein Nachhaltigkeitsnachweis erbracht werden?

Es wäre sehr hilfreich, wenn die Ministerin hier für etwas mehr Klarheit sorgen würde. Denn die einzelnen Fragestellungen und Forschungsprojekte sind zu wichtig und die Freiheit von Forschung und Lehre ist ein zu hohes Gut, als dass man leichtfertig im Sinne einer grünen Wohlfühlaktion darüber hinweggehen sollte.

Die salvatorische Klausel in der Antragsbegründung, dass man die Autonomie der Hochschulen wahren möchte, hat bei uns Liberalen jedenfalls die Besorgnisse nicht zerstreut. Vielmehr gilt es genau darauf zu achten, wie es die grün-rote Landesregierung und wie es die grüne Ministerin mit der Freiheit von Forschung und Wissenschaft tatsächlich halten. Denn die Begehrlichkeiten, im Wissenschaftsbereich steuernd einzugreifen, sind nicht zu unterschätzen. Gerade hier hat sich der Staat jedoch zurückzuhalten. Denn – man kann es nicht oft genug betonen – eine freie Wissenschaft ist die Grundlage unseres Fortschritts und damit auch unseres Wohlstands.

Ganz herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU)

Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch: Für die Landesregierung erteile ich Frau Ministerin Bauer das Wort.

Ministerin für Wissenschaft, Forschung und Kunst Theresia Bauer: Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Die Landesregierung von Baden-Württemberg will mehr Raum für Forschung und Entwicklung für Nachhaltigkeit schaffen, um den globalen Zukunftsproblemen zu begegnen. Wenn wir uns speziell darum kümmern, welche Rolle Wissenschaft für Nachhaltigkeit spielen kann, geht es natürlich auch darum, das richtige Maß zu finden und den richtigen Weg zu beschreiben zwischen einem notwendigen Bottom-up-Prozess, weil wir unseren Hochschulen und der Wissenschaft keine Programme aufoktroyieren wollen und können, und der notwendigen Bereitschaft vonseiten der Landesregierung, mit unseren Forscherinnen und Forschern, mit unseren Lehrenden zusammen eine Gesamtstrategie zur Förderung dieses Denkens zu entwickeln.

Genau das – dieser zweite Teil – macht den Unterschied zwischen der neuen und der alten Landesregierung aus:

(Abg. Dr. Dietrich Birk CDU: Falsch!)

Es ist sicher so – wir sind darauf auch stolz und haben es in unserer Stellungnahme sehr deutlich zum Ausdruck gebracht –, dass es in unserem Land sehr viele gute Ansätze in unseren Hochschulen gibt,

(Abg. Dr. Dietrich Birk CDU: Beirat für nachhaltige Entwicklung!)

sowohl innovative Wege, interdisziplinäre Herangehensweisen im Bereich der Lehre als auch gute und zukunftweisende Forschungsprojekte. In der Tat können wir da aus dem Vollen schöpfen.

Was aber gefehlt hat, war die Bereitschaft der alten Landesregierung, diese vielen Einzelinitiativen in eine Gesamtstrategie zusammenzuführen, sie zu vernetzen, Synergien zu schaffen und sie durch die Gemeinsamkeit zu stärken. Das macht den Unterschied aus, und dieses Verfahren haben wir jetzt in Gang gesetzt.

(Beifall bei den Grünen und der SPD – Abg. Dr. Dietrich Birk CDU: Was war mit dem Beirat für nachhaltige Entwicklung? Schauen Sie einmal in Ihr Archiv!)

– Die Beiräte der alten Landesregierung waren zumindest keine Beiräte des Wissenschaftsministeriums, sondern sie waren an einer anderen Stelle eingesetzt.

(Abg. Dr. Dietrich Birk CDU: Wir waren sehr eng eingebunden!)

Ich glaube, das Thema des Antrags ist die Frage: Welche Strategie gibt es im Wissenschaftsbereich, um die Nachhaltigkeit zu stärken? Das ist unser Anliegen. Das war das Anliegen des Antrags. Das ist das Anliegen der Landesregierung in Zusammenarbeit mit der Expertenkommission, die wir eingesetzt haben und die im nächsten Frühjahr ihre Ergebnisse und Empfehlungen vorlegen wird.

(Abg. Dr. Dietrich Birk CDU: Da sind wir uns einig!)

Mit ihr zusammen erarbeiten wir weitere strategische Schritte.

Lassen Sie mich noch einmal betonen: Es geht darum – da gibt es, glaube ich, Gemeinsamkeiten hier im Haus –, die Innovationsfähigkeit von Wirtschaft und Gesellschaft in diesem Bereich zu stärken. Dafür brauchen wir Erkenntnis- und Wissenstransfer in die Bereiche der Anwendung. Wir brauchen einen verstärkten Dialog zwischen Wissenschaft, Wirtschaft und der gesamten Gesellschaft. Wir brauchen bei der Bewältigung der großen gesellschaftlichen Herausforderungen – im Zentrum stehen der Klimawandel und die Energiewende – gerade in einem so innovativen Land wie Baden-Württemberg auch elementare Beiträge der Wissenschaft. Dies wollen wir unterstützen. Denn wir wissen, dass wir diese großen Herausforderungen durch die Politik allein nicht bewältigen können, sondern die Erkenntnisse, den Ideenreichtum und die Bereitschaft der Wissenschaft brauchen, hier neue Wege zu denken und zu erproben.

Baden-Württemberg hat ein leistungsfähiges Wissenschaftssystem. Wir wollen dieses für die Zukunft erhalten, und zwar in der Vielfalt, in der Breite und in der Spitze. Wir wollen das Wissenschaftssystem, die Initiativen und Aktivitäten, die es im Bereich der Nachhaltigkeit gibt, stärken. Wir werden dafür auch verstärkt die Fördermöglichkeiten der EU nutzen, um die Kräfte im Bereich der Nachhaltigkeit zu fokussieren.

(Ministerin Theresia Bauer)

Ein Beispiel ist die Förderung aus dem EFRE, der früher eine bunte Wiese, ein großer Bauchladen von vielen kleinen und kleinsten Aktivitäten war. Wir werden diese Aktivitäten auf das Thema „Energiewende und Ressourcenschonung“ fokussieren. Das ist immer noch ein breites Feld der Innovation. Aber es wird eine Landesstrategie daraus, wenn man sich dazu bekennt, Förderaktivitäten zu bündeln und voranzubringen.

Lassen Sie mich die Gelegenheit nutzen, ein paar wichtige Aktivitäten der Regierung im Bereich Nachhaltigkeit im Hinblick auf Forschung und Entwicklung kurz zu umreißen.

Ein elementar wichtiges Beispiel ist die Elektromobilität. In einem Automobilland wie Baden-Württemberg müssen und wollen wir das Know-how voranbringen, um unsere Mobilität auf Elektromobile umzustellen, die Elektromobilität weiterzuentwickeln und die Verbindung zwischen Forschung und Wirtschaft in diesem Bereich zu stärken. Dafür haben wir den „Cluster Elektromobilität Süd-West – road to global market“ und das „LivingLab BW^{e} mobil” erfolgreich im Land etabliert. Wir unternehmen enorme finanzielle und personelle Anstrengungen zur Weiterentwicklung der Elektromobilität in Baden-Württemberg.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Wir haben die Landesinitiative Elektromobilität II aufgelegt. Wir investieren bis 2015 insgesamt 50 Millionen € in diesen Bereich, um Forschung und Entwicklung für Elektrofahrzeuge und Wasserstoffinfrastruktur voranzubringen.

Ein zweiter wichtiger Bereich ist die Weiterentwicklung des Karlsruher Instituts für Technologie. Wir haben mit dem KIT eine hervorragende Wissenschaftseinrichtung mit einem Schwerpunkt im Bereich der Energieforschung. Es ist aber auch noch ein Stück Weg, die Fokussierung stärker in Richtung Nachhaltigkeit weiterzuentwickeln. Die Tradition, aus der das KIT kommt, ist Ihnen allen bekannt. Es ist ursprünglich ein Großforschungszentrum im Bereich der Kernenergie gewesen. Wir müssen alle Anstrengungen unternehmen, um das KIT zusammen mit anderen baden-württembergischen Forschungseinrichtungen, insbesondere auch dem Helmholtz-Institut in Ulm, zu dem Forschungszentrum für die Energiewende zu machen. Dafür braucht es einen klaren Willen, unsere Forschungskompetenzen in diese Richtung zu lenken.

Ich komme zum dritten Bereich, in dem wir unsere Anstrengungen verstärken. Wir haben einen Strategieprozess Bioökonomie gestartet, mit dem wir Forschungskompetenz interdisziplinär mit wirtschaftlicher Kompetenz zusammenbringen und schauen, in welchen Bereichen wir Produkte und Verfahrensweisen entwickeln können, die materialschonend und ressourcenschonend sind und auf nachwachsenden Rohstoffen basieren. Damit wollen wir einen Beitrag dafür leisten, weg von der erdölbasierten Wirtschaft hin zu einer nachhaltigen und ressourcenschonenden Wirtschaft zu kommen. In diesem Bereich sind wir im intensiven Dialog mit wichtigen Forscherinnen und Forschern des Landes sowie mit der Wirtschaft. Wir werden ein großes Förderprogramm auflegen, um bei der Bioökonomie in Baden-Württemberg die Nase vorn zu haben.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Lassen Sie mich aus dem Beitrag von Herrn Abg. Birk noch ein paar Stichpunkte aufgreifen im Hinblick auf die Frage, wie nachhaltig unsere Förderprogramme und unsere Aktivitäten im Bereich der Forschung und der Finanzierung unserer wissenschaftlichen Einrichtungen sind. Die Debatte hierüber muss eigentlich in den nächsten Tagen im Finanzausschuss und auch noch einmal hier im Plenum geführt werden, wenn wir den Haushalt verabschieden werden.

(Zuruf des Abg. Dr. Dietrich Birk CDU)

Dennoch möchte ich es nicht unkommentiert stehen lassen, wenn Sie hier kritisch die Frage anmerken, ob das, was wir anstoßen, eigentlich nachhaltig finanziert ist.

Lassen Sie mich anhand von zwei Bespielen klarmachen, was ich als Wissenschaftsministerin an nicht nachhaltigen Strukturen und Finanzierungen im Wissenschaftsbereich vorgefunden habe. Ich nenne als Beispiele die Popakademie und die Akademie für Darstellende Kunst in Ludwigsburg.

(Abg. Dr. Kai Schmidt-Eisenlohr GRÜNE: Ja! – Abg. Dr. Dietrich Birk CDU: Das war alles bekannt!)

Das sind zwei Projekte, deren Finanzierung im nächsten Haushalt ausgelaufen wäre. Von wegen Nachhaltigkeit!

(Abg. Dr. Kai Schmidt-Eisenlohr GRÜNE: Traurig!)

Das Gegenteil von Nachhaltigkeit wäre der Fall gewesen. Die Förderung wäre ausgelaufen.

(Abg. Dr. Dietrich Birk CDU: Sie haben damals zugestimmt! Das war alles bekannt! Das haben Sie mitgetragen!)

– Nein. Sie haben es versäumt, Vorsorge zu treffen und in der mittelfristigen Finanzplanung Mittel einzustellen. Wir mussten jetzt zusätzliche Mittel organisieren, um überhaupt die weitere Existenz dieser Einrichtungen zu ermöglichen.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD – Abg. Dr. Dietrich Birk CDU: Bei der Popakademie sind die Gesellschafter ausgestiegen! – Gegenruf der Abg. Helen Heberer SPD: Das habt ihr doch gewusst! Die Verträge sind ausgelaufen!)

– Nein. Herr Dr. Birk, Sie wissen es besser. Die Landesfinanzierung – –

(Glocke der Präsidentin)

Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch: Frau Ministerin, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Wacker?

Ministerin für Wissenschaft, Forschung und Kunst Theresia Bauer: Ja. Ich gestatte sogar eine Unterbrechung mitten im Satz, weil es Herr Abg. Wacker ist.

Abg. Georg Wacker CDU: Sehr geehrte Frau Ministerin, vielen Dank. Ich wusste, dass Sie jetzt nicht Nein sagen werden.

(Vereinzelt Heiterkeit)

Ist Ihnen bekannt, dass der Aufsichtsrat der Popakademie noch in der letzten Legislaturperiode unter dem Vorsitz des unter

(Georg Wacker)

der früheren Landesregierung amtierenden Ministers bereits Einvernehmen darin erzielt hatte, dass ein Konzept bezüglich der Weiterfinanzierung der Popakademie entwickelt wird und darin auch eine Erhöhung des Landesanteils inbegriffen war? Darüber gab es Konsens, und damit war im Grunde auch bereits eine Planung seitens der früheren Landesregierung beabsichtigt. Ist Ihnen das bekannt, Frau Ministerin?

(Zurufe von den Grünen und der SPD)

Ministerin für Wissenschaft, Forschung und Kunst Theresia Bauer: Herr Abg. Wacker, wenn Sie von einem Konsens sprechen, sind das wohlfeile Worte. Diese waren leider durch keine Finanzmittel – auch nicht in der mittelfristigen Finanzplanung – unterlegt. Sie waren durch nichts unterlegt.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Der Landesanteil wurde aus Privatisierungserlösen finanziert. Es waren zeitlich begrenzte, auslaufende Mittel. Wir haben jetzt die Aufgabe übernommen, diese Projekte nachhaltig zu gestalten.

(Glocke der Präsidentin)

Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch: Frau Ministerin, gestatten Sie, bevor Sie den nächsten Satz starten, eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Dr. Birk?

Ministerin für Wissenschaft, Forschung und Kunst Theresia Bauer: Ja.

Abg. Dr. Dietrich Birk CDU: Vielen Dank, Frau Ministerin. Ich wusste nicht, ob Sie jetzt Ja oder Nein sagen. Ich hoffe aber, dass es mir gelingt, eine so gute Beziehung aufzubauen, wie es dem Kollegen Wacker gelungen ist.

(Vereinzelt Heiterkeit)

Frau Ministerin, ist Ihnen bekannt, dass seinerzeit bei der Gründung der ADK sowohl Ihr jetziger Staatssekretär als auch der damalige Fraktionsvorsitzende der SPD ausdrücklich zur Gründung geraten und damals auch ihre Zustimmung gegeben haben und dass schon damals bekannt war, dass, wenn im Jahr 2013 die Mittel der Zukunftsinitiative auslaufen, dies in den Haushalt übernommen werden muss? Ist Ihnen das bekannt?

Die Frage, die sich natürlich daran anschließt, lautet: Wie haben Sie denn angesichts des jetzigen Haushalts Vorsorge getroffen, um sowohl für die Popakademie als auch für die ADK eine wirkliche Finanzierungsperspektive für die nächsten Jahre zu eröffnen? Diese Frage ist berechtigt; denn wenn sich diese Akademien nicht bewährt hätten, dann hätten Sie diesen vermutlich keine Haushaltsmittel zur Verfügung gestellt.

Ministerin für Wissenschaft, Forschung und Kunst Theresia Bauer: Herr Abg. Birk, ich glaube, in Ihrer Frage haben Sie schon deutlich zum Ausdruck gebracht, dass sich die Unterstützung auch seitens der Oppositionsfraktionen damals sehr explizit darauf bezogen hat, dass wir die Ansätze, die Herangehensweise und die Einrichtungen für sinnvoll halten und diese deshalb unterstützen. Damit war bestimmt nicht gemeint, dass wir eine zeitlich befristete Unterstützung oder gar eine fehlende finanzielle Hinterlegung in der mittelfristigen Finanzplanung wollten.

Man kann natürlich nicht gegen eine Popakademie sein, nur weil man sieht, dass die Landesregierung keine Vorsorge für deren weitere Finanzierung trifft. So war damals unsere Unterstützung gemeint.

Jetzt hat die Landesregierung dafür gesorgt, dass die Popakademie und die Akademie für Darstellende Kunst weiterarbeiten können. Wir werden evaluieren und zusehen, dass wir demnächst Konzepte vorlegen können, wie eine nachhaltige Absicherung für die Zukunft aussehen kann.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Herr Abg. Birk, Sie haben im Zusammenhang mit der Nachhaltigkeit außerdem die Frage der Finanzierung des Studienplatzausbaus und der zusätzlichen Masterstudienplätze aufgeworfen. Wir, die neue Landesregierung, haben die Situation vorgefunden, dass die mittelfristige Finanzierung des Studienplatzausbaus bei den Bachelorstudiengängen nicht wirklich abgesichert war. Wir müssen jetzt korrigierend eingreifen und den Ausbau der Studienplätze absichern.

Darüber hinaus werden wir es schaffen, zusätzliche Masterstudienplätze zu finanzieren und deren Bereitstellung nicht nur – um den Preis von Überlast – den Hochschulen selbst zu übertragen. Die Masterstudienplätze sollen finanziert werden aus den Mitteln des Ausbauprogramms „Hochschule 2012“ und den Mitteln des Hochschulausbauprogramms 2020 der Bundesregierung, sofern uns die Bundesregierung nicht im Regen stehen lässt.

Hinsichtlich des „Hochschulpakts 2020“ könnte man vermuten, dass damit bereits eine Finanzierung bis zum Jahr 2020 sichergestellt wäre. Die Mittel laufen aber Mitte 2014 aus. Für den Studienplatzausbau im Masterbereich brauchen wir eine Fortsetzung des „Hochschulpakts 2020“. Wir verlassen uns darauf, dass da, wo 2020 draufsteht, auch 2020 drin ist. Bislang haben wir vom Bund aber keinerlei Zusage, wie es nach 2014 weitergeht.

Ich bitte Sie alle darum, Ihren Einfluss geltend zu machen, dass wir sehr bald klare Ansagen vonseiten des Bundes bekommen, dass er die Länder beim Ausbau der Studienplätze nicht im Regen stehen lässt und insofern seiner Verpflichtung nachkommt. Die Hochschulen, aber auch wir brauchen diese Sicherheit und diese klare Perspektive, die wir bislang nicht haben.

Lassen Sie mich noch ein paar Worte – um noch einmal auf das Thema Nachhaltigkeit im engeren Sinn zurückzukommen – zu dem sagen, was die Expertengruppe „Wissenschaft für Nachhaltigkeit“ im Wissenschaftsministerium bislang getan hat und wie wir weiter verfahren werden. Diese Expertengruppe hat vor wenigen Wochen eine erste Zwischenbilanz gezogen und am 5. November die öffentliche Veranstaltung „Fit für das 21. Jahrhundert?“ veranstaltet. Es ging um die Wissenschaft als Motor für Nachhaltigkeit. Wir haben über 100 Teilnehmerinnen und Teilnehmer verzeichnen können, im Wesentlichen aus Baden-Württemberg, die intensiv und engagiert mitdiskutiert haben. Sie setzen hohe Erwartungen in diesen Prozess, der aus den vielen guten Einzelinitiativen im Bereich der Lehre, der Forschung, aber auch der nachhaltigen Bewirtschaftung und des Gebäudemanagements neue Gesamtstrategien erarbeiten soll.

(Ministerin Theresia Bauer)

Wir haben darüber hinaus in diesem Jahr eine weitere Veranstaltung vor, und zwar im Dezember in der Landesvertretung in Berlin, um auch auf Bundesebene mit bundesweiten Akteuren das Thema noch einmal zu vertiefen. Wir werden bei dieser Gelegenheit einen Schwerpunkt auf die Frage legen, welchen Beitrag die Wirtschaftswissenschaften leisten können und müssen, um nachhaltige Entwicklung voranzubringen.

Wir haben eine Förderlinie im Innovations- und Qualitätsfonds aufgelegt. Wir haben eine Vielzahl von Anträgen für die erste Förderrunde erhalten mit sehr guten Initiativen aus dem ganzen Land, die sich um eine Förderung aus diesem Fonds beworben haben. Wir werden sie in diesen Tagen auswerten und werden ausgehend von den Erfahrungen in der ersten Runde im nächsten Jahr eine neue Förderrunde auflegen und so einen relevanten Betrag zur Verfügung stellen.

Unser Leitgedanke dabei ist, eine neue Qualität in Baden-Württemberg zu erreichen und hinauszugehen über die vielen schönen Einzelmaßnahmen, die es gibt, hin zu Gesamtstrategien gesamter Hochschulen oder einer Gesamtstrategie von Akteuren, die sich landesweit zusammentun.

Ich bin sehr zuversichtlich, dass wir es schaffen, im Wissenschaftsbereich, aber auch zusammen mit dem Ministerpräsidenten und dem neu eingesetzten Beirat für nachhaltige Entwicklung dieses Thema stärker in den Fokus unseres Handelns zu stellen. Ich freue mich auf Ihre konstruktive Begleitung dieses Prozesses.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch: Für die Fraktion GRÜNE erteile ich Herrn Kollegen Dr. Schmidt-Eisenlohr das Wort.

Abg. Dr. Kai Schmidt-Eisenlohr GRÜNE: Ich bin davon ausgegangen, dass ich gar nicht ein zweites Mal sprechen muss.

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Es zwingt Sie niemand! – Unruhe)

Aber ich denke, ich muss noch einmal ein paar Dinge geradeziehen.

Herr Birk,

(Abg. Dr. Dietrich Birk CDU: Es ist alles gesagt!)

sehr geehrter Herr Kollege Birk,

(Unruhe)

Ihre erste Aussage lautete: Die Regierung spart nicht genug. Ihre zweite Aussage lautete: Warum geben Sie nicht mehr für den Wissenschaftsbereich aus? Wie passt denn das zusammen?

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Wie soll denn das zusammenpassen? Das geht einfach nicht.

(Unruhe)

Es hat sich schon angedeutet, dass Sie jetzt eine Haushaltsdebatte vorziehen, zu der wir morgen den ganzen Tag Zeit haben und die wir in zwei Wochen hier noch einmal zusammen führen werden.

(Glocke der Präsidentin)

Ob Sie dieses ambivalente Verhalten über die nächsten zwei Wochen hinweg fortsetzen, darauf bin ich wirklich einmal gespannt.

(Glocke der Präsidentin)

Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch: Herr Kollege, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Kollegen Dr. Birk?

Abg. Dr. Kai Schmidt-Eisenlohr GRÜNE: Ja, sehr gern.

(Zuruf von der SPD: Er hat doch noch gar nicht angefangen!)

Abg. Dr. Dietrich Birk CDU: Geschätzter Kollege Schmidt-Eisenlohr, würden Sie bitte zur Kenntnis nehmen, dass Sie in dem im Entwurf vorgelegten Haushalt Ausgabenrechte in der Größenordnung von 7 Milliarden € zusätzlich haben? Diese umfassen eine Neuverschuldung von 3,3 Milliarden €, höhere Steuereinnahmen von 3,3 Milliarden € und alte Verschuldungsrechte von 0,6 Milliarden €.

(Zuruf des Abg. Thomas Marwein GRÜNE)

Würden Sie dann bitte akzeptieren, dass, wenn man sich jetzt den Haushalt genau anschaut, gerade die Schwerpunkte im Bereich Wissenschaft und Forschung nicht so gelegt sind, dass man damit dem Ziel der Nachhaltigkeit gerecht wird?

(Abg. Muhterem Aras GRÜNE: Wo ist die Frage?)

Würden Sie das so bestätigen, oder würden Sie sich zumindest bereit erklären, dies nochmals auszuführen und gegebenenfalls nachzulesen?

(Abg. Andreas Stoch SPD: Wir bestätigen das so nicht!)

Abg. Dr. Kai Schmidt-Eisenlohr GRÜNE: Nein, ich kann das so nicht sehen. Wir werden in der Haushaltsdebatte noch einmal darüber sprechen. Ich möchte nur noch einmal festhalten, warum ich das kritisieren muss: Sie sagen, Sie wollten in diesem Bereich mehr Geld haben, aber gleichzeitig lautet die Hauptaussage von der CDU, die ich immer wieder höre: Es muss mehr gespart werden. Wir werden in den Haushaltsberatungen noch einmal dezidiert über den Gesamthaushalt sprechen. Wir wollten heute über Nachhaltigkeit sprechen, mit dem Schwerpunkt in Wissenschaft und Forschung.

(Zuruf des Abg. Dr. Dietrich Birk CDU)

Jetzt darf ich noch kurz zwei Anmerkungen machen. An Herrn Dr. Kern gerichtet sage ich: Sie hatten davon gesprochen, dass der Begriff „Nachhaltigkeit“ erstmals 1713 verwendet worden sei. Das ist korrekt. Damals hat man das in der Forstwirtschaft aufgesetzt. Ich empfehle Ihnen das Buch mit dem Titel „Die Entdeckung der Nachhaltigkeit – Kulturgeschichte eines Begriffs“ von Herrn Grober. Er hat das einmal analysiert und zeigt, wie sich dieser Nachhaltigkeitsbegriff verändert hat. Da-

mals betraf Nachhaltigkeit lediglich die Frage, wie man aus einem Wald so viel Holz herausholen kann, dass man viel nutzen kann, aber der Wald trotzdem nachwachsen kann. Da ging es nicht um das gesamte Ökosystem, da ging es nicht um soziale Fragen, da ging es lediglich um die Nutzfunktion des Waldes. Das hat sich heute – spätestens nach dem Bericht der Brundtland-Kommission – natürlich komplett geändert.

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Beim Totholz! Das ist klar!)

Insofern bitte und empfehle ich, sich das einmal anzuschauen. Dieser alte Begriff hat natürlich eine ganz andere Dimension als unser ganzheitlicher Nachhaltigkeitsbegriff, den wir heute zur Basis aller unserer Diskussionen machen.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD – Abg. Dr. Dietrich Birk CDU: Sagen Sie mal etwas zu den zuwachsenden Schwarzwaldtälern!)

– Zu den Tälern sage ich nichts. Ich sage jetzt noch etwas zu Ihnen. Wenn Sie sich schon melden, kann ich gleich noch einmal darauf eingehen, weil ich den Finanzaspekt ganz vergessen hatte.

(Abg. Dr. Dietrich Birk CDU: Jawohl!)

Ich will einmal zeigen, wie das bei der CDU so läuft. Auf der einen Seite heißt es, wenn man über den Haushalt spricht, dass gespart werden muss, auf der anderen Seite wird im Ausschuss spontan ein Antrag zu europäischen Fördergeldern eingebracht.

(Abg. Dr. Dietrich Birk CDU: Eine Chance!)

Ganz spontan wird gesagt – das war damals der Antrag von Ihnen –: „Ach, wie wär's, wenn wir jeden Euro, der von der EU kommt, einfach mit einem Euro vom Land kofinanzieren?" Dann kam der Einwurf vom Ministerium: „Sie wissen, dass das bis zu 800 Millionen € bedeuten kann?" Dann hieß es: „Wir halten den Antrag aufrecht, einfach aus symbolischen Gründen."

(Abg. Dr. Dietrich Birk CDU: Das stimmt doch gar nicht!)

Diesen Antrag haben wir damals abgelehnt. Ich will nur sagen, wie leichtfertig Sie haushaltswirksame Anträge gestellt haben. Das ist nicht gerade nachhaltig.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD – Zuruf des Abg. Dr. Dietrich Birk CDU)

Abschließend möchte ich jetzt noch einmal auf den Begriff „nachhaltigkeitsorientierte Kompetenz" eingehen; denn heute ist natürlich ganz stark – da haben Sie recht – historisch auf die Dinge, die schon getan wurden, eingegangen worden. Wir haben Schwerpunkte in der Forschungspolitik – auch in den außeruniversitären Einrichtungen –, z. B. in der Energieeffizienzforschung. Das sind Schwerpunkte, die definitiv damit zu tun haben, wie wir eine nachhaltigere Gesellschaft, eine nachhaltigere Industrie aufbauen können. Ein wichtiger Schwerpunkt, den auch der Expertenrat erarbeiten will, ist aber die Frage, wie man Nachhaltigkeit als eine Querschnittsaufgabe in allen Fachrichtungen unterbringt.

(Abg. Dr. Dietrich Birk CDU: Das gab es schon vorher!)

– Aber das ist bisher völlig untergegangen.

(Abg. Dr. Dietrich Birk CDU: Beirat für nachhaltige Entwicklung!)

Die Aussagen von Ihnen und auch von Herrn Dr. Kern haben meines Erachtens gezeigt, dass Sie das nicht ganz verstanden haben.

(Abg. Dr. Dietrich Birk CDU: Wir haben das verstanden! Sie wollen das, was bisher schon gelaufen ist, neu aufsetzen!)

Es ist wirklich wichtig, dass es eine Kompetenz ist, die wir in allen Feldern als eine Querschnittsaufgabe vertiefen müssen, die stärker in der Lehre und in der Forschung verankert werden muss und die eben nicht nur als ein Forschungsfeld gesehen werden darf, das wir jetzt einfach einmal unterstützen. Das ist eine Querschnittsaufgabe, ein Inhalt, der in der Lehre und in der Forschung fest verankert werden muss.

(Abg. Dr. Dietrich Birk CDU: Lesen Sie einmal den Abschlussbericht des Beirats für nachhaltige Entwicklung! Darin steht das alles!)

Da haben wir noch einiges zu tun. Da sind wir noch nicht dort, wo wir eigentlich hinwollen.

Vielen Dank.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch: Meine Damen und Herren, mir liegen keine weiteren Wortmeldungen vor.

Wir kommen zur geschäftsordnungsmäßigen Behandlung des Antrags Drucksache 15/1827. Der Antrag ist ein reiner Berichtsantrag und kann für erledigt erklärt werden. – Sie stimmen zu.

Damit ist Punkt 4 der Tagesordnung erledigt.

Ich rufe **Punkt 5** der Tagesordnung auf:

Große Anfrage der Fraktion GRÜNE und Antwort der Landesregierung – Baden-Württemberg frei von Agrogentechnik – Maßnahmen und Pläne der Landesregierung – Drucksache 15/1750

Meine Damen und Herren, das Präsidium hat für die Aussprache eine Redezeit von fünf Minuten je Fraktion und für das Schlusswort der die Große Anfrage stellenden Fraktion ebenfalls eine Redezeit von fünf Minuten festgelegt.

Das Wort erteile ich für die Fraktion GRÜNE dem Kollegen Dr. Rösler.

Abg. Dr. Markus Rösler GRÜNE: Verehrte Frau Präsidentin, werte Kolleginnen und Kollegen! Wir haben vor sechs Wochen schon einmal im Rahmen einer Aktuellen Debatte

(Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU: Genau! Deshalb brauchen wir das jetzt nicht schon wieder! – Zuruf des Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP)

mit großer Freude feststellen können, dass wir beim Thema Gentechnikfreiheit – wie auch bei dem heute Morgen aufgerufenen Thema Naturschutz – voranschreiten. Als Stichwort nenne ich die Unterzeichnung des Beitritts zum Europäischen Netzwerk gentechnikfreier Regionen.

Seither hat sich auf europäischer Ebene doch Einiges neu getan, was es wert ist, in dieser Plenarsitzung noch einmal angesprochen zu werden, weil wir alle im Land Baden-Württemberg davon betroffen sind oder betroffen sein werden, je nachdem, wie sich die einzelnen Fraktionen hier im Landtag und natürlich auch die Fraktionen im Bundestag dazu aufstellen werden.

Das eine ist: Damals gab es eine durchaus kontroverse Debatte über die Langzeitstudie zu den Gesundheitsrisiken der gentechnisch veränderten Maissorte NK 603. Wir mussten feststellen – dies gilt auch weiterhin –, dass die Rolle der EFSA, der European Food Safety Authority – der Europäischen Behörde für Lebensmittelsicherheit –, kritisch zu hinterfragen ist. Diese Behörde, die nicht immer und überall den besten Ruf genießt, weil es genügend Beispiele dafür gibt, dass sie leider nicht wirklich unabhängig arbeitet, hat bei der Bewertung dieser Studie aus Frankreich andere Maßstäbe angelegt, als sie es bei anderen Studien aus der Industrie tut. Wir stellen fest: Auch hier besteht der dringliche Bedarf, die Rolle der EFSA sehr kritisch zu hinterfragen.

Punkt 2 – wieder zur EU-Ebene –: Die EU-Kommission will Pollen – Sie erinnern sich alle an die Problematik und das entsprechende Urteil des Europäischen Gerichtshofs – nicht als Zutat, sondern als natürlichen Bestandteil von Honig definieren und dadurch eine Kennzeichnung von Honig mit gentechnisch veränderten Pollen verhindern. Das kann nicht wirklich im Interesse der Imker – nicht nur im Land, sondern auch bundesweit, in der Europäischen Union und darüber hinaus – sein. Ich appelliere an die Kolleginnen und Kollegen von CDU und FDP/DVP, ihren Einfluss über Berlin und Brüssel dahin gehend geltend zu machen, dass dieses unsinnige Ziel der EU-Kommission nicht zum Tragen kommt.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen und der SPD)

Dritter Punkt – auch das ist seit dem 11. Oktober neu –: Die Europäische Bank für Wiederaufbau und Entwicklung hat Monsanto, einer Firma, die offensichtlich einen großen Finanzbedarf hat und die wenig Rückhalt zu haben scheint, eine Garantie über 40 Millionen € gegeben. Das ist die gleiche Firma, die im Wahlkampf in den USA erfolgreich verhindert hat, dass gentechnisch veränderte Lebensmittel auch nur gekennzeichnet werden sollen. Ich finde, das ist ein ziemlich dicker Hund. Auch hier bedarf es offensichtlich eines parteiübergreifenden Konsenses, um derlei Dinge abzustellen.

(Beifall bei den Grünen und des Abg. Alfred Winkler SPD)

Darüber hinaus will ich noch einen Punkt zur Bundesregierung bzw. zu Union und FDP ansprechen: Sie mogeln sich, meine Damen und Herren, manchmal ein bisschen durch. Auf dem Koalitionsgipfel Anfang November dieses Jahres – das ist also ganz neu und fand nach unserer letzten Debatte statt – stand das Thema Nulltoleranz wieder auf dem Programm. Aber in der CDU gibt es starke Strömungen in die Richtung, die Nulltoleranz aufzuheben. Frau Kollegin Aigner hat sich in diesem Zusammenhang 2011 bei einer Abstimmung auf EU-Ebene enthalten. Wir würden uns wünschen, dass Sie da noch mehr Druck ausüben.

(Zuruf des Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP)

Herr Kollege Rombach hat sich bei der letzten Debatte – das war erfreulich – dazu klar geäußert. Ich denke, da sehen wir viele Punkte ganz ähnlich. Ich wünsche mir, dass Sie auch da in Richtung Bund und in Richtung von Frau Kollegin Aigner noch einmal deutlich Druck machen.

Grün-Rot jedenfalls steht bei dem Thema Gentechnikfreiheit für Klarheit und Wahrheit. Wir möchten, dass hier im Land und darüber hinaus Lebensmittel und Futtermittel ohne Gentechnik angeboten werden, dass die Verbraucher informiert werden und sich dafür entscheiden können, gentechnikfreie Produkte zu kaufen.

Vielen Dank.

(Beifall bei den Grünen und der Abg. Rosa Grünstein SPD)

Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch: Für die CDU-Fraktion erteile ich Herrn Kollegen Rombach das Wort.

(Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: Jetzt spricht wieder jemand aus der Praxis!)

Abg. Karl Rombach CDU: Verehrte Frau Präsidentin, meine Damen und Herren Kollegen des Landtags, verehrte Gäste! Zusammen mit der Beratung in der Ausschusssitzung steht das aufgerufene Thema zum vierten Mal auf der Tagesordnung.

Herr Dr. Rösler, Sie hatten Ihre Rede mit der Aussage begonnen, dass Sie das Thema „Gentechnikfreiheit und Naturschutz“ mit der heutigen Debatte vorantreiben. Ich muss feststellen: Sie überholen sich selbst.

(Abg. Dr. Markus Rösler GRÜNE: Gut! – Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Geisterfahrer!)

Das Thema Gentechnik steht zum vierten Mal auf der Tagesordnung. Als wir uns bei der letzten Aktuelle Debatte zur Zielsetzung einvernehmlich äußerten, dachte ich, dass das Thema vom Grundsatz her aufgearbeitet ist

(Abg. Paul Locherer CDU und Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: So ist es!)

und dass es nicht noch eines zusätzlichen Aufrufs bedarf, vor allem wenn es keine neuen Erkenntnisse gibt.

(Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU: Prinzip der Wiederholung!)

Aber es liegt nahe: „Der Wechsel beginnt.“ Der Wechsel hat begonnen. Die Praxis ist in diesem Plenum kaum mehr vertreten. In vielen Bereichen wird ausschließlich theoretisch diskutiert. Am heutigen Tag stellen wir das wieder fest.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP)

(Karl Rombach)

Ich muss das in aller Offenheit sagen, weil ich aus der Praxis komme. Da es keine neuen Erkenntnisse gibt

(Abg. Dr. Markus Rösler GRÜNE: Die gab es! Ich habe sie benannt!)

und die Große Anfrage, die Sie im Mai dieses Jahres gestellt haben und auf die Sie jetzt Bezug nehmen, als letzter Punkt auf der Tagesordnung steht, kann ich keinen Beitrag von Ihrer Seite im Hinblick auf Dringlichkeit und Bedeutung feststellen.

(Zuruf des Abg. Dr. Markus Rösler GRÜNE)

Ich möchte Sie hinsichtlich der Untersuchungen und Studien, die Sie zitieren, nur ermahnen, nur Studien zu verwenden, die auf wissenschaftlicher Grundlage basieren, wenn Sie Politik praxisgerecht betreiben wollen. Alles andere ist reine Theorie oder womöglich Ideologie. Dem sprechen wir in aller Deutlichkeit entgegen.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Wir wollen Fragen zum Thema Gentechnik dahin gehend beantworten, dass der Mensch nach wie vor im Mittelpunkt unserer Politik steht und dass wir die Sorgen der Bürger ernst nehmen. Wir freuen uns riesig, dass wir auf 58 Jahre erfolgreiche Agrar-, Umwelt- und Strukturpolitik Bezug nehmen können.

(Abg. Dr. Markus Rösler GRÜNE: Oh weh!)

– Wenn Sie den Kopf schütteln, muss ich sagen: Auch Sie müssen sich noch an der Realität orientieren.

(Beifall bei der CDU)

Ich weiß, wie es in der Praxis aussieht, Herr Dr. Rösler.

(Abg. Dr. Markus Rösler GRÜNE: Das weiß ich so gut wie Sie, Kollege Rombach!)

Das können Sie nicht verniedlichen. Beim Thema Naturschutz, dem wir alle große Bedeutung zumessen, müssen Sie zur Kenntnis nehmen, dass Baden-Württemberg in den Achtziger- und Neunzigerjahren sowie im letzten Jahrzehnt in der Bundesrepublik die Federführung bei Umweltprogrammen innehatte.

(Beifall bei der CDU – Abg. Paul Locherer CDU: So ist es!)

Jetzt gilt es, diese Verantwortung weiterzuführen, Herr Minister Bonde,

(Abg. Dr. Markus Rösler GRÜNE: Die Naturschutzverwaltung ist doch kaputt gemacht worden!)

in der Gesamtverantwortung, dass diese Programme mit Leben gefüllt werden, dass die Bauernschaft nicht gespaltet, sondern vereint wird.

(Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: So ist es! Das ist der richtige Weg!)

Herr Reusch-Frey, wenn Sie sagen, dass die CDU den Naturschutz verhindert habe, dann ist das purer Unsinn, weil es nicht stimmt. Gerade das Umgekehrte ist der Fall.

(Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU: Schützen durch Nützen!)

Sie haben jetzt die Möglichkeit, den Beweis zu liefern, dass das zutrifft, was heute Morgen gesprochen wurde. Ihre Aussage, dass die Bauern, die Milcherzeuger aktiv unterstützt werden sollen, hat in Ihrer Fraktion Beifall gefunden. Da unterstütze ich Sie auch, Herr Minister. Treten Sie jetzt nicht nur mit Worten an, sondern auch mit Taten.

(Beifall bei der CDU und des Abg. Dr. Markus Rösler GRÜNE – Abg. Dr. Markus Rösler GRÜNE: Das machen wir ja! – Zuruf des Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP)

Ich verweise auf Ihre Presseerklärung vom 27. November. Mit Verwunderung nehme ich zur Kenntnis, dass Sie darin zum Ausdruck bringen, dass sich der Deutsche Bauernverband am Vortag nicht auf die Seite der Milchbauern gestellt habe. Das ist eine Unterstellung, die der Wahrheit nicht entspricht.

(Abg. Andreas Schwarz GRÜNE: Was? – Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: Unglaublich! – Weitere Zurufe)

Ich bitte Sie, den Beweis dafür zu liefern, dass Sie für die Bauern und für die Milchwirtschaft eintreten. Nehmen Sie das Gespräch mit den Molkereien auf. Versuchen Sie, in Baden-Württemberg Ihren Beitrag in Ihrem Amt zu leisten, die Akteure wieder zu vereinen und nicht zu spalten. Letzteres dient nicht der Sache. Ich kann Sie nur ermahnen.

(Beifall bei der CDU)

Ein weiterer Punkt: Wir sind derzeit in den Haushaltsberatungen, meine Damen und Herren. Wenn die Themen „Zweite Säule“ und Umweltprogramme eine hohe Bedeutung in Ihrer Regierungsarbeit haben sollen, worin ich Sie nachhaltig unterstütze, dann dürfen Sie nicht im Haushalt 10 % der Mittel in diesem Bereich kürzen.

(Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU: So ist es!)

Das wäre ein Widerspruch in sich. Meine Damen und Herren, das ist nicht akzeptabel.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der CDU – Abg. Dr. Dietrich Birk CDU: Sehr gut!)

Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch: Für die SPD-Fraktion erteile ich das Wort Herrn Kollegen Winkler.

Abg. Alfred Winkler SPD: Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Lieber Kollege Rombach, ich denke, der Blutdruck darf sich wieder senken.

(Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU: Du könntest ein bisschen mehr Farbe vertragen! – Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: Das ist nicht der Blutdruck, das ist die Leidenschaft!)

Der Anstieg war gar nicht nötig. Das ist sehr ungesund.

Der aufgerufene Tagesordnungspunkt ist geprägt vom Thema Gentechnik, und darauf möchte ich jetzt zu sprechen kommen.

(Alfred Winkler)

Die Antwort der Landesregierung, die uns vorliegt und das Thema der heutigen Debatte vorgibt, ist ein umfassender Situationsbericht über den Stand der Gentechnik in Baden-Württemberg mit allen rechtlichen und formalen Hintergründen. Auch wenn wir dieses Thema vor zwei Monaten schon einmal behandelt haben, tut es ganz gut, es wieder aufzugreifen. Es ist latent in unserer Gesellschaft vorhanden.

Was kann die neue Landesregierung zu dem Thema „Gestaltung der Agrogentechnik“ beitragen? Kann sie die Agrogentechnik verhindern, kann sie die Verhinderung sogar sicherstellen? Nein, das kann sie nicht. Aber sie kann etwas machen, was wir mittlerweile in diesem Haus gemeinsam wollen, und für diese Entwicklung bin ich dankbar. Wir sind in diesem Haus gemeinsam dafür, dass wir in Baden-Württemberg keine Gentechnik einsetzen. Es hat lange gedauert, bis es zu dieser gemeinsamen Haltung kam. Wir sollten diese Haltung auch pflegen. Wir können das ganz gut vermitteln.

In unserer Gesellschaft besteht kein Bedarf für Gentechnik. In unserer Landwirtschaft besteht kein existenzieller Bedarf für Gentechnik. Gentechnik ist kein Beitrag zur Verbesserung unserer Agrar- und Kulturlandschaft.

Kann die neue Landesregierung im Gegensatz zur früheren Landesregierung einen Beitrag dazu leisten, dass Baden-Württemberg gentechnikfrei bleibt? Baden-Württemberg ist dies ja.

Seit 2001 gilt die sogenannte Freisetzungsrichtlinie der EU, die dazu geführt hat, dass eigentlich zugelassene gentechnisch veränderte Pflanzen angebaut werden könnten. Frau Aigner hat auch einiges untersagt.

Der einzig wichtige Grund, warum bei uns keine Gentechnik eingesetzt wird, ist das Haftungsrisiko.

(Zuruf des Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP)

Deswegen haben die Verbände und die frühere Landesregierung von Jahr zu Jahr gesagt: „Bitte keine gentechnisch veränderten Pflanzen anbauen. Das Haftungsrisiko ist zu hoch. Macht das nicht.“ Das war insofern richtig. Aber die Einstellung, generell auf einen solchen Anbau zu verzichten, stand dahinter noch nicht. Mittlerweile ist das so.

Die öffentliche Ablehnung der Gentechnik

(Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU: Der grünen Gentechnik!)

– der grünen Gentechnik – ist in unserer Gesellschaft mittlerweile durchgängig vorhanden.

Die Bauernverbände haben von Jahr zu Jahr freiwillig auf den Einsatz von Gentechnik verzichtet.

(Zuruf der Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU)

Es gibt Regionen in Baden-Württemberg, die darauf verzichtet haben. Es gibt Landkreise, die eine Verzichtserklärung abgegeben haben. Es gibt Erklärungen von Bauernverbänden, die regional auf den Einsatz von Gentechnik verzichtet haben. Die Kirchen, die Landfrauen haben gesagt: „Nein, keine Gentechnik.“ In dieser Hinsicht besteht also ein breites gesellschaftliches Fundament. 80 bis 90 % der Verbraucher lehnen gentechnisch veränderte Lebensmittel ab.

Die EU-Kommission hat einen Vorschlag mit zwei Optionen gemacht. Sie diskutiert darüber, ob die Entscheidung über die Zulassung von Gentechnik auf die nationale Ebene zurückverlagert werden soll. Dagegen hat sich die Bundesregierung gewandt. Sie will das nicht. Das ist eigentlich schade. Die Begründung der Bundesregierung lautet: „Dann haben wir einen Flickenteppich in Europa mit Ländern, die den Einsatz von Gentechnik zulassen, und solchen, die ihn nicht zulassen.“ Das kann ich in diesem Punkt nachvollziehen. Die Bundesregierung müsste eigentlich sagen: „Zurückverlagerung auf die nationale Ebene, ja“ und dann dafür sorgen, dass alle gemeinsam keine gentechnisch veränderten Pflanzen anbauen. Das hat sie so leider nicht gemacht.

Was haben wir? Die neue Landesregierung vertritt mittlerweile eine klare Haltung. Das ist ein klares Signal an den Verbraucher. Wir kennen immerhin die Verunreinigungen im Saatgut – immer noch aktuell. Wir kennen Verunreinigungen in Lebensmitteln – ich denke an die Situation beim Honig. Und wir kennen immer noch Futtermittel, die deklariert oder eben nicht deklariert sind – aber mit Verunreinigungen.

Mit dieser Situation können wir nicht zufrieden sein. Aber wir haben Lebensmittel mit dem Prädikat „Gesund“. Das sind die Produkte unserer Landwirtschaft, mit denen wir werben. Das Qualitätszeichen Baden-Württemberg wirbt mit dem Prädikat „Gesunde Lebensmittel“.

Wir machen eine Marketingstrategie mit dem Thema Gesundheit. Die Gastronomie ist erfolgreich, und Baden-Württemberg ist ein erfolgreiches Bäderland unter dem Stichwort „Gesundheit und Baden-Württemberg gehören zusammen“. Aber Gentechnik und Gesundheit schließen sich aus.

Aus diesem Grund ist der Verzicht auf Gentechnik ein wirkungsvolles Marketinginstrument für Baden-Württemberg, für unsere Landwirtschaft und für den Gesundheitsstandort Baden-Württemberg.

Deswegen: Wir sollten das nicht aufs Spiel setzen.

(Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: Vor allem nicht die Geduld der Präsidentin!)

Wir verpassen nichts, wenn wir auf Gentechnik verzichten. Aber wir verhindern viel, wenn wir darauf verzichten.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und der Grünen)

Vor allem – das ist noch nicht angesprochen worden, gehört aber dazu; das ist die Kehrseite der Medaille –: Wir verhindern viel in Natur und Landschaft.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen)

Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch: Für die Fraktion der FDP/DVP erteile ich Herrn Kollegen Dr. Bullinger das Wort.

Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren! Wir könnten jetzt natürlich einmal trefflich darüber diskutieren, was eigentlich gemeint ist, wenn von „gesunden Nahrungsmitteln“ gespro-

chen wird. Ich erinnere an den berühmten Satz des Paracelsus von Hohenheim,

(Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU: Genau!)

wonach das gesündeste Nahrungsmittel tödlich sein kann, wenn hiervon zu viel konsumiert wird.

Mein zweiter Punkt: Man sollte sich, wenn man über Gentechnik und über Nulltoleranzen spricht, auch darüber im Klaren sein, dass die Analytik heute so weit ist, dass der Gehalt eines kleinen Zuckerwürfels im großen Bodensee nachgewiesen werden kann. Auch das muss man wissen, wenn man solche Forderungen stellt und wenn man glaubt, man könnte hiermit eine emotionale Diskussion führen.

Meine Damen und Herren, wir sind – ich glaube, damit spreche ich für alle – bei diesem Thema wirklich nah beieinander. Wir sollten uns auch weiterhin über die grüne Gentechnik informieren. Ich habe mich allerdings schon gewundert, als ich die Tagesordnung gesehen habe: Eigentlich hätte der vorliegende Antrag – ein Uraltantrag vom Frühjahr dieses Jahres – mit abgehandelt werden können, als wir am 11. Oktober dieses Jahres das Thema Gentechnik sehr ausführlich diskutiert haben. Damals haben wir über das Pro und das Kontra, die Gefahren und anderes gesprochen.

Meine Damen und Herren, richtig ist sicherlich, dass man damals auch über das unseriöse Arbeiten eines Show-Professors aus Frankreich, nämlich Herrn Séralini, diskutierte. Zwischenzeitlich hat sich ja erwiesen, dass man diesem Herrn nicht auf den Leim gehen sollte. Wir sollten uns deshalb heute verstärkt mit Fakten auseinandersetzen und sollten über das reden, was zwar sehr hoch emotional behandelt wird, was aber doch sehr viel mit Naturwissenschaft und mit Fakten zu tun hat.

Tatsache ist beispielsweise, dass gegenwärtig weltweit auf einer Fläche von rund 140 Millionen ha gentechnisch veränderte Pflanzen angebaut werden. Das entspricht 80 % der EU-weiten landwirtschaftlichen Nutzflächen. Vor allem Brasilien und Burkina Faso verzeichnen hier große Zuwächse. Inzwischen werden bei weltweit 77 % des Sojaanbaus – das ist sicherlich ein interessanter Hinweis für alle, die gern Sojaprodukte zu sich nehmen und beispielsweise Sojamilch trinken – gentechnisch veränderte Sorten eingesetzt. Beim Baumwollanbau sind dies 49 %.

Ein paar weitere Fakten: Rund 7 Millionen t Eiweißträger, davon über 60 % Soja, sind Futtermittelrohstoffe mit Gentechnikbezug, die bei uns in Deutschland von der Veredelungswirtschaft eingesetzt werden. Darunter fallen auch Raps, Mais und Maiskleberfutter. Gerade bei den Futtermitteln, die bei der Verfütterung in tierische Eiweiße umgewandelt werden, ist ein Nachweis faktisch nicht möglich – also bei Fleisch, Eiern und Milch.

Nehmen wir einmal das Beispiel Milch. Bekanntlich verdaut eine Kuh in ihrem „Fermenter“ – das ist der Magen, der Pansen – ihr Futter und zerlegt die Bestandteile bis in ihre biochemischen Grundbausteine. Wenn wir beispielsweise 300 Milchkühe nehmen und 100 von ihnen mit gentechnisch verändertem Futtermittel füttern, 100 mit nachweislich gentechnikfreiem Futtermittel – also Gras und gentechnikfreies Kraftfutter – und weitere 100 mit einer Ration, die aus einem rein synthetischen Energieträger plus synthetischem Harnstoff – wie er beispielsweise zur Düngung eingesetzt wird – besteht, und hinterher die Milch dieser Kühe kontrollieren, werden Sie feststellen: Der Unterschied beträgt null. So weit werden die Bestandteile zerlegt; sie werden physiologisch zerlegt und damit abgebaut und dann neu aufgebaut, sodass man den Nachweis, ob das Futtermittel gentechnisch veränderte Bestandteile aufwies, anhand des Endprodukts – Fleisch, Eier, Milch – nicht erbringen kann.

Deshalb, meine Damen und Herren, ist es wichtig, dass die Deklaration der Futtermittel vorher vorgenommen wird. Damit komme ich zur Frage der Toleranz. Nulltoleranz ist, glaube ich, selbst für Ideologen, für Gentechnikgegner nicht mehr glaubhaft.

Nach der europäischen Regelung zur Kennzeichnung gentechnisch veränderter Lebens- und Futtermittel, die seit 2004 gilt, müssen Lebensmittel gekennzeichnet werden, wenn sie gentechnisch veränderte Organismen enthalten, wenn sie als solche hergestellt werden und sogar auch dann, wenn sie nur entsprechende Zutaten enthalten. Jetzt kommt die Ausnahme: Die Ausnahme gilt bei Fleisch, Milch, Eiern und sonstigen tierischen Produkten. Diese Regelung der Nicht-Nulltoleranz von 2004 ist ebenso wie auch die EU-weite Zulassung der gentechnisch veränderten Maissorte MON 863 – hören Sie nun bitte ganz genau hin – während der Regentschaft der rot-grünen Bundesregierung in Berlin zustande gekommen. Frau Künast lässt grüßen.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU)

Ich möchte hier – allerdings positiv – auch ein Mitglied der Landesregierung nennen, nämlich unsere Wissenschaftsministerin. Sie sagte – ich zitiere hierzu die „Stuttgarter Zeitung“ –:

> *Mit mir wird es nicht dazu kommen, dass wir irgendein Forschungsgebiet verbieten.*

Weiter sagte sie:

> *Ich glaube, dass eine grüne Wissenschaftsministerin gut daran tut, das Thema „Unabhängigkeit der Wissenschaft“ sehr ernst zu nehmen.*

Das, meine Damen und Herren, entspricht exakt meinen Ausführungen anlässlich der Debatte am 11. Oktober. Ich habe damals klar und deutlich gesagt: Wir wollen in diesem Land Forschung, wir brauchen aber keinen praktischen Anbau. Dazu steht die FDP/DVP-Fraktion.

(Abg. Dr. Markus Rösler GRÜNE: Gut!)

Zusammenfassend als Fazit: Halten wir uns erstens an das geltende Recht; deklarieren wir zweitens vorschriftsmäßig; kontrollieren wir drittens, was gesetzeskonform sein muss, und kontrollieren wir viertens all diejenigen, die mehr versprechen. Und vor allem, meine Damen und Herren: Streuen wir den Verbraucherinnen und Verbrauchern keinen Sand in die Augen.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der FDP/DVP und der CDU – Abg. Karl Rombach CDU: Genau! Richtig!)

Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch: Für die Landesregierung erteile ich Herrn Minister Bonde das Wort.

Minister für Ländlichen Raum und Verbraucherschutz Alexander Bonde: Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Wir haben jetzt innerhalb kurzer Zeit zum zweiten Mal die Möglichkeit, uns über die sogenannte grüne Gentechnik, also über die Frage des Einsatzes von Gentechnik auf dem Feld, auf dem Acker, auf dem Teller zu unterhalten.

Die Debatte hat bisher eine Reihe von Diskussionspunkten gebracht, die mit dem Antrag, über den wir diskutieren, wenig zu tun haben. Ich will trotzdem ein paar Dinge noch einmal kurz zurechtrücken.

Herr Rombach, Sie haben behauptet, wir würden im Haushaltsentwurf – er wird heute Nachmittag im Ausschuss für Finanzen und Wirtschaft diskutiert und steht später auch hier im Plenum zur Diskussion – Kürzungen bei der zweiten Säule vornehmen. Ich glaube, Sie sind da der Haushaltssystematik auf den Leim gegangen. Wir nehmen nämlich keine Kürzungen in diesem Bereich vor. Vielmehr ergibt sich durch die nachschüssige Zahlung im Bereich dieser Programme die Zahlenreihe, die Sie da sehen, und zwar aus der Fragestellung „Stopfen des Loches in Höhe von 33 Millionen €“.

(Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU: Kann es sein, dass Sie es am Anfang auch nicht verstanden hatten?)

Das ist in diesem Bereich also keine Kürzung; vielmehr ist es die haushaltsmäßige Darstellung dessen, was wir hier schon ein paarmal diskutiert haben. Ich bin froh, dass wir mit Unterstützung der Koalition, aber auch des Finanzministers in der mittelfristigen Finanzplanung sichergestellt haben, dass wir in der Lage sind, die zweite Säule der EU voll umzusetzen,

(Abg. Peter Hauk CDU: Die liegt erst heute vor!)

wenn denn die europäische Ebene tatsächlich endlich einmal dazu kommt, einen Haushalt zu verabschieden, und wenn wir trotz des Agierens der Bundesregierung überhaupt noch relevante Summen in der zweiten Säule für die ländlichen Räume zur Verfügung haben.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD – Abg. Peter Hauk CDU: Da kann man nur sagen: Bisher hat es immer geklappt!)

Der zweite Punkt: Sie haben die Milchpolitik angesprochen. Bedauerlicherweise kam es in Brüssel zu der Situation, dass es Ausschreitungen bei einer Demonstration von über 3 000 Bäuerinnen und Bauern gab, die im Rahmen ihres Engagements für das European Milk Board oder für den Bundesverband Deutscher Milchviehhalter demonstriert haben – begleitend zum Treffen der EU-Agrarministerinnen und EU-Agrarminister, die sich im Moment mit dem Thema Milch beschäftigen –, um auf Forderungen der Branche aufmerksam zu machen.

Wie gesagt, ich kritisiere, dass es da zu Ausschreitungen gekommen ist.

(Zuruf: Gut!)

Ich habe aber auch betont, dass die Landesregierung der Auffassung ist, dass die Bauern zu Recht darauf aufmerksam machen, dass wir massive strukturelle Probleme im Milchmarkt haben, und sie sich zu Recht dafür einsetzen, dass die Agrarminister hier über die bisher auf dem Tisch liegenden Beschlüsse für ein Sicherheitsnetz hinaus eine Marktstruktur schaffen müssen. Ich habe kritisch kommentiert – –

(Abg. Peter Hauk CDU: Wollen Sie Planwirtschaft oder Marktwirtschaft?)

– Herr Hauk, Sie sind ja einer der Väter der Entwicklung, die dazu geführt hat, dass unsere Milchbauern jetzt nicht mehr den Vollpreis bekommen.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Da äußert sich genau der Richtige, ganz genau der Richtige.

(Zuruf des Abg. Dr. Markus Rösler GRÜNE)

Es ist ja schön, dass Sie, Herr Hauk, die Urheberschaft für diese europäische Fehlentwicklung auch noch offensiv annehmen.

(Abg. Peter Hauk CDU: Nein, nein!)

Das ist einmal ein ehrlicher Auftritt von Ihnen als CDU-Fraktionsvorsitzendem.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD – Abg. Peter Hauk CDU: Was wollen Sie? – Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU: Geben Sie eine Antwort!)

Herr Rombach, Sie haben angesprochen, dass ich tatsächlich überrascht war, dass der Deutsche Bauernverband, vertreten durch Generalsekretär Dr. Born, die Milchbauern in ihrer Forderung nicht unterstützt hat, sondern im Gegenteil den Forderungen des Bundesverbands Deutscher Milchviehhalter widersprochen hat

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Sie sprechen von den Milchbauern! Wie viel Prozent sind da Mitglied?)

und sich zitieren lassen hat mit den Worten: „Man kann mit der Situation durchaus zufrieden sein“ und die Position bezogen hat, die Preise im Milchmarkt seien ja im vergangenen Jahr angestiegen und die Verkäufer wären gegenüber dem Einzelhandel gut organisiert. Das kann eine legitime Position sein. Ich teile sie nicht. Ich habe nicht den Eindruck, dass die Marktmacht zwischen dem Milcherzeuger und dem Handel funktioniert,

(Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU: Was wollen Sie dagegen tun?)

und ich bin nicht der Auffassung, dass die Entwicklung beim Milchpreis hier zu einer Entlastung der Betriebe geführt hat,

(Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU: Was kann die Regierung da tun?)

die unter massiven Preisentwicklungen zu leiden haben, die sie angesichts des Milchpreises nicht verkraften können.

(Minister Alexander Bonde)

(Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU: Was wollen Sie tun? – Abg. Peter Hauk CDU: Was tun Sie?)

Das ist ein kritischer Punkt für die EU-Agrarminister. Wir haben Vorschläge vorgelegt.

(Zuruf des Abg. Peter Hauk CDU)

Ich glaube, dass der Bundesverband der Deutschen Milchviehhalter hier mit der Ausgestaltung des Sicherheitsnetzes richtig liegt, auch wenn Sie als Vollliberalisierer, Herr Hauk, immer dagegen waren.

(Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU: Was ist Ihre Antwort? Halbliberalisierung?)

Das geht auf Ihre Kappe. Da können Sie jetzt hier schreien, wie Sie wollen. Auch Sie, Frau Gurr-Hirsch, sind Teil dieses Syndikats, das unsere Milchbauern in diese Situation gebracht hat, in der sie sich befinden.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD – Abg. Peter Hauk CDU: Frau Präsidentin, das ist eine Rüge wert! – Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU: Das verlangt nach einer Rüge! Wir sind kein Syndikat! – Abg. Peter Hauk CDU: Was wollen Sie eigentlich? – Gegenruf der Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU: Keine Antwort! – Unruhe)

Jetzt zur eigentlichen Debatte. Meine sehr verehrten Damen und Herren, die Agrogentechnik wird von großen Teilen der Bevölkerung abgelehnt – aus unserer Sicht zu Recht, weil das eine Risikotechnologie ist.

(Glocke der Präsidentin)

Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch: Herr Minister, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Abg. Rombach?

Minister für Ländlichen Raum und Verbraucherschutz Alexander Bonde: Bitte.

(Abg. Dr. Wolfgang Reinhart CDU: Was ist ein Syndikat? – Heiterkeit)

Abg. Karl Rombach CDU: Herr Minister, Sie sagten gerade im Zusammenhang mit Äußerungen des Deutschen Bauernverbands in der Person des Generalsekretärs, dass hier der Bund der Deutschen Milchviehhalter nicht unterstützt wird, und das kritisieren Sie. Aber Sie haben in der Pressemitteilung von gestern, 27. November, mitgeteilt, dass der Deutsche Bauernverband sich nicht auf die Seite der Milchbauern gestellt habe. Diese Behauptung stimmt in dieser Form nicht. Sind Sie sich bewusst, dass diese Äußerung nicht den Tatsachen entspricht?

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Wie viel Prozent der gesamten Milchbauern sind in dem Klub?)

Minister für Ländlichen Raum und Verbraucherschutz Alexander Bonde: Sehr geehrter Herr Rombach, die Landesregierung steht zu den Milchbauern, und wir glauben, dass die Milchbauern, von denen auch viele Baden-Württembergerinnen und Baden-Württemberger jetzt in Brüssel mit dabei waren, zu Recht auf die schwierige wirtschaftliche Lage aufmerksam machen, zu Recht darauf aufmerksam machen, dass die europäische Politik auf der Ebene der tagenden EU-Agrarminister hier eine Aufgabe hat und dass es eines politischen Eingreifens bedarf, indem die richtige Struktur des Sicherheitsnetzes geschaffen wird. Da stehen wir an der Seite der Milchbäuerinnen und Milchbauern.

(Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU: Das ist ja eine Plattitüde!)

Da habe ich es nicht verstanden, dass der Deutsche Bauernverband diese Forderungen nicht unterstützt hat.

(Abg. Karl Rombach CDU: Das stimmt nicht!)

Zu diesem Zitat stehe ich, und ich glaube, daran gibt es nichts zu deuteln.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Wenn Sie erlauben, komme ich jetzt wieder zum Thema zurück.

Bei der Gentechnik können Gefahren für Mensch, Tier und Umwelt nach wie vor nicht ausgeschlossen werden. Wir machen eine Politik, die dem Wunsch der Mehrheit der Bevölkerung nachkommt, auf eine gentechnikfreie Landwirtschaft zu setzen. Ich bin froh, dass wir da bisher immer auch eine relativ breite gemeinsame Position hier in diesem Haus hatten. Wir sind davon überzeugt, dass gentechnikfreie Produkte sowohl für die Landwirtschaft, für die Landwirtinnen und Landwirte selbst, als auch für die Verbraucherinnen und Verbraucher entscheidende Vorteile mit sich bringen. Wir sind froh, dass wir heute die Situation haben, dass in Baden-Württemberg weder im Anbau noch in der Forschung Agrogentechnik eingesetzt wird. Wir setzen uns mit Nachdruck dafür ein, dass das auch weiterhin so bleibt.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Wir haben eine Reihe von Maßnahmen eingeleitet, über die wir hier auch schon verschiedentlich berichtet haben: Vorbildfunktion unserer landwirtschaftlichen Anstalten, bei denen wir in den Bereichen, in denen Tierhaltung betrieben wird, die Fütterung auf gentechnikfreie Futtermittel umgestellt haben; Weiterentwicklung des Qualitätszeichens Baden-Württemberg mit der Einführung des Standards „Ohne Gentechnik“ auch bei den tierischen Erzeugnissen bis spätestens 1. Januar 2015; massive Beteiligung des Landes am bundesweiten Saatgutmonitoring für Mais, Sojabohnen und Rapssaat.

(Abg. Peter Hauk CDU: Das ist aber jetzt nicht neu!)

Dieses Jahr haben rund ein Viertel aller in Deutschland gezogenen Maissaatgutproben in Baden-Württemberg stattgefunden. Das Land führt weiterhin als einziges Bundesland in Deutschland die stichprobenhafte Erfassung und das Erntemonitoring bei den Mühlen im Bereich Mais, Soja, Raps und Leinsaat durch.

(Abg. Peter Hauk CDU: Das ist aber auch keine Erfindung von den Grünen! – Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU: Das ist von uns erfunden wie das Ökomonitoring auch!)

Im Rahmen der amtlichen Lebens- und Futtermittelüberwachung erfolgt eine regelmäßige Überprüfung von Rohstoffen

(Minister Alexander Bonde)

und Produkten auf GVO. Auch die Stärkung unserer Kapazitäten in diesem Bereich hilft bei der Verhinderung der Verunreinigung durch gentechnisch veränderte Organismen. All das sind Maßnahmen, die wir zum Teil von Ihnen übernommen haben, Herr Hauk, zum Teil neu eingeführt haben,

(Abg. Peter Hauk CDU: Welche?)

zum Teil massiv gestärkt haben. All das dient dazu, unsere Landwirtschaft zu schützen und dem Willen der Verbraucherinnen und Verbraucher nachzukommen, Verunreinigungen von Saatgut, Futtermitteln und Lebensmitteln mit gentechnisch veränderten Organismen in Baden-Württemberg zu verhindern.

Wir sind am 11. Oktober dieses Jahres dem Europäischen Netzwerk gentechnikfreier Regionen beigetreten. Damit haben wir ein weiteres wichtiges Signal gegen den Einsatz von Agrogentechnik in unserem Land gesetzt.

(Abg. Reinhold Pix GRÜNE: Das ist jetzt neu! – Gegenruf des Abg. Peter Hauk CDU: Aber substanziell nichts Neues! Ein Plakat mehr!)

Durch den Beitritt verpflichten wir uns dazu, im Rahmen der Zuständigkeiten und unter Berücksichtigung der geltenden Vorschriften des EU-Gemeinschaftsrechts und des Bundesrechts alles zu unternehmen, um einen möglichst wirksamen Schutz der gentechnikfreien Landwirtschaft zu erreichen. Wir bringen uns aktiv ein in das Sammeln von Informationen, in Studien, in gemeinsame Aktionen und politische Initiativen, um das Erreichen dieses Ziels der Gentechnikfreiheit voranzubringen. Zum Schutz der landwirtschaftlichen Flächen und Gebiete setzen wir uns dafür ein, die Produktion mit zertifizierten Qualitätsstandards zu unterlegen, um beispielsweise Produkte mit Ursprungsbezeichnungen und aus ökologischen Erzeugungen zu fördern.

Im Bereich der Agrogentechnik liegt die Gesetzgebungskompetenz bei der Europäischen Union. Auf der Ebene der Mitgliedsstaaten und der Regionen, also der Bundesländer, bestehen bisher keine rechtlichen Möglichkeiten, gentechnikfreie Regionen zu schaffen. Das muss aber unseres Erachtens möglich werden. Deshalb setzen wir uns gemeinsam mit unseren Bündnispartnern dafür ein, hier zu einer vernünftigen EU-rechtlichen Regelung zu kommen, um uns zu ermöglichen, das zu tun, was die Menschen von uns erwarten, nämlich hier auch auf rechtliche Möglichkeiten einzuwirken. Da befinden wir uns mit dem Netzwerk in einem breiten Bündnis europäischer Regionen.

(Abg. Reinhold Pix GRÜNE: Mit den Landfrauen!)

Ich würde mich freuen, wenn wir auch hier politisch ein breites Bündnis hinbekommen, um auf diesem politischen Weg weiter voranzugehen, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Wir in Baden-Württemberg wollen und brauchen keine Agrogentechnik. Wir glauben, gentechnikfreie Produktion ist kein Nachteil, sondern ein Vorteil für unsere Landwirtschaft. Die Produktionsweise ohne den Einsatz von Gentechnik entspricht der Erwartungshaltung der Verbraucherinnen und Verbraucher und ist wichtig, um eine Wertschöpfung unserer Landwirte und eine zukunftsfähige Landwirtschaft zu ermöglichen. Dafür setzen wir uns ein. Wenn Sie da mit im Boot sind, Herr Hauk, freue ich mich. Wir brauchen ja nicht überall den Konflikt zu haben, der bei der sachfremden Debatte, die hier mit eingeflossen ist,

(Zuruf des Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU)

offensichtlich erkennbar wurde.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch: Für die Fraktion GRÜNE erteile ich Herrn Kollegen Dr. Rösler das Wort.

(Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU: Er hat alles verbabbelt!)

Abg. Dr. Markus Rösler GRÜNE: Ja, der Kollege Rombach hat nicht aufgepasst.

(Zuruf des Abg. Karl Rombach CDU)

Frau Präsidentin, werte Kolleginnen und Kollegen! Zur Behauptung, seit der letzten Debatte im Oktober gebe es keine neuen Erkenntnisse zum Thema Gentechnik – ich bleibe im Gegensatz zu anderen beim Thema der Debatte –: Da ist einiges Neues passiert. Ich habe einige ganz konkrete Beispiele genannt. Ich weiß nicht, ob Sie zugehört haben. Ich habe einige ganz konkrete Beispiele dafür genannt, was auf EU-Ebene seit dem 11. Oktober und damit seit unserer letzten Debatte hierüber passiert ist. Es handelt sich um Entwicklungen, die zum Teil weniger erfreulich und zum Teil – in kleinen Teilen – erfreulich sind.

Zur Ergänzung ein weiteres Beispiel: Der französische Agrarminister Stéphane Le Foll hat vorgeschlagen, im Zusammenhang mit der Studie aus Frankreich, die uns vorliegt, die Neuausrichtung der Risikoüberprüfung anzugehen. Jetzt kann man darüber strittig diskutieren. Wir hatten bei der letzten Debatte – diesen Eindruck hatte ich – da durchaus Konsens. Aber es gibt da neue Entwicklungen. Deshalb ist die Debatte – –

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP unterhält sich mit Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP.)

– Kollege Bullinger, zuhören bitte, nicht bloß mit dem Fraktionsvorsitzenden schwätzen.

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Ich schwätze nicht, ich unterhalte mich!)

– Die Kollegin Gurr-Hirsch hat selbst schon „babbeln“ gesagt.

(Zuruf des Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP)

Es gibt sehr wohl neue Entwicklungen. Ich hätte mir auch von Ihnen, Kollege Bullinger, gewünscht, dass Sie nicht nur darauf hinweisen, wo auf dieser Welt überall Probleme sind

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Hätte ich sagen sollen, wo keine sind?)

oder wo überall gentechnisch veränderte Organismen angebaut werden. Ich hätte mir gewünscht, dass Sie auf Positiv-

beispiele hinweisen, die uns als Vorbild dienen können. Das hat gefehlt.

Sie hätten beispielsweise auf die Abstandsregelungen in Bulgarien hinweisen können. Wenn Ihnen das zu weit weg ist, hätten Sie auf Brandenburg eingehen und die dortigen Abstandsregelungen im Zusammenhang mit den Schutzgebieten aufzeigen können. Das sind gute Vorschriften.

Derlei Dinge werden wir bei uns auch noch thematisieren. Ich wünsche mir für die nächste Debatte, dass Sie nicht auf das Schlechte, sondern auf das Gute hinweisen. Wir sollten uns in der Politik nicht am Schlechten, sondern am Guten orientieren.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Darüber hinaus sei mir erlaubt, darauf hinzuweisen, dass wir auch bei uns im Land noch eine ganze Menge Hausaufgaben zu erledigen haben, Herr Kollege Rombach.

(Abg. Karl Rombach CDU erhebt sich von seinem Platz.)

– Jetzt will er gerade gehen. Das ist nicht nett.

(Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU: Er geht nicht, er sucht bloß etwas! – Abg. Karl Zimmermann CDU: Er will das Abstandsgebot wahren! – Vereinzelt Heiterkeit)

– Er geht in eine Telefonkabine.

(Abg. Reinhold Pix GRÜNE: Er versteckt sich!)

Beim Thema Gentechnik haben wir bei uns im Land noch eine Menge Aufgaben zu bewältigen. Ich erinnere an das Thema Futtermittel. Auch bei der ZG in Kehl, wo Herr Rombach als Aufsichtsratsvorsitzender Mitverantwortung trägt, sind bei Weitem noch nicht alle Futtermittel gentechnikfrei, auch wenn man manchmal aufgrund von Aussagen einen anderen Eindruck haben könnte. Auch da haben wir erhebliche Probleme. Das wissen wir alle. Es ist unsere Aufgabe, gemeinsam darauf hinzuwirken, dass auch Futtermittel gentechnikfrei werden.

Wir, die Fraktionen von Grün und Rot, tragen das eindeutig mit und forcieren und unterstützen, dass das Qualitätszeichen Baden-Württemberg – –

(Unruhe – Glocke der Präsidentin)

Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch: Liebe Kolleginnen und Kollegen, es ist zu laut. Ich möchte Sie bitten, Ihre Gespräche nach außerhalb des Plenarsaals zu verlegen und dem Kollegen Dr. Rösler noch zwei Minuten Aufmerksamkeit zu schenken.

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: So lange noch?)

Abg. Dr. Markus Rösler GRÜNE: Zwei Minuten und 20 Sekunden sogar. Ich brauche aber vielleicht gar nicht so lange.

Futtermittel sollen gentechnikfrei sein. Wir haben darüber hinaus gesagt, dass wir, das Land, eine Vorbildfunktion übernehmen möchten. Das heißt, dort, wo wir selbst Anstalten betreiben und Flächen besitzen – in Aulendorf beispielsweise –, werden wir darauf achten, dass die Futtermittel in Zukunft gentechnikfrei sind. Das sind konkrete Maßnahmen.

(Abg. Paul Locherer CDU: Das waren sie schon immer!)

– Das war nicht schon immer so, wurde mir gesagt. Das wurde umgestellt. Das eine wird gerade umgestellt. Das ist leider noch gar nicht ganz erreicht. Das Problem ist bei Futtermitteln virulent. Bei der zweiten Landesanstalt ist dieses Ziel tatsächlich schon jetzt erreicht.

Ich freue mich, dass es in diesem Bereich bei vielem einen breiten Konsens gibt. Es ist aber noch viel zu tun, was früher nicht getan wurde. Deshalb sind wir dabei, das noch zu verbessern. Beim Thema Gentechnikfreiheit werden wir weiterhin für Klarheit, für Wahrheit, für Transparenz und für Verbraucherschutz stehen.

Vielen Dank.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch: Meine Damen und Herren, mir liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Damit ist diese Große Anfrage besprochen und Punkt 5 der Tagesordnung erledigt.

Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrte Mitglieder der Landesregierung, bevor wir die Plenarsitzung beenden, darf ich Sie noch auf folgende Veranstaltung hinweisen:

Alljährlich am 25. November findet der von den Vereinten Nationen deklarierte „Internationale Tag gegen Gewalt an Frauen“ statt. Der Landtag hat dies zum Anlass genommen, auf die in vielen Ländern gegen Frauen und Mädchen ausgeübte Gewalt aufmerksam zu machen. Diesem Anliegen möchten wir mit einer Veranstaltung und der Ausstellung „Tatmotiv Ehre“ von Terre des Femmes Rechnung tragen.

Ich lade Sie ganz herzlich zu dieser Podiumsveranstaltung heute um 16:30 Uhr und zum anschließenden Empfang ein.

Die nächste Sitzung findet am Mittwoch, 12. Dezember 2012, um 10:00 Uhr statt.

Ich danke Ihnen und schließe die Sitzung.

Schluss: 12:39 Uhr